links

SOZIALISTISCHE ZEITUNG

Studies im Streik

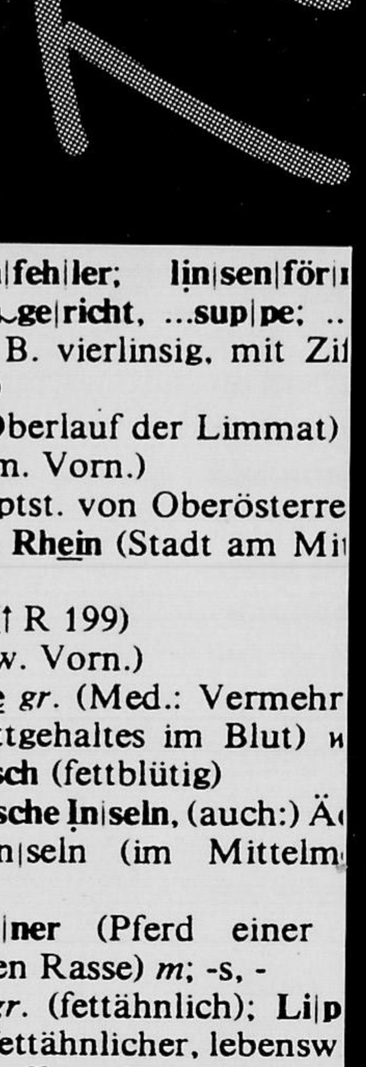
Aufstand in Mexiko — Hintergründe

Streit um Neonazi-Film

Linkswende!?

SEAT und VW: 2 Modelle

DEUTSCHLAND AUF DEN BEGRIFF GEBRACHT



ne)
9], Paul
ent der
adt in
Linden-
..baum,
blü|ten-
ere (↑ R
e|rungs-
(veralt.
v; -
ea|ment
nd od.
haft) *s*;
hig; auf
; linien-
Math.);
h.); Li-
emphy-
chnik)

link; linker Hand; **Lin|ke** (linke Hand; linke Seite; Politik.: Bez. für linksstehende Parteien, auch für die linksstehende Gruppe einer Partei) *w*; -n, -n (↑ R 287 ff.); zur -n; in meiner -n; ein kräftiger Druck meiner -n; (Boxen:) er traf ihn mit einer blitzschnellen -n; die radikale - (im Parlament); er gehört der -n an; die neue Linke (vgl. neu, I, c); **Lin|ke|hand|re|gel** (ein bestimmtes Verfahren in der Physik) *w*; -; **lin|ker Hand**; **lin|ker|seits**; **Link|hand** (Dolchform); **lin|kisch**; -ste (↑ R 294)

Lin|kru|sta (abwaschbare Papiertapete) *w*; -

links (Abk.: l.); - von mir, - vom Eingang; von -, nach -; von - nach rechts; von - her, nach - hin; an der Kreuzung gilt rechts vor -; er weiß nicht, was rechts und was - ist; links um! (milit. Kommando; vgl. aber: linksum); auch mit *Wesf.*: - des Waldes; **Links|ab|bie|ger** (Verkehrsw.); **Links|au|ßen** (Sportspr.) *m*; -, -; er spielt -; **links|drehend**, aber: nach links drehend; **Links|dre|hung**; **Link|ser** (ugs. für: Linkshänder); **Links ex|tre-**

Lin|sen|feh|ler; **lin|sen|för|**
Lin|sen|ge|richt, ...**sup|pe**; ..
sig (z. B. vierlinsig, mit Zi
4linsig)
Linth (Oberlauf der Limmat)
Li|nus (m. Vorn.)
Linz (Hptst. von Oberösterre
Linz am Rhein (Stadt am Mi
rhein)
Lin|zer (↑ R 199)
Li|o|ba (w. Vorn.)
Lip|ämie *gr.* (Med.: Vermehr
des Fettgehaltes im Blut) *w*
lip|ämisch (fettblütig)
Li|pa|ri|sche In|seln, (auch:) Ä
sche In|seln (im Mittelm
Mehrz.
Li|piz|za|ner (Pferd einer
stimmten Rasse) *m*; -s, -
li|po|id *gr.* (fettähnlich); **Li|p**
(Biol.: fettähnlicher, lebensw
tiger Stoff im Körper) *s*; -s
(meist *Mehrz.*); **Li|pom** *s*; -s
u. **Li|po|ma** (Med.: Fet
schwulst) *s*; -s, ...omata; **Li**
ma|to|se (Med.: Fettsucht)
-, -n
[1]**Lip|pe** (Rand der Mund
nung) *w*; -, -n
[2]**Lip|pe** (Land des ehem. D
schen Reiches)

Offenbach Nr. 285 26. Jahrgang W: DM 8,—/ O: DM 5,— FEBRUAR '94

Liebe Leserinnen und Leser,

Für die *links* fängt das neue Jahr vergleichsweise gut an. Die Solidarität verhilft uns zum Weitermachen. Zwar wurden unsere Wünsche nicht ganz erfüllt, aber die Unterstützung war doch so groß, daß wir die schlimmsten Existenzsorgen zunächst einmal an den Nagel hängen und uns der Politik wieder intensiver zuwenden können.

Wir möchten daher allen unseren Lesern danken, die uns mit Spenden oder Darlehen ausgeholfen haben. Wir sehen dies als ein Zeichen des Vertrauens in diese Zeitung und ihre Macher an. Daß trotz allem noch viel zu tun bleibt, haben wir darüber nicht vergessen und wir werden uns in der nächsten Zeit bemühen, damit diese Zeitung noch besser wird.

Für die Armen in Mexiko fing das neue Jahr wahrlich nicht so gut an. Mit dem Beitritt Mexikos zur nordamerikanischen Freihandelszone, kurz NAFTA, wurde für viele die Hoffnungslosigkeit noch hoffnungsloser und der aus solcher Verzweiflung folgende Aufstand wurde mit brutaler militärischer Gewalt beendet. Mexiko versank im Süden in den Bürgerkrieg. Das vom mexikanischen Militär veranstaltete Massaker ist von hier aus noch schwer zu übersehen. Dem Image des Vorzeigeentwicklungslandes Mexiko scheint dadurch jedoch keinen Abbruch zu geschehen. Schöne neue Weltordnung. Wir haben in diesem Heft eine Reihe von Texten zusammengestellt, um Informationen zu diesen Vorgängen zu liefern, die hierzulande schon wieder aus dem Blickfeld geraten sind.

Aber auch innerhalb Deutschlands verspricht das neue Jahr nicht gerade ein Jahr der sozialen Gerechtigkeit, der unaufhaltsamen Demokratisierung und der kulturellen Modernisierung zu werden. Allenthalben wird vom Superwahljahr getönt, als würde sich das Schicksal dieses Landes in Wahlen entscheiden und nicht allein ein verhängnisvoller Weg sich in diesen aussprechen. Die schier überwältigende Arbeitslosigkeit, die sich verschlimmernde Armut, ansteigender Rassismus — all das ist ein unheilvolles Gemisch. Und die Herren in Bonn, ebenso wie in den kleineren Fürstentümern, bangen um ihre Bezüge, weil das renitente Volk Politikverdrossenheit an den Tag legt, die welthistorische Verantwortung der deutschen Nation nicht zu fassen vermag und überhaupt noch zu wenig Angst hat. Weshalb dann die falschen Propheten den Rest der Welt im heiligen Vaterland einfallen sehen, und den Keim des Verderbens bereits im Inneren allenthalben am Werke entdecken, wogegen schließlich nur ein urdeutsches Glasnost helfe: der große Lauschangriff. Weil all dies so ist, bieten wir unseren Lesern das Lexikon zum Wahljahr an. In kurzen und hoffentlich aufschlußreichen Artikeln, sind hier die Versatzstücke der neudeutschen Ideologie versammelt. Der geneigte Leser kann sich damit auf all die super Wahlen vorbereiten.

Den in der Öffentlichkeit nur wenig wahrgenommenen Streik der Studenten und die unaufhaltsame — oder doch aufhaltsame, aber wie? — Entpolitisierung der Studentenschaft kommentieren Ulrich Brand und Beatrix Schlemmer. Eine etwas andere Position zu dem leidigen Thema nimmt Thorsten Cabalo ein. Holm-Detlev Köhler berichtet über das Ende von Francos Modellfabrik SEAT in Spanien und steuert einen Nachruf auf die jüngst verstorbene spanische Anarchistin Federica Montseny bei.

Um last but not least nochmals zur innenpolitischen Entwicklung zu kommen: An der Diskussion über Bonengels Film 'Beruf Neonazi' läßt sich einiges zur Lage des öffentlichen Bewußtseins erkennen. Thomas Kunz bemüht sich daher in seinem Artikel 'Die Individualisierung des Neonazismus' einen Weg zu finden, wie man in einer nur bedingt aufgeklärten Öffentlichkeit mit einem solchen Film umgehen kann.

Nun ja, bei all dem bleibt uns nur noch, den Lesern trotz allem ein Jahr zu wünschen, in dem unser aller politische Erfahrung nicht zu trostlos ausfallen wird.

die links-Redaktion

IMPRESSUM

REDAKTIONSADRESSE:
Sozialistisches Büro,
Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach,
Telefon 069/88 50 06, Fax 069/82 11 16

REDAKTION: Natascha Apostolidou, Ulrich Brand, Uwe Fahr, Christoph Görg, Joachim Hirsch, Holm-Detlev Köhler, Eva-Maria Krampe, Thomas Kunz, Jörg Lauterbach, Ludi Lodovico, Luka Radenski, Jürgen Roth, Felix Schneider, Sigrid Schönecker, Urban Weber, Jens Winter

HERAUSGEBERINNEN: Elmar Altvater, Ursula Beer, Klaus Briegleb, Andreas Buro, Josef Esser, Wolfgang Fach, Eike Hennig, Arno Klönne, Silvia Kontos, Hans-Martin Lohmann, Mohssen Massarrat, Ingeborg Maus, Margit Mayer, Wolf-Dieter Narr, Oskar Negt, Joachim Perels, Roland Roth, Gert Schäfer, Heinz Steinert, Klaus Vack, Edgar Weick, Gilbert Ziebura

STÄNDIGE MITARBEITER:
Robert Detobel, Dieter Maier, Lothar Baier

REDAKTIONSBÜRO: Sigrid Schönecker

VERLEGER UND VERTRIEB:
Verlag 2000 GmbH, Bleichstr. 5/7,
Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach

SATZ: Birgit Letsch, Verlag 2000 GmbH

TITELBILD: Duden 1

LAYOUT: Sigrid Schönecker,
Birgit Letsch

DRUCK: Scholl & Klug GmbH
Mörfelden-Walldorf

ERSCHEINUNGSWEISE: monatlich,
10 Ausgaben im Jahr
ISSN: 0024-404-X

REDAKTIONSSCHLUSS für die
März-Ausgabe '94 ist der 17. Febr. 1994

BEZUGSBEDINGUNGEN:
Einzelexemplar W: DM 8,—/O: DM 5,—
Jahresabonnement W: DM 75,—/O: DM 50,—
incl. Versand, Luftpostpreise auf Anfrage

Abbestellungen müssen spätestens bis 31.10. vor Ende des Kalenderjahres schriftlich erfolgen.

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, ebenso Übersetzungen und fotomechanische Vervielfältigung von Beiträgen, bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Verlages. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in *links* wird kein Honorar bezahlt.

EIGENTUMSVORBEHALT: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

KOMMENTAR

Eva-Maria Krampe
Superwahljahr 1994
Kampf um Begriffe oder mehr? 4

AKTUELL

Holm-Detlev Köhler
SEAT — das Ende
von Francos Modellfabrik 5

Peter Stahn
Tarifverhandlungen in
der Metallindustrie
IG Metall in der Defensive 7

Presseerklärung
Der Kern des NATO-Gipfels
Partnerschaft für weltweite
Intervention 16

HOCHSCHULE UND POLITIK

Beatrix Schlemmer / Ulrich Brand
Alle Jahre wieder...?
Zum unpolitischen Widerstand gegen
die technokratische Hochschulreform 9

Thorsten Cabalo
Wer sind die Studierenden?
Ein Stimmungsbild 12

Autonome Mittwochs-Gruppe Frankfurt
Von Politik und Staubsaugern
Zur ,,Linkswende'' an
der Frankfurter Uni 14

NEUE RECHTE

Thomas Kunz
Die Individualisierung des
Neonazismus oder: das Märchen vom
Althans im Glück 28

Manfred Wieczorek
Faschismus in linken Köpfen 30

THEORIE

Karl Malden
Und nun? oder: So, what?
Zur Erfindung des Politischen
durch Ulrich Beck 39

THEMA: Deutschland auf den Begriff gebracht

Thomas Kunz
Kleines Neudeutsches Wörterbuch 17

Eva-Maria Krampe
Familie 18

Eike Hennig
Gemeinschaft 19

Volker Heins
Identität 20

Ludi Lodovico
Normalität 21

Thomas Wolf
Politikerverdrossenheit 22

Thomas Gebauer
Schadensbegrenzung 22

Heinz Steinert
Sicherheit 24

Joachim Hirsch
Standort 25

Jürgen Roth
Zukunft 26

REZENSION

Joachim Hirsch
Die Grenzen der Demokratie 15

Steffen Becker / Ulrich Brand
Kapital, Macht und Wissen 42

INTERNATIONAL

Die Redaktion
Bürgerkrieg in Mexiko 32

Viva Zapata 33

Luis Javier Garrido
Von Widerstand und Würde 34

Erklärung des Commandante Marcos
vom 1.1.94 in San Cristobal
de Las Casas 35

Zeitungssplitter aus La Jornada 36

RUBRIKEN

Editorial 2

Nachruf
Zum Tode von Federica Montseny 44

Leserbriefe 37

Termine 38

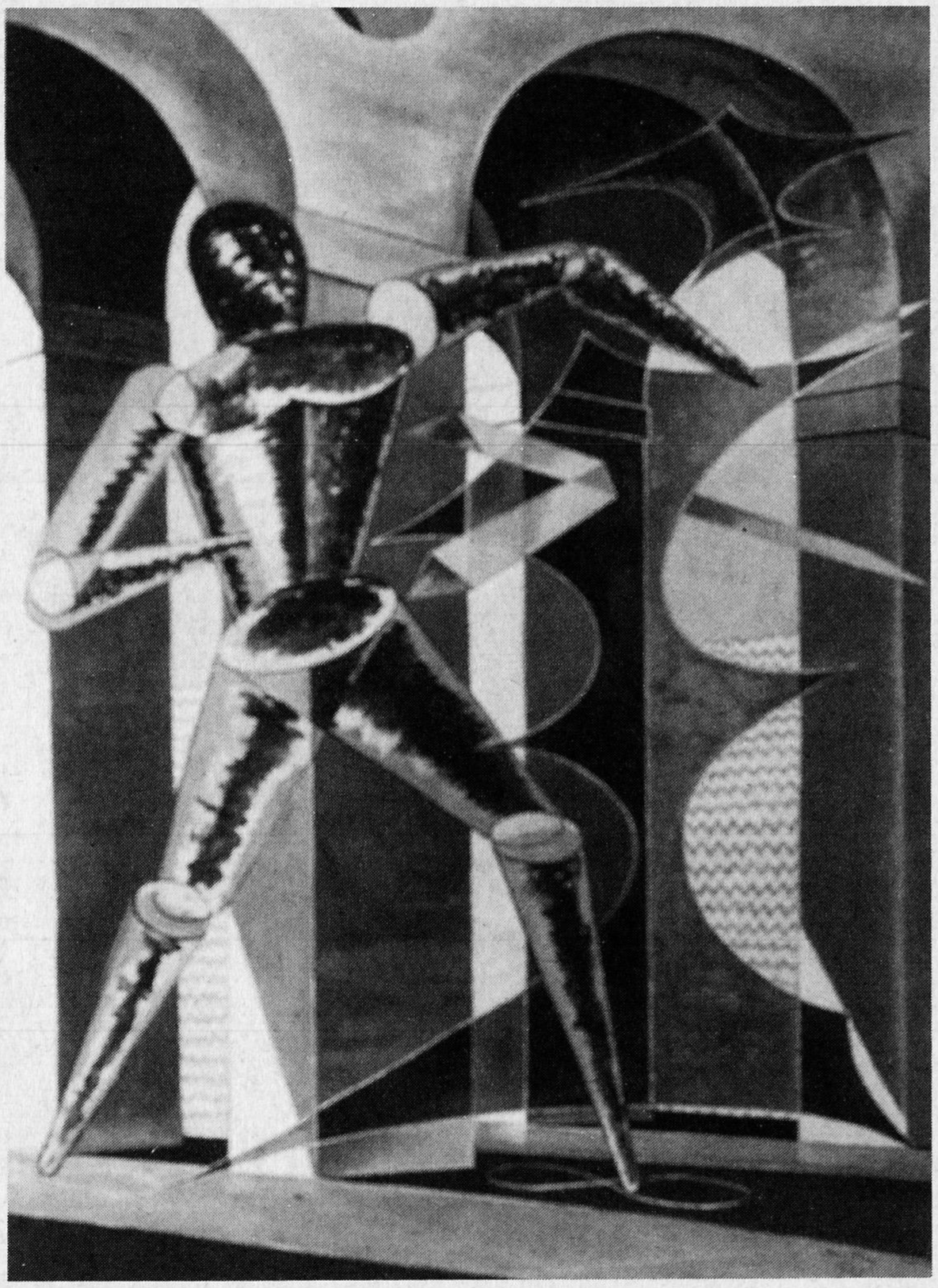
cosa nostra:
Abonnement 34

EVA-MARIA KRAMPE

Superwahljahr 1994

Kampf um Begriffe oder mehr?

Nun hat es begonnen, das seit Monaten als Horrorszenario aufgebaute Superwahljahr. Im März geht es zum ersten Mal an die Urnen. Und wie die geneigte *links*-Leserin seit vielen Jahren weiß, schreibt die *links*-Redaktion ihre Wahlkommentare gerne, bevor eine Wahl überhaupt stattgefunden hat. Nicht weil wir über besondere hellseherische Fähigkeiten verfügten, sondern weil Wahlergebnisse unserer Meinung nach Ausdruck sozialer und politischer Entwicklungen sind, nicht aber deren Ursache. Das soll nicht heißen, daß einige Prozentpunkte mehr oder weniger für die eine oder andere Partei ohne Rückwirkung auf gesellschaftliche Entwicklungen blieben. Dennoch lassen Analysen zum „State of the Nation", wie sie die *links* im vergangenen Jahr ausführlich publiziert hat, ebenso wie die zentralen Themen, die für den Wahlkampf angesagt werden, deutliche Rückschlüsse darauf zu, wie und was die Parteien vor und auch nach den Wahlen mit diesem Staate zu tun gedenken. Dementsprechend haben wir uns entschlossen, zum Superwahljahr eine Superwahlnummer als Kommentar zu den ab März zu erwartenden Ereignissen herauszubringen. Nun geht es dabei selbstverständlich nicht um die Einschätzung der Chancen irgendwelcher Parteien oder deren nicht vorhandener Programme.



Man Ray

Vielmehr haben wir uns eine Anzahl von Begriffen herausgesucht, die bereits seit geraumer Zeit durch die Reden und Ankündigungen von PolitikerInnen und damit durch die Medien wabern und mittels derer eine ebenso sanfte wie wirksame Gehirnwäsche durchgeführt wird.

Einig sind sich offensichtlich alle Parteien darüber, daß die bundesdeutsche Wirtschaft forciert in Richtung Talsohle getrieben werden muß, damit sie anschließend wie Phoenix aus der Asche auferstehen kann. Standortsicherung ist das allgemein deklarierte Ziel, das zu erreichen nur durch immer weitere Privatisierung, Rationalisierung und verstärkten Sozialabbau gelingen wird. Da für einen solchen radikalen neoliberalen Gewaltmarsch die ehemals so beliebte soziale Abfederung oder Beherrschbarkeit weder gewünscht wird, noch finanziert werden kann, haben die Parteien einen aufsehenerregenden Wettlauf um das begonnen, was das Wahlvolk sonst noch interessieren sollte. Wo das Sozialökonomische als nicht machbar wegdefiniert wurde, hat das Buhlen um Befindlichkeiten seinen Platz bekommen.

Quer durch das gesamte Parteienspektrum hat man da Wunschvorstellungen aufgegriffen, die, wen nimmt es wunder, zuförderst ihre Heimat in den Kreisen haben, die von allen mit vor Ekel leicht gespitzten Lippen als die „Gefahr von Rechts" gedeutet werden. An erster Stelle stehen da solche Begriffe wie innere Sicherheit, Normalisierung, Verantwortung, nationale Identität, Familie und ähnliches mehr. Um aber eventuell vorhandene liberale und sozialdemokratische RestwählerInnen bzw. Klientel nicht völlig zu vergrätzen, werden entsprechenden Parteifossilien Einwände gestattet. Auch die soziale Frage kann bei einer Partei, die dieses Adjektiv trotz seiner zunehmenden Anrüchigkeit noch immer im Namen führt, nicht gänzlich ausgeklammert werden. Dabei besinnt sich die SPD auf das Soziale im klassischen Sinne. Arbeitsplatzbesitzer, wenn sie auch heute opferbereit zu sein haben, stehen im Zentrum der Bemühungen. Vergessen sind längst all diejenigen, die nicht in diese Kategorie gehören. Ansätze, marginaliserte Gruppen politisch zu vertreten, sind angesichts ihrer immer größer werdenden Zahl schnell vergessen worden. Wenn denn die bürgerlichen Parteien im Kampf um das Betriebsvermögen der Bundesrepublik sich ihrer Regulationsinstrumentarien begeben haben und statt dessen Bodennebel bis in Kopfhöhe verbreiten, dürften ihre Bemühungen zur Beseitigung der allgemein diagnostizierten Politikverdrossenheit von wenig Erfolg gekrönt sein.

Da die/der normalisierte, wenn schon nicht zivilisierte, in falscher Unsicherheit sich wägende, Verantwortung in der großen weiten Welt und der kleinen heiligen Familie übernehmende, mit sich und der Nation identische WählerIn für Politik halten soll, was die gleichgeschaltete Öffentlichkeit dafür ausgibt, ist die Verdrossenheit daran ein untrügliches Zeichen dafür, daß Ideologie pur so wirksam auch wieder nicht ist. ●

HOLM-DETLEV KÖHLER

SEAT — das Ende von Francos Modellfabrik

Die spanische Automobilindustrie hatte keine künstliche Ostkonjunktur und wurde wie die restlichen westeuropäischen Länder bereits 1990 von der sinkenden Nachfrage erfaßt. Seit 1992 werden massiv Stellen abgebaut und die gesamte Branche arbeitet kurz. Gleichzeitig werden die japanischen Arbeitsmodelle (lean-production) und Schichtarbeit rund um die Uhr eingeführt.

Spanien wurde im Verlauf der achtziger Jahre zum drittgrößten europäischen und fünftgrößten Weltproduzent für Kraftfahrzeuge. Das SEAT-Automobilwerk war die Paradefabrik des franquistischen Wachstumsmodells. Franco öffnete Ende der 50er Jahre die spanische Wirtschaft vorsichtig dem internationalen Markt, nachdem die auf Importsubstitution zielende Autarkiepolitik ins wirtschaftliche Desaster geführt hatte. Durch staatliche Investition und Technologieimport bei Ausnutzung der repressiv niedrig gehaltenen Löhne und hoher Importzölle sollten industrielle Wachstumspole entstehen und dem Regime wirtschaftliche Legitimität verschaffen. Das 1951 am Hafen von Barcelona erbaute SEAT-Werk spielte dabei eine Pionierrolle und gab dem in den 60er Jahren einsetzenden Wirtschaftsaufschwung seinen volkstümlichen Namen 'SEAT-Revolution'. Mit Fiat-Patenten wurde der spanischen Bevölkerung ihr 'Kraft-durch-Freude'-Auto gebaut.

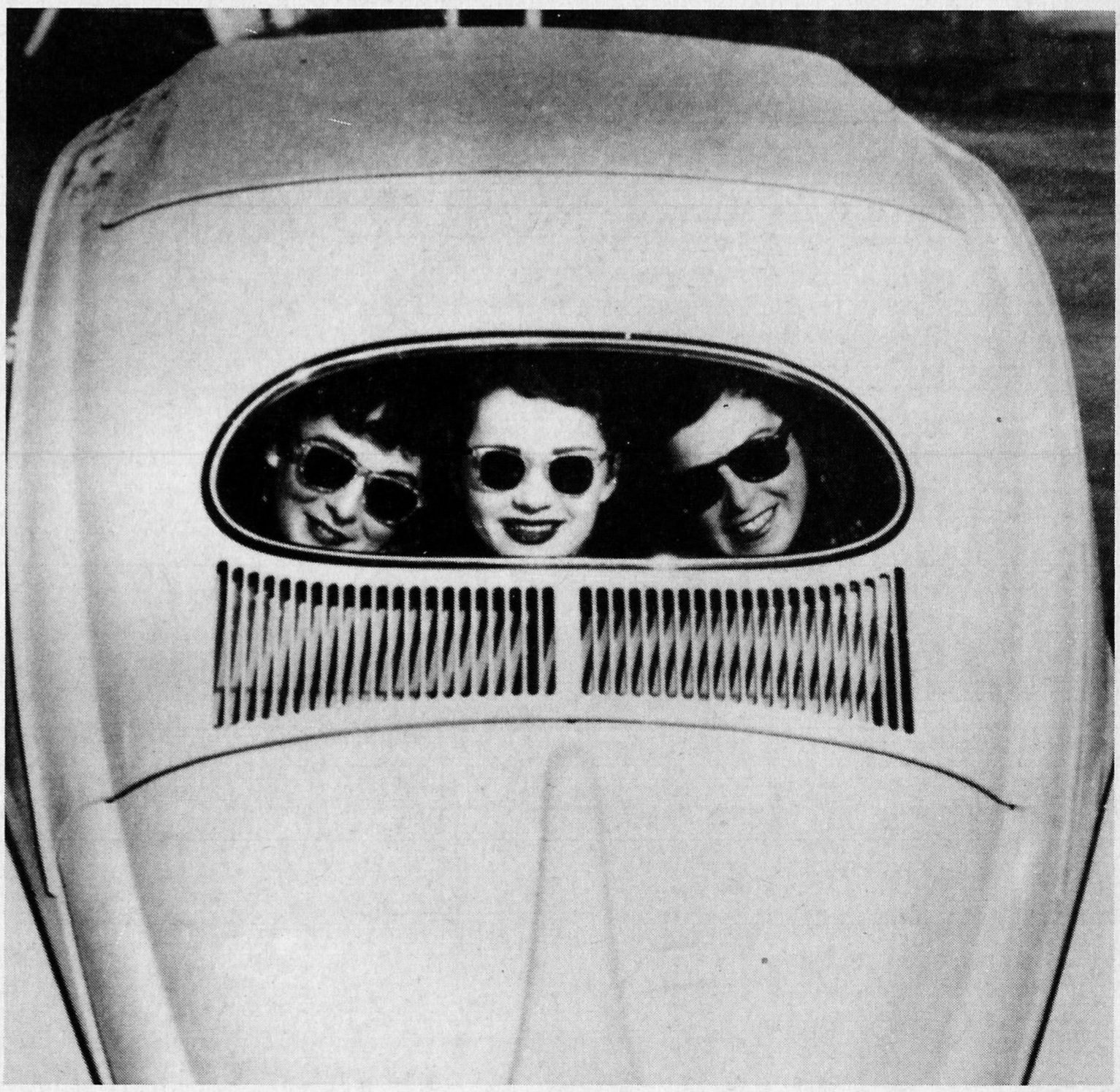
Das Staatsunternehmen dominierte den spanischen Markt bis in die 80er Jahre, als die Integration in den europäischen Markt die Konkurrenzschwäche offenbarte. Fast alle großen europäischen und die ersten japanischen Multis hatten inzwischen in Spanien Produktionsstätten errichtet und der angestrebte EG-Beitritt zwang zum Abbau der Importbeschränkungen. Wie so viele Unternehmen der spanischen Staatsholding INI (Instituto Nacional de Industria) wurde SEAT zum Milliarden verschluckenden Subventionsbetrieb. In dieser Situation trafen sich 1986 der damalige sozialistische Industrieminister Luis Carlos Croissier und VW-Verkaufschef Werner Schmidt:

Schmidt: 'Existiert noch die Möglichkeit, daß VW 10 % von SEAT übernimmt?'
Croissier: 'Selbstverständlich! Und wenn Sie wollen, kaufen Sie 51 % oder 100 %.'
Schmidt: 'Herr Minister, wissen Sie was Sie da sagen? Hat denn das INI Geld genug, um den Verkauf von SEAT zu bezahlen?'

Das INI hatte zwar kein Geld, aber der Finanzminister machte 400 Milliarden Peseten (ca. 6 Milliarden DM) locker, um das marode Unternehmen zu entschulden und einige, von VW geforderte Sanierungsmaßnahmen einzuleiten. Daraufhin stieg VW ein, um sich mit einem Schlag erhebliche Teile des expansiven spanischen Marktes zu sichern. Seit 1989 hält es 99 % der SEAT-Aktien und erwirtschaftete bis 1991 Gewinne.

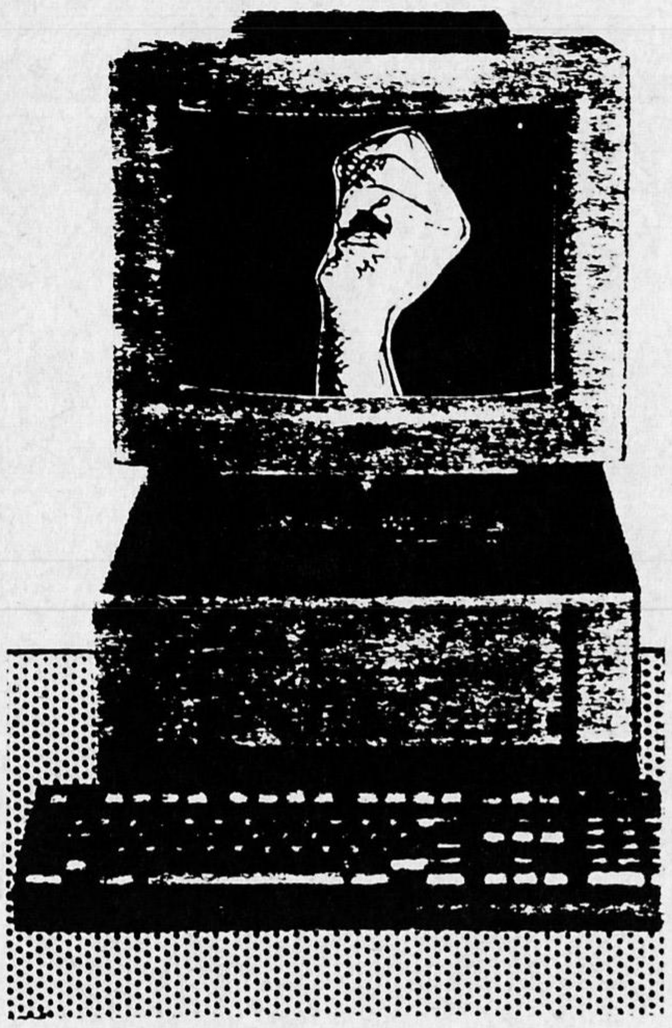
Im 25 km entfernten Martorell baute der Wolfsburger Konzern ein nagelneues Werk, wo inzwischen 6300 Beschäftigte täglich 1083 'Ibizas' herstellen und bald der neu entwickelte 'Cordoba' vom Band gehen soll. Auch die Toledo-Produktion soll in das mehr als doppelt so produktive neue Werk verlagert werden. Die anderen Modelle des alten SEAT-Werkes 'Marbella' und 'Terra' werden dagegen eingestellt.

Bis Juni 1993 kam es zum großen Krach zwischen der VW-Mutter und der bis dahin so mustergültigen SEAT-Tochter: statt der von der SEAT-Leitung angegebenen 12 Milliarden zeichnete sich für das Geschäftsjahr ein Verlust von 100 Milliarden Peseten (ca. 1,3 Milliarden DM) ab. López de Arriortúa ('Superlópez') reiste in sein Heimatland



express

die Zeitung der
undogmatischen
Gewerkschaftslinken



In der
Februar-Ausgabe des *express*:

Betriebsratswahlen '94 ● Tarifabschluß der IG Chemie ● Bischofferode abgewickelt ● Ladenschluß ade ● Krisenmodell Arbeitszeitpolitik ● Herausforderung Automobilindustrie ● Frankreichs Gewerkschaften ausgebremst ● Weißrußlands Gewerkschaftsbewegung ● Brasilien in Zeiten des Neoliberalismus u.v.m.

Einzelheft DM 6,50
Abonnement DM 64,— (incl. Porto)

☐ Bitte schicken Sie mir **kostenlos** „express" zum Kennenlernen.

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Bezug: **Verlag 2000,**
Postfach 10 20 62,
63020 Offenbach 1,
Tel. 069/88 50 06

und SEAT-Chef Díaz Alvarez mußte zurücktreten. Entschieden wird seither in Wolfsburg und SEAT hat aufgehört, als eigenständiges Unternehmen zu existieren. Um weiteren Schaden durch die Peseta-Abwertung abzuwenden, die den Teileimport aus Deutschland verteuert hatte, kaufte VW die SEAT-Finanzagentur FISEAT und das POLO-Werk in Landaben (Navarra) unter dem deutlichen Hinweis, nicht weiter Geld in ein marodes Unternehmen zu schießen. Die SEAT-Leitung fürchtete nun das Ende der Marke SEAT und die Gewerkschaften den Verlust der Arbeitsplätze. Angerufen wurde die spanische Regierung, die gehofft hatte, nach erfolgreicher Privatisierung nie mehr etwas mit diesen vier Buchstaben zu tun zu haben. 'Wir haben damals Milliarden bezahlt, nicht schon wieder', lautete die Antwort. Die Krise hatte sich inzwischen weiter zugespitzt und den Jahresverlust auf über 1,5 Milliarden DM getrieben.

López de Arriortúa wäre nicht super, hätte er nicht für jede Krise eine Lösung, sprich Sündenböcke, die sie bezahlen müssen: die Arbeiter und die Zulieferer. Am 11.11. (in Spanien nicht Karnevalsbeginn) verkündet der neue SEAT-Chef Lllorens die 'Lösung': 7 600 von knapp 23 000 Arbeitsplätzen werden eingespart: 3 000 befristete Arbeitsverträge werden nicht erneuert und 4 600 sollen von Kurzarbeitergeld leben. Davon sollen 2 870 von den abhängigen Zulieferern übernommen werden, wo niedrigere Löhne und schlechtere Arbeitsbedingungen herrschen. Das Werk sagt die Wiedereinstellung nach drei Jahren zu, sollten sie bis dahin nicht woanders Arbeit gefunden haben. Die Zulieferer sollen in Zukunft erfolgsabhängig (López-Formel: entsprechend dem Wertschöpfungsanteil jeder Fertigungsstufe) bezahlt werden, d.h. radikal Kosten senken. Dafür versprach VW, den Anteil der in Spanien gekauften Komponenten von 50 % auf 64 % zu erhöhen. Rund um Barcelona arbeiten ca. 700 Zulieferbetriebe mit knapp 50 000 Beschäftigten für VW, die angesichts dieser Vorgaben nicht wissen, wo sie die 'frei gewordenen' SEAT-Arbeiter einstellen und dabei Kosten sparen sollen. Zwei Lacklieferanten meldeten sofort Konkurs an.

Die Gewerkschaften wurden von der ganzen Entwicklung überrollt. In den vergangenen Monaten waren sie schon bei der Einführung neuer Managementsysteme wie Gruppenarbeit und individueller Leistungsentlohnung überfordert und ohne Konzept, zumal sie über keine gesetzlich garantierten Mitbestimmungsrechte verfügen. Nun erfuhren sie nebenbei, daß die Schließung des SEAT-Werkes bis 1991 schon im Kaufvertrag vorgesehen war und nur wegen der günstigen Konjunktur verschoben wurde. Im Gegensatz zu den deutschen Kollegen hatte man auch keinen Haustarifvertrag abgeschlossen, der Entlassungen und Kurzarbeit so teuer macht, daß die Unternehmerphantasie die Vier-Tage-Woche entdecken könnte. Entsprechend verunsichert fuhren die SEAT-Betriebsräte zur Eurobetriebsratssitzung in die Tschechische Republik, wo sich die Arbeitnehmervertreter aus drei Ländern ergebnislos die Krisenzahlen vorhielten. Zurück in Barcelona machten sie das, was sie noch am besten konnten. Sie organisierten Protestversammlungen und Massendemonstrationen, die sich an die katalanische Regierung richten, war doch die Unternehmensleitung inzwischen 2 000 km weit weg. Immerhin kostet der SEAT-Plan die Regierung erhebliche Summen an Arbeitslosenunterstützung und ist nach spanischem Recht genehmigungspflichtig. Nach einigen Tagen Zögern und klaren Worten der Konzernleitung wurde der Plan jedoch am 15.12. genehmigt und den SEAT-Arbeitern das Weihnachtsfest gründlich verdorben. Die Protestwelle scheint derweil wieder versandet.

Die neue Automobillandschaft in Barcelona sieht damit folgendermaßen aus: Nach über 40jährigem Bestehen schließt das emblematische SEAT-Werk seine Pforten. Produziert wird in schlanker Produktion mit einem Drittel weniger Beschäftigten in den neuen Werken Martorell und Landaben. Auf dem alten SEAT-Gelände werden die wichtigsten Zulieferbetriebe angesiedelt und technisch wie kostenmäßig direkt an das Hauptwerk angebunden. Die Kosten- und Produktivitätsschraube wird dabei kontinuierlich weiter angezogen. Der Staat übernimmt einen Teil der sozialen Kosten für die Entlassenen in Form von Frührenten und die Arbeitslosenrate inmitten einer tiefen Rezession, in der die Arbeitslosenrate auf über 20 % angestiegen und das Haushaltsdefizit kaum noch zu kontrollieren ist.

Es bleibt die Frage nach möglichen Alternativen. Die Wolfsburger Arbeitszeitdiskussion kam wie eine Meldung aus einer anderen Welt und ohne Konsequenzen nach Spanien. Die Gewerkschaften aller Couleur — im SEAT-Betriebsrat sind neben den beiden großen spanischen Gewerkschaften UGT und CCOO auch die anarchosyndikalistische CGT und betriebliche Angestelltenlisten vertreten — hatten nicht die Spur eines Alternativvorschlages zu bieten und forderten hilflos den Erhalt von SEAT. Dies hätte bei Franco sicher Emotionen geweckt, der VW-Konzernleitung ging es aber um eine kostenorientierte Umstrukturierung. Da war kein Platz für das veraltete Traditionswerk. Zudem trafen sie bei den deutschen IG-Metall-Vertretern nur auf dieselben nationalistischen Gefühle, die sie selbst hatten. Der Kampf der SEAT-Arbeiter ging nicht verloren — er begann gar nicht erst und die schwachen Gewerkschaften stehen wenige Tage vor ihrem hilflosen Generalstreik gegen die Deregulierungsgesetze der sozialistischen Regierung und inmitten der Pleite ihrer gewerkschaftseigenen Unternehmen (derzeit findet die spanische Version des Neue-Heimat-Skandals um die UGT-eigene Wohnungsbaukooperative statt) vor einem weiteren Scherbenhaufen. ●

PETER STAHN

Tarifverhandlungen in der Metallindustrie

IG Metall in der Defensive

Drei Jahre lang verdeckte der Vereinigungsboom die tiefgreifenden Strukturkrisen in nahezu allen Schlüsselbranchen der Metallindustrie und die Auswirkungen der 1990 beginnenden weltweiten Rezession für die Konjunktur der Bundesrepublik.

Insbesondere in der Automobilindustrie vollzog sich mit Beginn der deutsch-deutschen Währungsunion und dem staatlichen Anschluß der DDR eine sprunghafte Nachfrage- und Produktionsausweitung mit einem Produktionsrekord in 1992 von 5,2 Mill. Pkw und Nutzfahrzeugen. Der Wendepunkt in der Automobilproduktion schlug sich 1993 mit einem Produktionsrückgang um 25 % nieder. Die deutschen Automobilhersteller und -zulieferer beschäftigten im September 1993 mit 673 000 Mitarbeitern 84 000 weniger als ein Jahr zuvor und rechnen mit einem weiteren Rückgang der Beschäftigung um 100 000 Arbeitsplätze im nächsten halben Jahr. Ähnlich dramatische Beschäftigungseinbrüche sind auch in den übrigen Branchen der Metall- und Elektroindustrie und den anderen Wirtschaftszweigen zu verzeichnen. Zum Jahresende gab es in der Bundesrepublik über eine halbe Million Arbeitslose mehr als im Vorjahr, insgesamt fast vier Millionen registrierte Arbeitslose und darüberhinaus einen geschätzten Bedarf an weiteren drei Millionen Arbeitsplätzen. Allein im Dezember wurden 130 000 Beschäftigte entlassen.

Die Unternehmer nutzen die Krise, um die Hauptlast bei der Redimensionierung der Produktion und der Investitionen mit Massenkündigungen und Reallohnsenkung auf die Beschäftigten abzuwälzen. Das Hauptargument der Arbeitgeber dafür lautet, die Arbeitskosten seien das Handicap des Standorts Bundesrepublik und müßten gesenkt werden. Die Politik des Gürtel-engerschnallens und damit eine Verringerung der Massenkaufkraft, hat jedoch bisher immer nur die wirtschaftliche Talfahrt beschleunigt. Wachsende Massenarbeitslosigkeit und Armut, die faktische Verweigerung der aktiven Teilnahme am Erwerbsleben und damit zur persönlichen sozialen Vorsorge für einen immer größeren Teil der Bürger gefährden die lange praktizierte soziale Konsensbildung und bereiten den Boden für soziale Erschütterungen, Intoleranz und Rechtsradikalismus.

Mit dem VW-Modell, der vorläufigen Absicherung von 30 000 Beschäftigten, insgesamt 100 000 Arbeitsplätzen bei VW durch kürzere Arbeitszeiten und einen Entlassungsstop für zwei Jahre, bestätigte sich bei den Gewerkschaften die Hoffnung, daß man in der Tarifbewegung '94 Arbeitszeitverkürzung als beschäftigungssichernde Maßnahme in gesellschaftlichem Maßstab durchsetzen könne. Die IG Metall schlug bereits vor den VW-Verhandlungen für die Tarifbewegung in der Metallindustrie ein Moratorium gegen Beschäftigungsabbau und das Vorziehen der 35-Stundenwoche vor, wobei die eine Stunde Arbeitszeitverkürzung mit 1,4 % auf das Volumen der geforderten Einkommenserhöhung um 5,5 bis sechs Prozent in der Metallindustrie angerechnet werden sollte.

Im Forderungsvolumen war von vornherein auf die übliche Umverteilungskomponente verzichtet worden. Die IG Metall entwickelte gleichzeitig weitere über das Vorziehen der Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden hinausgehende Vorstellungen, um in Zeiten hoher und steigender Arbeitslosigkeit und enger werdenden Verteilungsspielräumen dennoch arbeitsmarktpolitisch wirksame Lösungen in den Tarifverhandlungen durchzusetzen. Dazu gehören Maßnahmen wie:

- mit den Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit statt Arbeitslosigkeit während der Kurzarbeit Qualifizierungsprozesse zu finanzieren;
- gleitender Altersruhestand und altersabhängige Arbeitszeit auf freiwilliger Basis;
- Teilzeitarbeit mit entsprechender Freiwilligkeit und Rückkehrrecht jedem zu ermöglichen;
- Reduzierung der Arbeitszeit der Beschäftigten mit einer tariflich vereinbarten höheren Arbeitszeit (18 %-Regelung) als der tariflichen 36-Stunden-Woche und
- Anspruch der Beschäftigten auf befristetes Ruhen der Berufstätigkeit über einen längeren Zeitraum hinweg.

Aus Sorge um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze und nachdem Zehntausende von Arbeitsplätzen 1993 in der Metallindustrie bereits vernichtet wurden, sind die Beschäftigten zwar bereit, große Belastungen auf sich und ihre Familien zu nehmen. Doch das VW-Modell, bei dem die Beschäftigten für zwei Jahre Schutz vor betriebsbedingten Kündigungen immerhin auf über zehn Prozent ihres Jahreseinkommens verzichten mußten, ist nicht so ohne weiteres auf die Flächentarifverhandlungen übertragbar. Weder kennen die Metalltarifverträge ein

OST-WEST
informationen

Heft 2/93
Medien im Osten (II): Trennt der Markt die Spreu vom Weizen?
Beiträge von / Interviews mit:
Hans Heinz Fabris, Vera Tolz, Adam Novak, Petr Uhl, Vladimir Holina, Miodrag Perovic, Kim Mehmeti, Zvonimir Krstulovic, William Totok, Rossen Milev, Annamaria Szántó, Gábor Lenkai, Catherine Valtin, Brigitte Busch.

Heft 3/93
Sozialer Wandel im Osten (I): Das Ende der Illusionen?
Beiträge von /Interviews mit:
Mita Castle-Kanerova, Juliusz Gardawski, Tomasz Zukovski, Janko Sekai, Tamás Krausz, Grogorii Artemenko, Albrecht Kretzschmar, Mladen Lazic, Tonci Kuzmanic.

Heft 4/93
Sozialer Wandel im Osten (II)
Beiträge von /Interviews mit:
Fatos Baxhaku, Ryszard Bugaj, Nikolas Cerny, Judith Dellheim, Franz Gundacker, Sheila Marnie, Heinrich Pfandl, Boris Rakitskij, Zakarijah Smajic, William Totok, Bozo Zaja.

Heft 1/94
Bosnien-Herzegowina
Beiträge von /Interviews mit:
Javorka Finci-Pocrnja, Durda Knezevic, Karl Kumpfmüller, Adam Novak, Marko Orsolic, Drazina Peranic, Milorad Pupovac, Catherine Samary, Zakerijah Smajic, Dzemal Sokolovic, Holm Sundhaussen, Melita Sunjic.

Bestellungen, Probeexemplare, Inhaltsverzeichnisse
Ost-West-Gegeninformationen
c/o Dezentrale,
Prokopig. 2/I, A-8010 Graz,
Fax-Nr. ((0)316/81 05 94
Preis: 40 ÖS/ 6 DM incl. Porto/Heft
Umfang: ca. 50 Seiten

auf die Monatseinkommen umlegbares vierzehntes Monatsentgelt noch einen einzusparenden Sonderurlaub für Schichtarbeiter wie bei VW. Und schließlich liegt das dem Ecklohn vergleichbare VW-Lohnniveau weitaus höher als das der übrigen Metalltarifverträge. Ein Lohnverzicht für Beschäftigungssicherung in der Radikalität der Arbeitszeitverkürzung wie bei VW ist schon deshalb für die Metallindustrie insgesamt nicht denkbar.

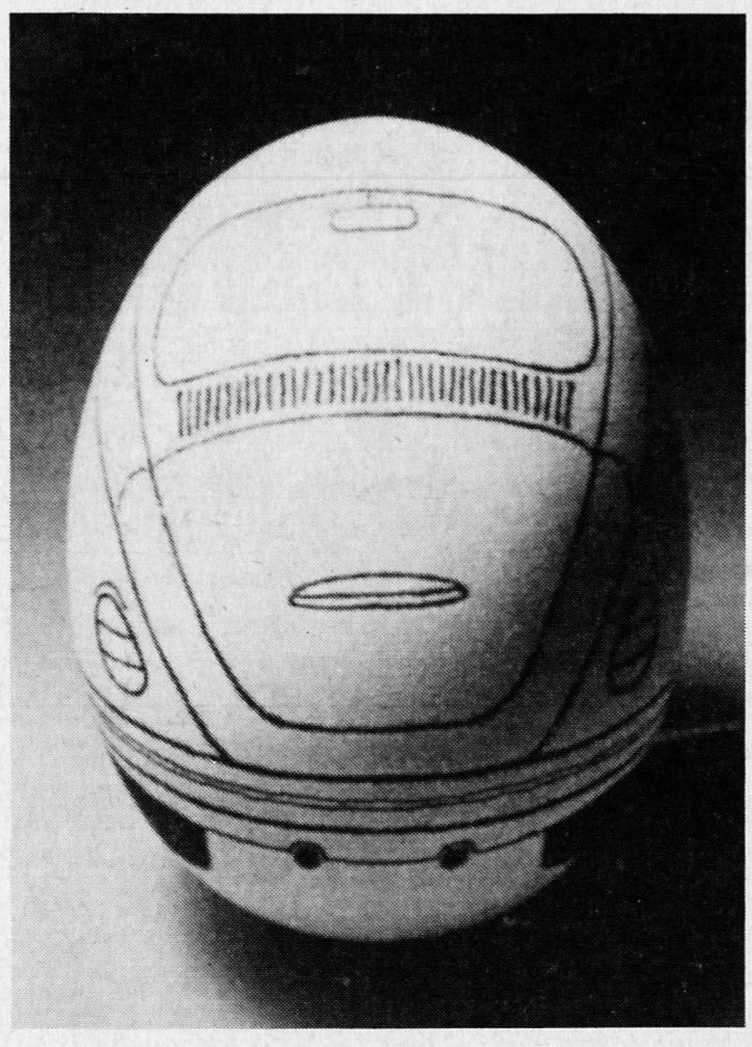
Besonders bei den Arbeitnehmerhaushalten mit mittleren und niedrigeren Einkommen ist die Belastbarkeit bereits an ihre Grenzen gestoßen. Bereits 1993 haben die Tariferhöhungen die Teuerungsrate nicht ausgeglichen und für einen Rückgang der Reallöhne gesorgt. Offenbar wollen die Arbeitgeber die Krise jedoch dazu nutzen, um soziale Errungenschaften abzubauen und die Zeche, die nicht nur konjunkturbedingt, sondern auch teilweise aus den Versäumnissen einer verfehlten Produkt- und Produktionssplanung herrührt, von den Beschäftigten bezahlen zu lassen. In vielen Fällen kürzen oder streichen die Arbeitgeber rigoros und einseitig freiwillige betriebliche Sozialleistungen, also Entgeltbestandteile oder versuchen die Betriebsräte unter Druck zu setzen, um den Abbau betrieblicher Leistungen und die Verlängerung der Arbeitszeiten per Betriebsvereinbarung durchzusetzen. Außerdem sorgt die Regierungsoffensive der Deregulierung staatlicher Transferzahlungen und Dienstleistungen schon seit Beginn der achtziger Jahre für eine gigantische Umverteilung, die sich zuungunsten der Familieneinkommen der abhängig Beschäftigten auswirkt. Dazu kommen weitere Steuer- und Abgabenerhöhungen in 1994 als Belastungen hinzu.

Die fatalen Folgen aus der Deregulierungspolitik der Arbeitgeber und der Bundesregierung lassen sich in allen gesellschaftlichen Bereichen nachweisen. Die einhellige Ablehnung einer Ausweitung gesellschaftlicher Regulierung und aktiver öffentlicher Beschäftigungspolitik nimmt die Gewerkschaften nur noch stärker in die Pflicht, über die bloße Verteilung immer knapper werdender Mittel hinaus beschäftigungspolitische Initiative zu ergreifen.

Die IG Metall ist mit ihrer Forderung nach Erhöhung der Löhne und Gehälter um 5,5 bis sechs Prozent und der Anbindung der Ausbildungsvergütung in Höhe von 50 Prozent an die Ecklohngruppe zur Kaufkraftsicherung sowie mit beschäftigungssichernden Maßnahmen, die auf Teile des Volumens der Einkommenserhöhung angerechnet werden können, den Arbeitgebern bereits weit entgegengekommen. Dagegen bieten die Arbeitgeber seit Wochen keine verhandelbare Lösung an. Alle ihre Forderungen laufen auf eine Erhöhung der Produktivität durch Entlassungen und Senkung der Kosten aus den Tarifverträgen hinaus. Die Arbeitgeber wollen dagegen auf eine Nominallohnsenkung um mindestens 10 % hinaus durch Streichung des Urlaubsgeldes, eine Änderung der Urlaubs- und Arbeitszeitregelungen mit dem Ziel der Kostensenkung sowie einer Nullrunde bei Löhnen, Gehältern und Ausbildungsvergütungen in 1994. Insgesamt wollen die Arbeitgeber die Regulation der Tarifverträge aushebeln, um die betrieblichen Spielräume beispielsweise zur Ausweitung der Arbeitszeiten erheblich zu erweitern. Die Verhandlungspositionen waren noch nie so weit — mindestens 16 Prozent — in der Metallindustrie auseinander.

Die Tarifpartner stehen in der diesjährigen Tarifbewegung insbesondere auf dem Prüfstand, ob sie tatsächlich in der Lage sind — wie die Regelung bei VW es zeigt — angesichts der gesellschaftlichen Krisensituation per Tarifvertrag Beschäftigung zu sichern und betriebsbedingten Kündigungen für einen längeren Zeitraum auszuschließen. Anders als die IG Chemie, die in den Tarifverträgen der chemischen Industrie neben der Verlängerung der Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden auch eine Absenkung des Tarifentgelts bei Neueinstellungen vereinbarte und damit einer Politik vor allem zum Vorteil ihres Beschäftigtenklientels nachgegangen ist, will die IG Metall mit ihrer Forderung, beschäftigungssichernde Maßnahmen mit einem bedingten Einkommensverzicht zu koppeln, einen Beitrag im Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit leisten.

Zweifelsohne geht die IG Metall, die den Arbeitgebern einen beschäftigungspolitisch tragfähigen Kompromiß abringen will, mit ihren Forderungen zur diesjährigen Tarifbewegung gesellschaftspolitisch einen Schritt in die Offensive, die den Gewerkschaften die ihnen schon oft abgesprochene Handlungsfähigkeit unter den schwierigen Bedingungen der ökonomischen Krise zurückgewinnen lassen könnte. ●



Eigenwerbung VW

Wir wahren die Form. Bis zum Schluß.
Da weiß man, was man hat.

BEATRIX SCHLEMMER / ULRICH BRAND

Alle Jahre wieder...?

Zum unpolitischen Widerstand gegen die technokratische Hochschulreform

Mit einer bundesweiten Aktionswoche gegen die geplante(n) Hochschulreform(en) sollte im vergangenen Dezember der Unmut der Studierenden zum Ausdruck gebracht werden. Wie schon in den Jahren zuvor — 1988, 1990 — folgte einer anfangs begrenzten Mobilisierung die schnelle Abwendung vieler und bald der Frust der wenigen, die die Aktionen trugen. Die am meisten geäußerte Forderung 1993/94 war: „Mehr Inhalte!", doch das Adjektiv, das den Protesten am nächsten kommt, lautet: inhaltslos.

I.

Entgegen den Beteuerungen, es handele sich bei der Studienstrukturreform nicht um ein „Instrument der Einsparung", stehen die Inhalte z.B. des Positionspapiers des Bundes. Dort heißt es, der Bund könne keine finanziellen Zusagen an die Hochschulen machen, bei gleichzeitiger Ankündigung von Sanktionen gegen Langzeitstudierende. Nicht die Zahl der Studienplätze soll erhöht werden, um das seit Jahren ansteigende Mißverhältnis z.B. zwischen der Anzahl der StudentInnen und der ProfessorInnen aufzuheben. Stattdessen sollen die StudentInnen die Studienplätze schneller wieder verlassen.

Dies verdeutlicht, daß auf politischer Ebene lediglich die Dringlichkeit des Handlungsbedarfs klar ist, doch dem steht eine augenfällige Konzeptlosigkeit gegenüber. Geleistet werden soll zum einen die „effizientere" Gestaltung der Hochschulen, um Gelder einzusparen, zum anderen wird ihre Bedeutung für den Standort Deutschland herausgestellt. In diesem Sinne verschiebt sich der Begriff von Bildung und Wissenschaft immer mehr hin zu einem Faktor der Sicherung des Wirtschaftsstandortes. Es geht nicht mehr darum, „Bildung für alle" verwirklichen zu wollen, sondern die Universität nach Effizienzkriterien auszurichten, im Sinne der ökonomische Verwertbarkeit. Zu diesem Zweck wird die Krise an den Hochschulen instrumentalisiert.

Anstatt aber nun konsequenterweise „bedarfsgemäß" zu reformieren, fällt den Schreibern und Betreibern kaum mehr ein, als stärker zu reglementieren. Dabei wird zwar immer wieder betont, wie wichtig das Erlernen der sogenannten „sozialen Kompetenzen" sei. Es ist jedoch schwer vorstellbar, wie dies in einem Studium, das zeitlich und den Inhalten nach viel stärker vereinheitlicht und vorgeschrieben sein würde, gewährleistet werden kann. Wie überhaupt solche Inhalte festzulegen sind, da niemand genau sagen kann, wie die Anforderungen an Bildung und Ausbildung genau aussehen sollten, das ist ebenfalls vollkommen unklar.

II.

Oben genannte Inhalte tauchten in den studentische Protestformen nicht oder nur am Rande auf. Einigkeit herrschte darüber, daß es dringenden Veränderungsbedarf gibt, die Forderung „Keine Deform mit uns, keine Reform ohne uns!" entwickelte sich gleichsam zum Motto des Streiks.

Zumeist wurde sich ausschließlich auf die Ebene der politischen Argumentation eingelassen, die Hochschulen seien zu teuer und Reformen notwendig, denn wer schneller studieren will, solle dies auch tun können. Problematisch schien von studentischer Seite aus v.a., mit welchen Mitteln da reformiert werden sollte und daß die studentische Seite bisher von den Diskussionen ausgeschlossen blieb.

Indem man sich jedoch von vornherein auf die Vorgaben von außen einläßt, können diese nicht in ihrer gesellschaftlichen Bedeutung begriffen werden. Was den Plänen zugrunde liegt, warum sie jetzt und in welcher Form auftauchen, ist kein Thema und kann daher dazu führen, ganz im Sinne der konzeptlosen Betreiber zu agieren.

Die anfängliche Reduktion komplexer Zusammenhänge hatte jedoch insofern ihre Berechtigung, als daß sie überhaupt erst die Voraussetzung für eine breitere Mobilisierung schaffte. Allerdings ging es über den Punkt der Ablehnung der Deform-Pläne auch später kaum hinaus: die Forderung nach einer „wirklichen" Studienreform wurde inhaltlich nicht näher bestimmt. Das hat einen Grund: Die Aktionen sollten in der Hoffnung aufrechterhalten werden, mittels einer längerfristigen und umfassenderen studentischen Mobilisierung die technokratischen Reformpläne zu Fall zu bringen. Über die Thematisierung von Inhalten und deutlich werdenden Interessenunterschieden innerhalb der StudentInnenschaft bestand die Gefahr der Demobilisierung. Die realen Interessengegensätze hinsichtlich der Reform, aber auch bezüglich der Universität insgesamt wurden so verschleiert, innerhalb der Studentenschaft und auch zwischen dieser und den ProfessorInnen.

Das äußerte sich u.a. in den Kooperationsbemühungen mit der ProfessorInnenschaft, die als Statusgruppe insgesamt ebenfalls gegen die aktuellen Reformpläne sind. E. Becker und P. Wehling sprechen in einem anderen Zusammenhang von „der Einheit der Universität als Privilegienzusammenhang" für die ProfessorInnen. Angesichts des Defensivcharakters der Aktionen tra-

spw
Zeitschrift
für
Sozialistische
Politik
und Wirtschaft

HerausgeberInnen:
H. Albrecht
K. Benz-Overhage
E. Bulmahn
D. Dehm
K. Fuchs
C. Hanewinckel
D. von Larcher
S. Möbbeck
K. Neumann
P. von Oertzen
H. Peter
S. Skarpelis-Sperk
und T. Westphal

Unsere Themen:

Ich bestelle ein kostenloses Probeheft!

Name

Vorname

Straße

Plz, Ort
Bitte diesen Coupon senden an:
***spw*-Verlag, Kieler Str. 13**
D-51065 Köln

ten die Widersprüche natürlich erst gar nicht hervor. (Ein Professor sprach offen aus, daß die studentischen Aktionen auch ihnen die Kastanien aus dem Feuer holen könnten.)

III.

Das Bild jedoch, das die Streikaktiven von sich als Stellvertreter der StudentInnenschaft zeichneten, spiegelt etwas ganz anderes wieder. Ein markantes Beispiel: Laut Aussage des Kölner AStA hat „in diesem Wintersemester ... die StudentInnenschaft die aktive Auseinandersetzung mit der kapitalistischen Modernisierung der Hochschulen aufgenommen". Vorweihnachtliche Harmoniebestrebungen schienen sich bis in die Gruppe der politisch bewegten Aktiven niederzuschlagen. Die StudentInnenschaft wird hier vorgestellt als Einheit, dabei wird jedoch nicht berücksichtigt, daß die aktiv Streikenden nur einen Teil der Gesamtheit ausmachen und selbst dieser Teil weit von gemeinsamen Vorstellungen und Einschätzungen entfernt ist. Gleichzeitig ist die Annahme, es handele sich um eine aktive Auseinandersetzung mit der kapitalistischen Modernisierung der Hochschulen, allenfalls das Wunschdenken einzelner. Diese Brüche innerhalb der StudentInnenschaft wurden nicht thematisiert, anfangs vielleicht zurecht, doch mit der Zeit wurde diese propagierte Einheit zum Hemmschuh.

»... um endlich einmal in diesen Muff einen Funken zu bringen, der ihn möglicherweise doch explodieren läßt... Ich glaube, chemisch ist das möglich. Aber ob es gesellschaftlich möglich ist, weiß ich nicht.« Th.W. Adorno, Erziehung zur Mündigkeit

Dabei dürfte der überwiegende Teil der StudentInnen genau die oben genannten Bedürfnisse nach „effizienterer" Gestaltung der Hochschulen teilen (wobei bei der inhaltlichen Ausfüllung des Begriffs „Effizienz" große Unterschiede aufträten).

Gesellschaftliche Entwicklungen wirken dahingehend auf die Hochschulen zurück, daß individuelle Aufstiegs- und Überlebensstrategien von den meisten Studierenden offensichtlich als adäquat angesehen werden. Die Struktur der Universität selbst fördert diese Entpolitisierung und individualistische Orientierung in erheblichem Maße. Studieren in den Zeiten wachsender AkademikerInnen-Arbeitslosigkeit fördert nicht gerade solidarisches Lernen, offene Kritik und nicht-opportunistisches Handeln. Wissenschaftliches bzw. berufliches Lernen werden von politischer Sozialisation getrennt, beide Aspekte erscheinen damit als zwei Paar Schuhe. Nicht die vielbeschworene resignative Stimmung durchzog die StudentInnen-Mehrheit, sondern mehr oder weniger bewußte Ignoranz und unpolitisches Warten auf das Streikende.

Die mangelnde Motivation rührt u.a. von einem bestimmten Studienverständnis her. Studium wird von den meisten Studierenden schlicht auf den Besuch von Lehrveranstaltungen reduziert mit einer wesentlichen Konsequenz: Wenn Lehrveranstaltungen im studentischen Streik nicht stattfinden, dann wird der Studienort eben nicht besucht.

Natürlich hängt das mit einer verbreiteten individuellen und kollektiven Perspektivlosigkeit zusammen, doch auf ein Hinterfragen dieser Situation wollten sich die meisten schon gar nicht mehr einlassen. Es ist offensichtlich „sinnvoller", sich dem gesellschaftlichen Oben anzupassen, in der Hoffnung, das beruflich innerhalb oder außerhalb der Hochschulen vergütet zu bekommen.

IV.

Daß die studentischen Aktionen sowohl innerhalb der Hochschulen als auch außerhalb so wenig bewegten, ist also nicht einfach nur ein Problem fehlender Mobilisierung, sondern der Ausdruck weiterreichender politischer Sachverhalte. Dabei soll nicht bestritten werden, daß die Aktionswochen und Streiks ihre Berechtigung hatten. Ein lahmgelegter Seminarbetrieb schafft überhaupt erst die Möglichkeit, daß sie mehr als eine Handvoll StudentInnen mit Problemen der Universität in selbstorganisierter Form auseinandersetzen. Doch die Krise der Hochschulen ist auch eine der Gesellschaft. Gerade die Universität hält, wie viele andere Institutionen (Staat, Parteien, Unternehmen u.a.) nicht Schritt mit einem sich verselbständigenden Produktivismus in einer immer irrationaleren Gesellschaft. Die vielbeschworenen Krisenlösungen weisen auf ein „noch mehr" entlang der alten Rezepte: Technik, Wissenschaft, Bürokratien — alles ein wenig modifiziert, „modernisiert", aber nicht grundsätzlich anders. In den verschiedenen Krisen-„Diskursen" wird auch den Hochschulen eine wichtige Funktion bei der Lösung zugesprochen, wobei viel weniger wahrgenommen wird, welche Rolle sie bei der Verursachung der Krisen einnehmen.

V.

Die innere Verfaßtheit der Hochschulen blieb ein Randthema bzw. sie ging in den Klagen über zu wenig Bücher, Bibliotheksplätze und Lehrpersonal und die schlecht meinenden PolitikerInnen unter.

Gerade hochschulintern lassen sich angesichts der politischen Verhältnisse in diesem Land am ehesten Veränderungspotentiale ausmachen.

Ein konkretes Beispiel: Die Evaluation von Lehrleistungen wird in irgendeiner Form ohnehin kommen. Und wenn die Studierenden das nicht von sich aus angehen, dann wird es „von oben" eingesetzt werden

mit gänzlich anderen Intentionen und mit allen zu erwartenden Schwächen. Warum also sollten sich nicht studentische Gruppen institutionalisieren, eigene — auch unterschiedliche — Interessen definieren, Konzepte erarbeiten, um zusammen mit anderen Statusgruppen und externer Fachkompetenz Lehre zu evaluieren? Und zwar nicht, um rigide Kontrollen auszuüben, sondern um zur Organisierung von Lernprozessen beizutragen. Wie das dann aussiehen könnte, das ist eine andere Frage, bei der auf jeden Fall mehr Phantasie gebraucht wird als nur Fragebögen zu verteilen. Es ist auch nicht damit getan, jede interne Arbeit an Verbesserungen damit zu denunzieren, daß sie gesellschaftliche Rahmenbedingungen außer Acht ließen. Es liegt in diesem Thema allerdings die Chance, Inhalte und Formen von Lehre allgemein zu diskutieren und in einen weiteren Kontext zu stellen.

Insgesamt geht es auch um eine zentrale Frage, die in Aktionswochen und Streiks gestellt werden müßte, ohne daß sie in einem halben Monat zu beantworten wäre: Wie kann von studentischer Seite überhaupt noch relativ kontinuierlich in komplexe hochschul- und wissenschaftspolitische Diskussionen eingegriffen werden? Wobei es genug Schwierigkeiten struktureller Art gibt (vgl. R. Hartel in *links* Nr.282). Dabei müssen auch und gerade in den Hochschulen die verschiedenen Interessen formuliert werden. Hochschulen sind ja nicht losgelöst von sozialen Verhältnissen, und sie bleiben als Sozialisationsinstanz für viele ein entscheidendes Feld von (Ent-) Politisierung.

VI.

Selbst die Veränderungspotentiale und -spielräume innerhalb der Hochschulen blieben jedoch in den letzten Wochen unterbelichtet. Bei Reformansätzen innerhalb der Institution käme es noch lange nicht automatisch zu einer Thematisierung notwendiger weitergehender Veränderungen.

Der Ausgangspunkt einer wirklich radikalen Studienreform ist aber die Kritik der Institution Universität bzw. der Hochschulen insgesamt. Von daher wäre man in den unzähligen „Inhalts-AGs“ während der Aktionswochen auf viele Aspekte gekommen, die über den rein defensiven Abwehrkampf hinausgehen. Wäre die Ablehnung der Universität als völlig inadäquate Einrichtung deutlich gemacht worden (die Defensivposition und die Forderung nach mehr Mitteln führten im Erfolgsfall sogar zu einer Stärkung der Institution), dann hätten Essentials diskutiert werden müssen, von denen einige hier nur angerissen werden — auch deshalb, weil wir selbst häufig keine Antwort parat haben. Doch es geht ja auch darum, Fragen zu stellen, um Ausgangspunkte zu definieren. Dabei wollen wir die Aktionswochen nicht nachträglich überfrachten — die folgenden Aspekte bedürften einer viel kontinuierlicheren Arbeit, aber angesichts der rituellen post-aktivistischen Ratlosigkeit soll angedeutet werden, worum es auch hätte gehen müssen — wohl wissend, warum es so nicht ging.

- Die Universität hat längst und in großem Umfang berufliche Bildungs-/Ausbildungsfunktionen zu erfüllen, was an sich gar nicht zu kritisieren ist. Zu kritisieren ist aber die schlechte Qualität der beruflichen Bildung, und zu thematisieren ist der Zusammenhang mit der Struktur der Institution. Solange das nicht erfolgt, läuft auch ins Leere, was gelegentlich unter dem Stichwort kritische Berufspraxisorientierung diskutiert wird. Dabei sollte die Orientierung nicht nur an den bestehenden beruflichen Anforderungen und damit Kapitalverwertungsinteressen erfolgen, sondern letztere selbst beeinflussen. Stattdessen schimmert bei manchen artikulationsstarken aber minoritären Gruppen immer wieder die Forderung nach „Bildung“ und die Ablehnung und Denunziation von „Ausbildung“ durch.
- Die propagierten Bildungsideale sind häufig nicht nur naiv, sondern sie werden noch nicht einmal konkretisiert. So war z.B. häufig die Formel „Bildung für alle“ zu hören, ohne zu reflektieren, welche Bedeutung diese Forderung in der heutigen Situation hat und welche Konsequenzen sich aus ihr ergeben müßten. Um Bildung geht es in dem Sinne, daß sie nicht im Gegensatz zur Ausbildung steht, sondern durch einen Überschuß an Wissen und Kompetenz gegenüber der beruflichen Qualifikation gekennzeichnet ist, die zur Reflexion des eigenen Tuns, zu Einsichten in gesellschaftliche Zusammenhänge etc. befähigt und damit überhaupt erst die Chance zu emanzipatorischem und solidarischem Denken und Handeln bietet.

Erfahrung und Lernen muß dabei in allen gesellschaftlichen Bereichen ansetzen, und als ein Bereich sind demzufolge auch die Hochschulen aufgefordert, eine solcherart verstandene Bildung zu gewährleisten. Daran schließt sich aber sofort die Frage an, ob Hochschulen strukturell dazu überhaupt in der Lage sind.

- Die Besonderheit der Universität als Institution liegt darin, daß sie nicht nur berufliche Bildung und Ausbildung organisiert, sondern gleichzeitig in ihr auch neues Wissen produziert wird. Die „Einheit von Lehre und Forschung“ wird als ein wesentliches Merkmal von Universität propagiert, wobei dieses problematische Verhältnis in den letzten Wochen nicht thematisiert wurde. Dabei wäre zu fragen, ob das Postulat den gegenwärtigen Zustand überhaupt noch angemessen beschreibt, und warum eine solche Einheit wichtig und wünschenswert erscheint. (An dieser Stelle könnten z.B. Projekte von studentischem Forschen diskutiert werden, und zwar sowohl im Hinblick auf die Umgestaltung der Lehre als auch auf eine mögliche Veränderung von Forschung).
- Von den „großen gesellschaftlichen Herausforderungen“ und „Menschheitsfragen“ wird zwar gelegentlich gesprochen, aber von interessierter Seite, die damit vor allem die Sicherung des „Standorts Deutschland“ als Chiffre für bessere Kapitalakkumulation die entsprechenden Implikationen meint. Daß es gewaltige Probleme gibt (Naturzerstörung, weltweite und regionale soziale Polarisierung...) und die Universität das nur am Rand aufnimmt, ist ja bekannt, aber dennoch kein Thema. Wie soll denn diese auf disziplinäre Abgrenzungen und Besitzstandswahrung fixierte Institution aus ihrer Unbeweglichkeit herauskommen?

Die studentischen Aktionen gegen die ideenlosen Eingriffe in eine ideenlose Institution im Wintersemester 1993/94 hatten aus den genannten vielfältigen Gründen u.E. zu viele Schwach- und Leerstellen.. Zu befürchten bleibt auch, daß die gemachten Erfahrungen beim nächsten Mal wieder weg sind, denn die Aktionen wurden wesentlich von jüngeren Studierenden getragen. Die „älteren Semester“ hielten sich zurück, was einige der AktivistInnen sogar begrüßten. Neben ihrer Inhaltslosigkeit zeichnen sich die Aktionen durch ein weiteres aus — sie waren erfahrungslos. Nun denn: Alle Jahre wieder — auf ein Neues. ●

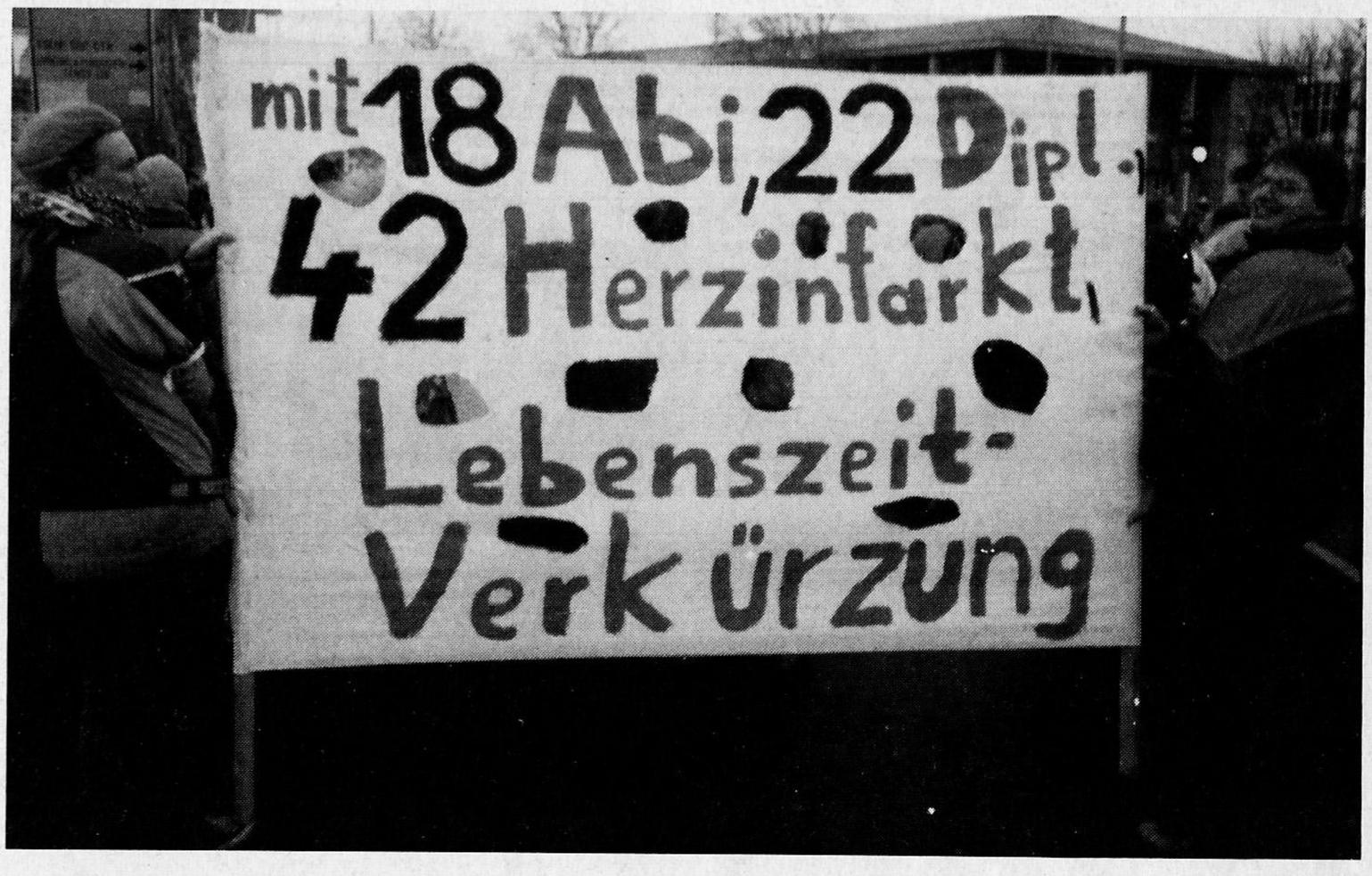


Foto: Ulrich Brand

THORSTEN CABALO

Wer sind die Studierenden?

Ein Stimmungsbild

Die Verhältnisse an den Hochschulen sind katastrophal. Gut 1,8 Millionen StudentInnen drängen sich auf knapp 900 000 Studienplätzen. Sind die Berufsaussichten in den meisten geistes- und gesellschaftswissenschaftlichen Fächern ohnehin schlecht, so nehmen sie auch in bisher für sicher gehaltenen Bereichen wie Rechtswissenschaften oder Maschinenbau ab. Erwerbsarbeit behindert das Studium. In Westdeutschland arbeiten 66 % neben dem Studium, 56 % auch während des Semesters, und verlieren dabei durchschnittlich 6,5 Stunden Studienzeit in der Woche. Die Studierneigung jedoch ist ungebrochen. Ab 1995 wird sogar mit einem Steigen gerechnet. Was treibt die Leute an die Universität?

Sie sind sich der Unsicherheit der Berufsperspektiven bewußt, gehen jedoch davon aus, daß ein Studium ihre Arbeitsmarktchancen verbessert. Dahinter steht nicht nur die Hoffnung, in höher bezahlte Positionen aufzurücken, sondern dankbar wird nach jeder Möglichkeit gegriffen, die — angesichts der Arbeitsmarktlage — vielleicht noch irgendeine Chance auf einen Arbeitsplatz bietet. Inzwischen 30 % der StudienanfängerInnen haben darüber hinaus bei Studienaufnahme bereits eine Ausbildung absolviert. Vielen geht es darum, in einem Beruf unterzukommen, der ein selbständiges Arbeiten gestattet. (Ob die Hochschule tatsächlich auf solche Bereiche ausbildet, sei dahingestellt.) Ein Indiz dafür ist auch die Quote des Studienfachwechsels, die an Universitäten bei 21 % liegt, an Fachhochschulen bei 13 %.

Die Leute sind also nicht *trotz* eines Bewußtseins der Perspektivlosigkeit ihrer Ausbildung an der Uni. Nicht zu verkennen sind Illusionen nach dem Motto: „Ich werde es schon irgendwie schaffen." Daß dem nicht so ist, zeigt die allgemein auf 30 % geschätzte Studienabbruchquote. (In manchen philologischen Magisterstudiengängen ist die Rede von bis zu 80 % AbbrecherInnen.) Die Illusionen haben mit der Ideologie der „Leistungsgesellschaft" zu tun, aber auch mit einem gewissen Mangel an Realitätssinn.

Inwieweit ein solcher Mangel an Realitätssinn die Studierenden als Gruppe kennzeichnet, darüber gehen die Meinungen auseinander. Die einen verweisen darauf, daß es zwar auch anderswo weltfremde Menschen gibt, daß aber erschreckend viele Studierende zu recht simplen Themen vollkommen abstruse Ansichten vertreten. Tatsächlich lesen selbst unter den hochschulpolitisch Aktiven viele keine Tageszeitung. Entgegenhalten läßt sich das ganz normale Grausen, das sich in Hochschul-Cafeterien nicht anders als anderswo einstellt. Außer auf den Wänden von Männerklos ist reaktionäres Gedankengut nur selten anzutreffen. Per Saldo ließe sich vielleicht festhalten, daß es an der Hochschule alle Sorten von Menschen gibt wie außerhalb auch, daß jedoch der Anteil von Weltfremdheit höher ist, sei es, daß Leute in einer phantasmatischen Welt leben, sei es, daß ihnen eine alltägliche Durchsetzungs- und Organisationsfähigkeit fehlt, daß es an der Hochschule aber insgesamt angenehmer ist als in der Öffentlichkeit etwa des öffentlichen Personennahverkehrs.

Was halten Studierende vom Willen der Herrschenden, das Studium zu verschlanken? Nun, er trifft auf ein gewisses Verständnis. Eine Reihe von Studierenden finden Kurzstudiengänge begrüßenswert, auch wenn diese keine Berufschancen bieten. Hier treffen sich Karriereorientierte mit denen, die ein Studium eigentlich nur aufgenommen haben, weil ihnen nichts Besseres eingefallen ist und die nun mit irgendeinem Abschluß die Hochschule möglichst schnell wieder verlassen möchten. Vorschläge von BildungspolitikerInnen aus Bund und Ländern, „LangzeitstudentInnen" zu exmatrikulieren, treffen auch bei potentiell Betroffenen auf Verständnis. Interne Zugangsbeschränkungen für Laborplätze werden nicht unbedingt mit der Forderung nach einem Ausbau der entsprechenden Einrichtungen beantwortet, sondern die Beschränktheit der Plätze wird als solche hingenommen.

Ist die Studierendenbewegung also einfach auf den Hund gekommen? Vielleicht ist es besser, von einer weitverbreiteten Hilflosigkeit zu sprechen.

Hilflos sind die Studierenden der Maschine Massenuniversität gegenüber. Den Versuch, diesen Apparat zu durchschauen, haben sie aufgegeben. An die schlechte Studiensituation haben sie sich gewöhnt. Ihr Lebensmittelpunkt liegt nicht mehr an der

Foto: Ulrich Brand

Hochschule. Kurz: Viele haben den Verhältnissen, oftmals auch dem Studium gegenüber ein gehöriges Desinteresse entwickelt, solange die Lage noch irgendwie erträglich ist. Veränderungsperspektiven fehlen. Die Schutzreaktion hat ihre Schattenseiten. Es gibt sie, die Stromlinienförmigen, die ihr Studium ohne Rücksicht auf Verluste durchziehen. „Ihnen ist es egal, ob der Seminarraum voll ist oder nicht. Sie gehen ohnehin nur einmal hin und klauen ansonsten die Bücher aus der Bibliothek", so eine oft zu hörende Kritik. Eine solche Karriereorientierung, die es natürlich immer schon gegeben hat, gewinnt heute eine offene Seite hin zum Nihilimus. Der Karriereglaube der achtziger Jahre weicht der Desillusionierung.

In einer gewissen Weise stehen die Studierenden aber auch der herrschenden Studienverschärfungsinitiative hilflos gegenüber. Die geplanten Maßnahmen zur Studienzeitverkürzung (Entwissenschaftlichung und Strafmaßnahmen) sind keine, oder werden zumindest nicht als etwas wahrgenommen, das aktuell das Studium verändert. Die Drohungen sind unklar formuliert und werden zudem von SPD-Wissenschaftsministerien als im studentischen Interesse dargestellt. Wenn überhaupt, werden sie erst in zwei bis drei Jahren Realität. (Hier haben die Herrschenden aus den Auseinandersetzungen früherer Jahre gelernt.)

Hilflos sind schließlich, und das ist vielleicht der entscheidende Punkt, die hochschulpolitischen Organisationen. Die Strömungen der achtziger Jahre sind zusammengebrochen. Die Studierenden warten — meist ergebnislos — auf Angebote. Daß das so ist, zeigt die Tatsache, daß es an verschiedenen Hochschulen jeweils eine Liste mit bestimmendem Einfluß gibt, wobei diese Listen sich in ihren politischen Profilen durchaus voneinander unterscheiden. Die Kriterienlosigkeit — oder eben Hilflosigkeit — der Studierenden, die darin zum Ausdruck kommt, reicht bis in die Listen, die großen wie die kleinen, hinein, wenn etwa, um es zugespitzt zu formulieren, Leute AStA-ReferentIn für Hochschulpolitik werden wollen, weil sie in der Zeitung lesen, daß Hochschulpolitik wichtig ist — aber für die Aufgabe völlig ungeeignet sind. Zum Teil leiden die hochschulpolitischen Gruppen hier unter externen Faktoren. Die politischen Vorerfahrungen gehen zurück. Die klassische Biographie Bezirksschülervertreter — AStA-Vorsitzender ist selten geworden. Leute kommen an der Hochschule erstmals in leitende Positionen. Die Gruppen, die sie qualifizieren könnten, fehlen.

Die gesellschaftliche Aktivität der Studierenden hat insgesamt abgenommen — angesichts der allgemeinen Entpolitisierung bzw. Politikfeindschaft wie auch der angespannten sozialen Lage der Studierenden nicht verwunderlich. Selbst AStA-FunktionärInnen machen nicht mehr hauptamtlich, sondern in ihrer Freizeit Politik. Entsprechend nehmen sie eher eine bewußte Studienplanung vor, während die Leute aus den Fachschaftsräten näher an den Realitäten des Studiums dran sind und das Veranstaltungsangebot aufmerksam auf seine gesellschaftliche Relevanz beobachten. (Perverserweise sind es also die FunktionärInnen, die den Studienidealen des Wissenschaftsrates — „Kundenverhältnis zu den Dienstleistungen der Hochschule" — am nächsten kommen.) Das Bewußtsein, etwa lieber Wind- als Atomkraftwerke bauen zu wollen, ist ungebrochen, und es sind eher diese „moralischen" als „gewerkschaftliche" Interessen, weswegen an den Hochschulen weiterhin mehrheitlich links gewählt wird. „Ideologie" dagegen ist aus den Hochschulen verschwunden (auch dies vielleicht eher Veränderungen der hochschulpolitischen Gruppen als der Aufnahmebereitschaft der studentischen Massen geschuldet). Das Kriterium, das an Politik mehrheitlich angelegt wird, ist die Durchsetzungsperspektive.

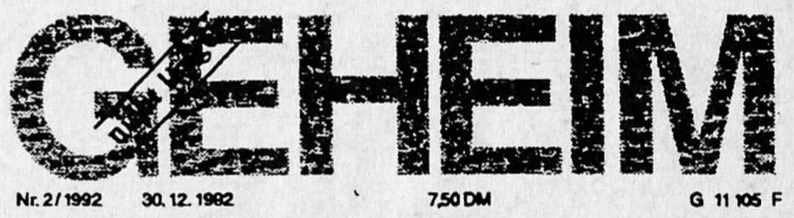
Darin steckt eine Portion Realismus — Ergebnis des oft genug ziellosen Aktionismus der achtziger Jahren. Dazu kommt, daß sich die politischen Interessen der Studierenden ausdifferenzieren. Individuelle Hobbies treten an die Stelle von zentralen Widersprüchen, was sich immerhin auch so auswerten läßt, daß die studentische politische Kompetenz sich insgesamt verbreitert. Die Gefahr, etwa in großen ASten, ist, daß das Ganze in einzelne Arbeitsbereiche ausfranst, deren Zusammenhang nicht mehr erkennbar ist. Eine Einordnung in gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzungen findet selten statt.

Insofern war die oben gegebene Darstellung der an verschiedenen Hochschulen existierenden Mehrheitslisten nicht ganz richtig. Zwar unterscheiden sie sich, doch ist insgesamt auch eine Annäherung zu erkennnen. Sie alle haben Elemente des Interessenkampfs und das Interesse für außerhochschulische Fragen aufgenommen. Es handelt sich sozusagen um die Synthese der Traditionen der Basisgruppen und der gewerkschaftlichen Orientierung auf niedrigem Niveau. Ein gewisser einheitlicher Politik- und damit Funktionärstyp, ein neues hochschulpolitisches Milieu sozusagen, beginnt sich herauszubilden.

Unterschiede bestehen in der Arbeitsweise. Das Spektrum reicht von bürokratisch bis chaotisch. Darüber hinaus unterscheiden sich die Projekte nach ihrer Herkunft. Zum Teil reicht ihre Geschichte in die Strömungen der achtziger Jahre zurück. Daneben gibt es gänzlich neue Versuche. Für überregional Aktive spielt die politische Herkunft jedoch keine Rolle. Es gibt ohnehin nur eine kleine Gruppe, um es einmal böse zu sagen, die Haupt- und Nebenfragen auseinanderhalten kann. Warum sich zerstreiten?

Das bedeutet jedoch nicht, daß diese Leute „die Bewegung im Griff haben". Die Bewegung hat umgekehrt sie im Griff. Das läßt sich so ausdrücken, daß es nicht möglich ist, den Leuten etwas zu erklären, was sie nicht verstehen — und TeilnehmerInnen überregionaler Treffen singen bewegende Klagelieder über ihre diesbezüglichen Erfahrungen. Es läßt sich aber auch so formulieren, daß es den bundesweit Aktiven nur dann gelingt, Einfluß auszuüben, wenn sie an den Interessen der Masse der Studierenden dran sind, was ja bei den zentralen Apparaten der siebziger und achtziger Jahre nicht immer (und mit der Zeit immer seltener) der Fall war. Eine solche bundesweite Leitung könnte es heute nicht mehr geben.

Der Wegfall der hochschulpolitischen Verbände hat Vor- und Nachteile. Die heute Aktiven haben keinen ideologischen Hintergrund, sind nur irgendwie links. Auseinandersetzungen werden schwieriger. Ein bestimmtes Wissen, ein bestimmter Konsens kann nicht mehr vorausgesetzt werden, sondern muß immer wieder neu hergestellt werden. Antifaschismus etwa gehört — meist — noch dazu, Frauenpolitik nicht. Andererseits sind mehr Leute erreichbar, weil sie nicht mehr durch klare ideologische Vorgaben abgeschreckt werden. ●



Bereits seit 1985 berichtet GEHEIM über Verfassungs"schutz"schnüffeleien, Polizeiwillkür, geheime Datenbanken, den Abbau demokratischer Rechte, die "schmutzigen Tricks" der CIA, über staatliche Willkür und demokratische Gegenwehr. Und GEHEIM setzt das fort, was in den USA verboten ist: das Naming Names, **d.h. die Enttarnung von weltweit operierenden CIA-Agenten.**

GEHEIM hat Autoren aus den USA, aus Europa, der sogenannten "Dritten Welt" und natürlich auch aus Deutschland. Professionelle Journalisten kommen in GEHEIM genauso zu Wort wie Betroffene und Bürgerrechtsaktivisten.

GEHEIM erscheint vierteljährlich und bleibt garantiert unbequem. GEHEIM bekommt keine Spenden von großen Konzernen und Gelder von Geheimdiensten lehnt GEHEIM prinzipiell ab.

☐ GEHEIM **Nr.4/93 als THEMENSCHWERPUNKT "BAD KLEINEN" gegen Voreinsendung von DM 7,50 in Briefmarken oder Scheck bei**

Redaktion *GEHEIM*, z.Hdn. M.Oppenskalski, Postfach 270324, 50509 KÖLN, Tel/Fax: 0221/175755

(Besteller von mehr als einem Exemplar erhalten 30 Prozent Rabatt)

AUTONOME MITTWOCHS-GRUPPE FRANKFURT

Von Politik und Staubsaugern

Zur „Linkswende“ an der Frankfurter Uni

„Bist Du auch gegen Rassismus?“ fragt die adrett gekleidete junge Frau. „Äh, ja natürlich.“ „Das ist ja toll, dann kannst Du ja hier unsere Kampagne unterschreiben, und es gibt auch einen ganz wichtigen Artikel in der neuen Novo dazu, und wir machen auch eine Veranstaltung dazu, da kommst Du doch auch und...“ So oder ähnlich verlaufen die Anwerbungsversuche der Gruppe *Linkswende*, und wenn der/die Angesprochene auch noch die Telefonnummer preisgegeben hat, läuft er/sie Gefahr in den folgenden Wochen einen täglichen Telefon-Plausch mit Leuten von der Linkswende führen zu müssen.

Aber abgesehen davon, daß sie in der Universität und auch in der Stadt einem auf die Nerven gehen, und im Rahmen der Aktivitäten gegen die Uni-Reform sich sehr um Profilierung bemühten, stellt sich die Frage: Wer ist diese Gruppe eigentlich? Was vertreten sie? Wie erklärt sich ihre Auftrittsweise aus ihrer Theorie?

Die Linkswende ist Ende der 80er Jahre in Darmstadt aus einer „Initiative gegen Rassismus“ hervorgegangen. Schon damals gerieten sie binnen kurzer Zeit in Konflikte mit anderen linken Gruppen, in deren Folge die Initiative die politischen Zusammenhänge in Darmstadt verließ, und sich nach Frankfurt orientierte. Unter dem Namen Linkswende haben sie dann 1989 ihr Gründungsdokument „Mythen knacken — 40 Jahre westdeutsche Linke“ herausgebracht (im Übrigen ein von der Frankfurter Linken Liste geklauter Titel) und traten bei der letzten Kommunalwahl in Frankfurt an, ohne sich als Partei zu konstituieren. Irgendwelche Verbindungen zu anderen Gruppen in der BRD sind bisher nicht bekannt, dagegen haben sie enge Kontakte nach England u.a. zu einer „Revolutionary Communist Party“.

Die ideologische Verortung der Linkswende gelingt nur durch die Lektüre ihres Gründungsdokuments: hier grenzen sie sich von allen linken Bewegungen, insbesondere den 68ern und den Grünen ab und beziehen sich positiv nur auf Marx und vor allem Lenin. Aus der Tatsache, daß jede linke theoretische Diskussion seit 1917 schlicht ignoriert wird, ergibt sich eine naive und schablonenhafte Gesellschaftsanalyse: Es gibt nur einen Widerspruch, den zwischen der Arbeiterklasse und dem Kapital. Dieser Widerspruch kann nur im Klassenkampf durch die bewußten Arbeiter aufgelöst werden. Um das Klassenbewußtsein zu säen und zu fördern, bedarf es einer revolutionären Avantgarde, als die sich die Linkswende selbst betrachtet.

Was bedeutet diese theoretische Grundlage für die politischen Einschätzungen der Linkswende? Wegen der Verabsolutierung des Kapitalverhältnisses wird jegliche Technik- oder Wissenschaftskritik nicht nur ignoriert, sondern technischer Fortschritt als Quelle gesellschaftlicher Befreiung gesehen. Z.B. soll die Gen- und Reproduktionstechnik der Befreiung der Frau dienen (vgl. Novo Nr.3), und der Film Jurassic Park wird kritisiert, weil er ein negatives Verhältnis zur Gentechnik transportiere (Novo Nr.7). Zu diesem fast bizarr anmutenden Technikglauben paßt das positive Verhältnis zu Atomkraft und zu Massenkonsum (möglichst Mercedes für alle).

Etwas widersprüchlich zu ihrem eigenen theoretischen Verständnis ist dagegen die Fixierung der Linkswende auf die Regierung und insbesondere die an Personenkult grenzende Konzentration auf Helmut Kohl, denn eigentlich müßte das Kapital der Gegner sein und nicht deren Interessenvertreter in Bonn. Vielleicht erfolgt diese Verschiebung des Feindbildes im Interesse der einfacheren Vermittlung, damit die zu Überzeugenden nicht von der Abstraktheit der Gegner (z.B. „die Kapitalisten“, „das System“) überfordert sind.

Diese These würde zum sonstigen Verhalten der Linkswende passen: Sie verkaufen politische Inhalte wie Staubsaugervertreter ihre Staubsauger. Auf die Spitze getrieben wird diese Verkaufsstrategie mit bluttriefendem Reality-TV (Jugoslawien, Somalia), um schockierte Sprachlosigkeit mit pseudolinken Plattheiten füllen zu können. Dazu wird die Realität zurechtgebogen, Widersprüche geglättet, Argumente eingeübt und die Rhetorik geschliffen, damit jede/r die

einfache Wahrheit der Linkswende verstehen kann. Exemplarisch dafür war eine ,,Diskussionsveranstaltung" der Linkswende während des Streiks an der Frankfurter Universität, in der den wenigen nicht zur Linkswende gehörenden Anwesenden in einer theaterhaft inszenierten ,,Diskussion" die ,,Wahrheit" vermittelt wurde: ,,Niemand hat radikale Forderungen, außer der Linkswende; alle anderen wollen ja nur 13 oder 15 statt 9 Semester Zeit haben." (Für Uni-Fremde: Es gibt konkrete Planungen der Ministerpräsidenten, eine Regelstudienzeit von 9 Semstern mit Zwangsmaßnahmen durchzusetzen; über einen ,,Kompromiß" von 13 oder 14 Semestern gab es keine studentischen Diskussionen.) ,,Die Studenten haben den Streik aufgegeben (!), um sich bei den Professoren und der Uni-Leitung anzubiedern." (Zu diesem Zeitpunkt wurde zumindest formal überall gestreikt; lediglich die Blockade eines Gebäudes war aufgegeben worden.) Usw.

Dieses primitive Verdrehen zugunsten einer einfachen polarisierten Wahrheit von Schwarz und Weiß (wobei Weiß nur die Linkswende und Schwarz der Rest ist) findet sich auch in der Novo, dem Magazin der Linkswende. Dieses verspricht ,,Klarheit" und ,,Wahrheit", ,,präzise Analysen", ,,richtige Prognosen", ,,politische Klärung", eine saubere Trennung von ,,richtiger und falscher Politik" usw. Interessant ist dabei, daß Novo im Gegensatz zum Buch ,,Mythen knacken" von marxistischer Terminologie gereinigt ist, damit die Kunden auch nicht abgeschreckt werden (Im ,,Mythen Knacken" kommt mindestens einmal pro Seite das Wort ,,Arbeiterklasse" oder ,,Klassenkampf" vor).

Mit einer erstaunlichen Konsequenz und Hartnäckigkeit betätigt die Linkswende dieses Konzept der Werbung und der Manipulation, in dem die Politik zur Ware und die Lüge zur Wahrheit wird. Jeder Anspruch von Emanzipation und Kritik der bestehenden Verhältnisse wird in der Politik der Linkswende ins Gegenteil verkehrt, indem die herrschenden autoritären Strukturen und das allumfassende zur-Ware-werden vollkommen unkritisch reproduziert werden.

Dazu benötigen sie möglichst unkritische ,,Opfer", weshalb die Linkswende dazu neigt, noch nicht politisierte oder politisch eingebundene Menschen anzusprechen. Aktuellen Planungen der Linkswende zufolge, hoffen sie solche gerade an Schulen finden zu können, weshalb diese als neues Betätigungsfeld projektiert sind, in dem gezielt u.a. SchülervertreterInnen angeworben werden sollen. (Diese Hinwendung an SchülerInnen könnte auch als das Eingeständnis des Scheiterns ihrer Einflußnahme an der Universität interpretiert werden.)

Wie ist diese Gruppe nun einzuschätzen, wie sollte mit ihr umgegangen werden? Zunächst einmal sollte mensch sie nicht dämonisieren, denn in ihrer Wirkung sind sie wahrscheinlich nicht schlimmer als RTL, und die Einschaltquoten sind deutlich niedriger. (Auf der Veranstaltung zum Streik waren maximal 5 TeilnehmerInnen nicht von der Linkswende, davon 3 aus Forschungsinteresse an der Gruppe.) In Gruppen und Veranstaltungen sollten sie allerdings nur so lange toleriert werden, wie es das inhaltliche und organisatorische Weiterkommen nicht behindert; basisdemokratische Diskussionen mit ihnen sind sinnlos und sollten eher unter uns geführt werden.

Übrigens: Die Linkswende ist identisch mit der Kampagne gegen Militarismus (KAM) — also auch hier nix unterschreiben, und wenn in der Kneipe eine ,,Initiative gegen Rassismus" Geld zu sammeln versucht, sollte mensch prüfen, ob nicht die Linkswende dahinter steht! ●

JOACHIM HIRSCH

Die Grenzen der Demokratie

Etienne Balibar:
,,Die Grenzen der Demokratie"
Hamburg, Argument-Verlag 1993,
238 Seiten, DM 29.—

Das von Etienne Balibar zusammen mit Immanuel Wallerstein publizierte Buch ,,Rasse-Klasse-Nation" (deutsch 1990 im Argument-Verlag) hat die Diskussion über Rassismus und Nationalismus hierzulande stark beeinflußt. Derselbe Verlag legt nun die Übersetzung einer Reihe von Aufsätzen dieses Autors aus den Jahren 1981-1991 vor, die schwerpunktmäßig um dieselbe Thematik kreisen und dabei nicht nur die theoretische und politische Entwicklung des Verfassers — besonders interessant das erst allmähliche Auftauchen der ,,Geschlechter"-Problematik — dokumentieren, sondern weitergehende Themen anschneiden. Vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs des (Staats-)Kommunismus, einer rasch voranschreitenden ökonomischen, kulturellen und politischen Globalisierung sowie der Woge neuer Nationalismen und Rassismen, geht es vor allem um die Präzisierung des Verhältnisses von Staat, Demokratie und Menschenrechten, von Freiheit, Gleichheit und Differenz.

Am Anfang des Bandes steht Balibars 1981 veröffentlichte Kritik am Rassismus der französischen KP, die ihm den Ausschluß aus dieser Partei eingetragen hat. Die Beiträge zu ,,Staatsbürgertum und Nationalität" machen deutlich, wie wichtig es ist, das Verhältnis von Nationalismus, Rassismus und Demokratie auf der Basis einer materialistischen Analyse von Staat und Gesellschaft zu untersuchen. Auf jeden Fall überschreiten die Beiträge an analytischer Präzision und politischer Schärfe weit das durchschnittliche Niveau der hiesigen Debatten. Der abschließende, neuere Aufsätze enthaltende Teil ist der Zukunft Europas in der ,,neuen Weltordnung" sowie den Dimensionen und Möglichkeiten einer ,,Politik der Menschenrechte" gewidmet.

Der Band ist keine systematische Abhandlung. Seine Beiträge umkreisen die Frage nach den Bedingungen und Möglichkeiten von Demokratisierung unter ,,postfordistischen" Bedingungen von verschiedenen Ansatzpunkten her, wobei aktuell gesellschaftsanalytische und theoriegeschichtliche Argumentationen eindrucksvoll verbunden werden. Was zu Demokratie, ihren Bedingungen, ihren Grenzen und deren Überschreitbarkeit gesagt wird, läßt deutlich werden, wie unzulänglich und borniert die diskurs- und zivilgesellschaftstheoretischen Bemühungen waren, die hierzulande eine Zeit lang die Diskussion beherrscht haben. Vieles, nicht zuletzt die Überlegungen zum Charakter eines politischen ,,Europa" bleibt einigermaßen vorläufig und spekulativ, regt aber auf jeden Fall zum Nachdenken an.

Balibar begründet eindrucksvoll die These, ,,daß man die bestehenden demokratischen Rechte und die Demokratie in historischen Übergangsphasen nicht schützen, ja nicht einmal erhalten kann, ohne das Wagnis der Verbreitung, Definition und Institution von neuen Rechten einzugehen, von Rechten, die alte Privilegien (oder zum Privileg gewordene alte Rechte) in Frage stellen. Man muß die Demokratie wieder zum *Einsatz* machen, um zu verhindern, daß sie untergeht." Dies ist für ihn die Definition einer linken Politik, die sich als revolutionär versteht und zugleich die historischen Erfahrungen gescheiterter Revolutionen zur Kenntnis nimmt. In einer Zeit, in der ,,linke" Politik sich mehr und mehr auf die Verteidigung bestehender Zustände reduziert, ist dieser Text mehr als lesenswert! ●

Der Kern des NATO-Gipfels:
Partnerschaft für weltweite Intervention oder:
Die Bundesregierung bricht das Grundgesetz mit der Zustimmung zur MC 327

Während der Auseinandersetzungen um die Abschaffung des verfassungsmäßigen Asylrechts wurde immer wieder darauf hingewiesen, daß die nächsten Verstümmelungen des Grundgesetzes unmittelbar bevorstehen, jetzt in der Frage der „out of area" -Einsätze der Bundeswehr. Die öffentliche Diskussion darüber ist inzwischen wieder abgeflaut. Stattdessen werden — wie schon bei den Balkan- und Somaliaeinsätzen der Bundeswehr — Fakten geschaffen. Der jüngste Schritt ist der auf dem letzten NATO-Gipfel gefaßte Beschluß „MC 327", der die (noch) geltende Verfassung praktisch außer Kraft setzt. Immer mehr gilt, daß gegenüber dem, was die Regierenden als Staatsräson definieren, das Grundgesetz nicht einmal das Papier wert ist, auf dem es steht. In der Öffentlichkeit wurde dieser Vorgang nicht einmal mehr registiert. Die Presseerklärung der Komitees für Grundrechte und Demokratie bewirkte gerade noch einen kurzen Bericht in der Frankfurter Rundschau. Wir drucken sie nachfolgend ab.

die Redaktion

Die Schlagzeile ,,Partnerschaft für den Frieden" beherrscht die Aussagen über den NATO-Gipfel in Brüssel. In Wirklichkeit wird dort eine ,,Partnerschaft für weltweite Intervention" beschlossen. Das vom NATO-Militärausschuß ausgearbeitete Dokument MC 327 verändert den Verteidigungsauftrag der NATO grundsätzlich und autorisiert den Einsatz der schnellen Eingreifverbände bzw. der Krisenreaktionskräfte außerhalb des NATO-Vertragsgebietes (Out-of-area) und jenseits von Verteidigungsaufgaben. Diese Einsätze sollen auch nicht an Auftrag oder Kommando der Vereinten Nationen oder der KSZE gebunden sein. Zugleich soll in Brüssel eine Neudefinition für ,,Friedensinterventionen" angenommen werden, durch die der Unterschied zwischen ,,friedenserhaltenden" Blauhelmeinsätzen und ,,friedensschaffenden" Militärinterventionen formal aufgehoben würde. Die neue Interventionsformel wird dann ,,Friedensunterstützung" (peace support) lauten.

Mit diesem zentralen Beschluß ermächtigen sich die NATO-Staaten, die im wesentlichen die meisten reichen Industriestaaten repräsentieren, nach ihren Interessen weltweit militärisch einzugreifen und entsprechende Rüstungsvorbereitungen daraufhin zu treffen. Diese Entscheidung kann nur getroffen werden, wenn die Bundesregierung ihr zustimmt. Eine solche Zustimmung würde jedoch das Grundgesetz nicht nur unterlaufen, sondern sogar aushebeln. Dieses sieht den Militäreinsatz nur zur Verteidigung vor, verbietet den Angriffskrieg und gestattet lediglich den Anschluß an ein ,,System gegenseitiger kollektiver Sicherheit" (GG Art. 24,2), das die NATO anerkannterweise nicht ist. Mit der Zustimmung zu dem Dokument MC 327 verstößt die Bundesregierung offensichtlich gegen die eigene Verfassung, die zu schützen sie verpflichtet ist.

Der ,,geheime Schritt in Brüssel" ist eine zentrale Weichenstellung für die zukünftige Weltentwicklung. Damit wird militärische Intervention als ein zentrales Instrument der Durchsetzung ,,westlicher" Interessen abgesegnet. Dies muß als eine Absage an alle Bestrebungen ziviler und vorbeugender Konfliktbearbeitung gewertet werden. Offensichtlich ist damit auch eine Absage an den Ausbau der KSZE zu einem umfassenden ,,Gemeinsamen Haus Europa", also einer gesamteuropäischen Friedensordnung verbunden. Diese tiefgreifende und grundsätzliche Neuorientierung wird an allen demokratischen Institutionen vorbei geführt. Der Bundestag wie auch das Europäische Parlament werden von dieser Entscheidung ausgeschlossen.

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie ruft dazu auf, Protest gegen die klammheimliche und lebensbedrohende Entscheidung auf allen Ebenen der sozialen Bewegungen und Parteien zu erheben. Erforderlich ist es, in der gegenwärtigen weltpolitischen Situation energisch die Möglichkeiten ziviler vorbeugender und aktueller Konfliktbearbeitung auszubauen, nicht aber eine modernisierte Kanonenbootpolitik aus dem Brüsseler Taufbecken zu heben.

gez. Dr. Andreas Buro,
Sprecher des Komitees für Grundrechte und Demokratie

Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V.

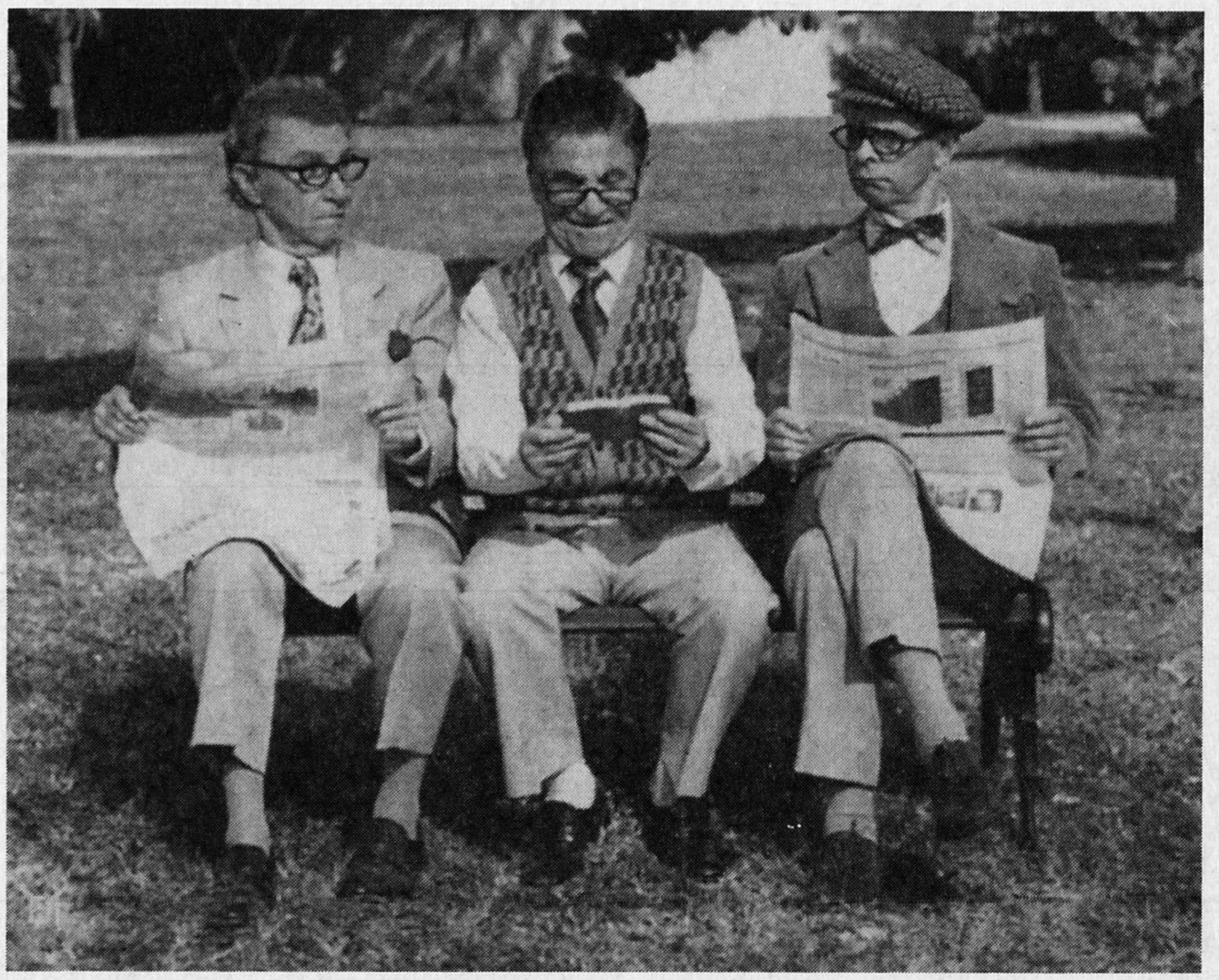
An der Gasse 1
64759 Sensbachtal
Telefon 06068 / 2608
Fax 06068 / 3698

Zweigstelle Köln, Bismarckstr.40
50672 Köln
Telefon 0221 / 523056
Tel. Fax 0221 / 520559

Wahlglossar zum Raustrennen und Abheften

Kleines Neudeutsches Wörterbuch

Ein etymologisches Wörterbuch soll, mehr oder weniger gut, erklären woher ein Wort stammt und was es ursprünglich bedeutet. „Es bettet die Geschichte der Einzelwörter in größere Zusammenhänge ein... und verknüpft die Wortgeschichte mit der Kultur und Geistesgeschichte“ (DUDEN, Bd.7). Es erklärt also das 'Woher' und ist demnach bekanntermaßen ein Herkunftswörterbuch. Daß das 'Herkünftige' in engem Verhältnis zum 'Zukünftigen' steht, schien eine Binsenweisheit zu sein — bislang. Zwischenzeitlich findet sich diese einfache Wahrheit jedoch allenfalls als Substrat dialektischer Negation; das zur Zeit wohl beste Beispiel bietet der in PolitikerInnenkreisen kursierende Sinngehalt des Begriffes Verantwortung. Man/frau nehme die Geschichte, relativiere sie ein wenig, verkehre deren 'Lehren' ins Gegenteil — und hat? Verantwortung! Verantwortung heißt hier, trotz allem: nicht wegschauen sondern eingreifen! Hört sich gut an, oder? Fragt sich nur, eingreifen wo und bei wem,
denn besagte Verantwortung bezieht sich eben nicht auf Übergriffe z.B. gegen MigrantInnen. Gemeint sind vielmehr NATO-Eingreiftruppen und humanitäre Waffenexporte.



Womit wir mitten drin sind, im Thema. Die Antwort auf die Frage „BRD wohin?“ scheint vor allem in der Verdrängung und Umwidmung des 'BRD woher?' zu liegen. So widerfährt Teilen der deutschen Sprache, was der Geschichte dieses Landes schon seit geraumer Zeit angetan wird: Sie wird uminterpretiert — mit Erfolg. In Umkehrung des zu Anfang zitierten Zusammenhanges zwischen Wort, Kultur und Geistesgeschichte läßt sich demnach feststellen, daß die derzeit stattfindende Verdrehung der Sinngehalte fast schon programmatisch in die politische Zukunft dieses Landes weist, diese sozusagen verbal vorwegnimmt — und da ist nicht viel erfreuliches zu erwarten!

Keine Partei verfügt über 'Gegenbegriffe' oder macht sich die Mühe ebensolche zu entwickeln. Mehr noch, es wird nicht einmal versucht das existierende Worteinerlei auf seinen gesellschaftlichen Ursprung zurückzuführen. Zweitens und sozusagen die Kehrseite derselben Medaille: die Sprachlosigkeitspiegelt die Oppositionslosigkeit — traurig aber wahr, vom Kampf um Sinngehalte kaum eine Spur. Es verschlägt einem die Sprache. Munter werden die veränderten Verhältnisse weiter eingedeutscht und mensch kann seinen 'eigenen' Worten nicht mehr trauen. Jetzt möge bitte niemand sagen, das wäre bereits die typisch linke Larmoyanz angesichts der drohenden Wahlen, welche ja letztlich 'klassische' Kämpfe um und mit Worten sind. Nein, wir haben unsere Hausaufgaben gemacht. Um die kopfstehenden Sinngehalte wenn schon nicht auf die Füße, so doch zumindest in Frage zu stellen, findet sich in dieser *links* ein kleines Wörterbuch für den intellektuellen Hausgebrauch. Wir hoffen, damit der Zeit endlich einmal voran zu sein. In Anbetracht der Sprechblasen des Superwahljahres ein leichtes Unterfangen! — Kurzum: Die redaktionelle Familie dieser Zeitschrift war sich also ihrer Verantwortung bewußt und mit ziemlicher (innerer) Sicherheit wird die *links* auch in Zukunft ein gesicherter Standort zur Herausbildung politischer Identität sein. Wir sind stolz, ein Standort zu sein...!

THOMAS KUNZ

An|ti|ame|ri|ka|nis|mus, der (→Kathederirrationalismus)

Ber|ti Vogts läßt ein Spiel der Nationalmannschaft am 20. April 1994 ausfallen, wegen möglicher Mißverständnisse. (→Führers Geburtstag)

Bör|se, die (→Franz Steinkühler)

Fa|mi|lie, die (→Frauen, →Heitmann)

Um die Frauenfrage ist es wieder einmal schlecht bestellt. Zumindest die offizielle Politik hat sich von ihr verabschiedet. Nach letzten Geplänkeln im vergangenen Jahr gilt die Frage offensichtlich als gelöst; denn thematisiert wird sie nicht mehr.

Eine butterweiche Gleichberechtigungsformel im Grundgesetz, ein fragwürdiges Abtreibungsgesetz, das auch bei seinem erneuten Erscheinen im Bundestag keine Besserung verspricht, viele oder weniger viele Frauen in den zweiten Reihen der zum Wahlkampf rüstenden Parteien — damit ist das Problem wohl gelöst.

Familie, 50er Jahre

In der Tat: Nach den langjährigen Kämpfen um die Frauenfrage, ist es endlich an der Zeit, sich wieder ungeniert den wirklichen Frauenfragen (Kinder, Küche und Kosmetik) zu widmen. Was, um Himmelswillen, soll denn angesichts unabsehbar steigender Massen- und Dauerarbeitslosigkeit Gleichberechtigung und Förderung von Frauen noch bringen? Reicht es nicht, wenn es in jeder Familie einen ArbeitsplatzbesitzER gibt?

A propos Familie! Seit Jahren ist die Rede davon, daß es sich hierbei um eine aussterbende Spezies handelt — gefährdet durch Singles und natürlich die Frauen. Letztere haben nämlich durch ihren ungehemmten Emanzipationswillen die Scheidungsraten in die Höhe und die Geburtenraten in den Keller getrieben. Erst jetzt, mit der sich verschärfenden ökonomischen Krise und der dadurch begründeten Minimalisierung staatlicher sozialer Sicherungssysteme, rückt das ganze Ausmaß dieser Katastrophe ins öffentliche Bewußtsein: Keine Familie — keine Kinder — kein Gleichgewicht zwischen den Generationen — keine Zukunft für die Nation! Um Abhilfe zu schaffen, müssen die vorsichtig in die Wege geleiteten Umdenkungsprozesse der letzten Jahre beschleunigt und radikalisiert werden. Von der Frauenförderung zur Familienförderung, heißt die Devise. Und da auch oder insbesondere Familien mit Kindern von Arbeitslosigkeit und Sozialabbau betroffen sind und staatliche Familienfinanzierung ihre Grenzen bereits überschritten hat, tritt das Umdenken in den Vordergrund.

Dazu läßt sich in wunderbarster Weise das von der UNO ausgerufene Internationale Jahr der Familie nutzen. Sich internationalistisch gerierend, sozusagen mit der ganzen Menschheitsfamilie an einem Strang ziehend, kann hier ein bundesrepublikanisches Süppchen gekocht werden.

Schließlich müssen solche internationalen Aktivitäten den nationalen Gegebenheiten angepaßt werden. Das beginnt schon bei der Definition von Familie. Während die internationalen Organisationen darunter „Gruppen von Personen, die in einem Haushalt leben, Personen, die durch Blut oder Namen miteinander verbunden sind, Personen, die sich gegenseitig bei der Bewältigung von Alltagsproblemen unterstützen oder füreinander das intimste soziale Umfeld darstellen“ verstehen, definiert die Deutsche Nationalkommission für das Internationale Jahr der Familie den Gegenstand ihrer Bemühungen so: „Die Familie ist eine auf Ehe, Abstammung oder Ausübung der elterlichen Sorge gegründete Verbindung von Personen.(...) Auch getrennt von der sogenannten Kernfamilie lebende Kinder und Großeltern werden als fester Bestandteil der Familie angesehen.“ Überraschender als die Blutsverwandtschaft zum besonderen deutschen Begriff der Staatsbürgerschaft ist an dieser Definition die Tatsache, daß damit auch die viel zitierten Singles und die allein lebenden älteren Menschen plötzlich wieder in die Familie integriert sind. Die längst vom Aussterben bedrohte deutsche Familie lebt also nicht nur, sondern sie muß weiter darüber hinaus sogar eine äußerst attraktive Lebensform sein, denn so gesehen leben 85 % der Bevölkerung in ihr.

Müssen wir uns also um den Bestand der Familie kaum noch sorgen, wie bisher irrtümlich angenommen, geht es eigentlich nur noch um die Beseitigung geringfügiger Funktionsstörungen.

1. Kinder: Davon gibt es viel zu wenige, als daß sie über das Jahr 2000 hinaus die Renten sichern könnten. Doch neben diesem handfesten ökonomischen Argument darf eine höheres Ziel nicht vergessen werden. In einer Familie mit Kindern werden jene Eigenschaften entwickelt, „die einer Gesellschaft ein menschliches Antlitz verleihen.“

2. Kranke, Behinderte, ältere Familienmitglieder: Obwohl entgegen aller Horrorvisionen 91 % der Pflegebedürftigen durch Familienmitglieder, NachbarInnen und Bekannte (83 % davon Frauen) betreut werden, wird die Familie in Zukunft noch mehr Hilfeleistungen übernehmen müssen. Ein siechendes Gesundheitssystem entläßt immer mehr Patienten immer schneller in die häusliche Versorgung; auf eine nicht zustandekommende Pflegeversicherung wird nur ein ganz geringer Teil der Pflegebedürftigen Anspruch erheben können.

3. Frauen: Sie wieder in vollem Maße in die Familien wiedereinzugliedern, um u.a. die unter 1 und 2 genannten Funktionsstörungen zu beseitigen, ist eines der vordringlichsten gegenwärtigen Probleme. Insbesondere die Frauen in den neuen Bundesländern zeigen nach letzten Umfragen noch zu wenig Interesse an einer Zwangsrückführung.

4. Männer: Auch sie müssen das Familienschicksal teilen. Entweder sollen sie durch rigorose Arbeitszeitverkürzungen zur gleichberechtigten Teilnahme an Familienaufgaben gezwungen werden, oder bei verlängerter Arbeitszeit als legitime Bezieher der dort erbrachten Reproduktionsleistungen erscheinen.

In einer dermaßen wiederhergestellten Familie wird es sicherlich nicht mehr zu gewalttätigen oder gewaltförmigen Beziehungsstrukturen kommen. Mehr Kinder aus solchen deutschen Familien lassen nicht nur Kinder- und Jugendkriminalitätsraten sinken, sondern führen auch wieder dazu, daß an deutschen Schulen vernünftige ethnische Relationen hergestellt werden. Außerdem muß sich unsere Rentenversicherung nicht privatisieren. Wie wunderbar sich so gesellschaftliche Probleme lösen lassen.

Nachdem es sich allerdings im Januar dieses Superwahljahres zum 75. Mal jährte, daß Frauen in diesem Land zum ersten Mal an einer Wahl teilnehmen durften, stellt sich die Frage, ob 75 Jahre Frauenwahlrecht nicht doch genug sind.

EVA-MARIA KRAMPE

Frei|zeit, die (→Jurrassic Park)

Füh|rers Ge|burts|tag, der; 20.

April 1994 (→Berti Vogts, →Helmut Schmidt)

Ge|mein|schaft, die (→Vertrauen, →Horror)

Ein Schwall von Chaosmeldungen bereitet Boden für eine konservative Wert- und Ordnungspolitik z.B. mit großen Lauschangriffen, eng geschnallten Gürteln im Standort und (ersten) Gedanken an einen Bundeswehreinsatz im Inneren, „als eine Art Sicherheitsreserve“ (Schäuble), zum Schutz gegen illegale Einwanderer (denn legale Einwanderer kennt der Nicht-Einwanderungsstaat ja nicht). Zur Legitimation und als Pendant dieser Politik, die die Gelegenheit beim Schopf ergreift, um alte Träume einzulösen, benötigt man eine Welt voller Teufel. Angstbeladene Ersatzthemen mit dem nötigen Quäntchen Realität müssen her. Von „links“ wären dem gegenwärtig die analytischen Begriffe des Interesses, des Kompromisses und der parlamentarischen Entscheidung auf Zeit entgegenzuhalten, denn im Klima der Horrormeldungen, vertrauenstiftender Semantik und antigesellschaftlichen Vergemeinschaftung nähert sich Politik dem Politischen der Freund-Feind-Dezision: „Wir kämpfen für die Rettung von 'Made in Germany.' Kämpfen Sie mit“, inseriert der hessische Verband der Metall- und Elektro-Unternehmen. „Die Welt ist erfüllt von Niedertracht, Brutalität und Grausamkeit“, meldet der FAZ-Leitartikel vom 29.12. 1993. Und Wolfgang Thierse fragt: „... daß man Menschen nicht anzündet... wo, bitte schön, lernt man so was? Wo lernt man heute noch, daß man einen Menschen nicht umbringen soll? Daß man nicht lügen soll?“ (taz v. 1.9.1993, S.10). Der Mensch (nicht nur der Politiker) ist „schwach, verführbar, egoistisch, von Edelmut nur selten getrieben“, meldet der schon zitierte FAZ-Beitrag. Mit dieser Welt verknüpft sich eine Politik à la C. Schmitt und Th. Hobbes. Der Staat muß total stark und einfach (autoritär) sein. Schäuble (Spiegel 1/1994, S.25) sorgt sich denn auch, „daß die Menschen den Staat als zu schwach empfinden“.

Die Zeitungen sind voll sich überschlagender Meldungen über neueste Horrorstories und Ängste; Common sense ist es, schlimme Entwicklungen als schicksalhafte Herausforderung auszumalen, Opfer, Staatsautorität und Vertrauen zur Vermeidung zu fordern. Gesellschaft mit ihrer Unübersichtlichkeit und pluralen Konfliktträchtigkeit, mit ihrer multikulturell-ethnischen Vielfalt soll Gemeinschaft, Homogenität, Vertrauen und klaren Ausgrenzungsregeln weichen. In diesem Tenor treffen sich Medien und Politiker (vornehmlich solche, die mehr als 10 Jahre regieren und dennoch so tun, also gäbe es sie nicht). Ein Klima der Angst und dumpfer Unaufgeklärtheit verdeckt als lähmender Schleier Kritik und Analyse. Aufgeklärte Öffentlichkeit und ein Weg aus selbstverschuldeter Unmündigkeit werden so verdeckt. In diesem Klima werden — was an der SPD ablesbar ist — reale politische Möglichkeiten verspielt, indem sie kaum mehr thematisiert werden. Es bildet sich ein Meinungsklima, in dem rechte und autoritäre Lösungen avancieren. W. Brandt schlägt einen „Nationalen Rat“ vor, H. Kohl richtet das „nationale Gemeinschaftswerk“ ein, denn es fehlte an „Führung“, wie K.O. Pöhl, bis 1991 Bundesbank-Präsident, im nachhinein festhält (Spiegel 40/1992, S.23 ff.). Ein „Crash-Programm“ muß her, kommentiert/kommandiert Wolfram Engels in der „WirtschaftsWoche“ (36/1992, S.106). Ganz genau weiß es schon Anfang 1992 die Allensbacher Sphinx — das Verlangen nach „kraftvollem Handeln“ bestimmt

das Meinungsklima (FAZ v. 8.5.1992, S.5) —, und die Kommentatoren der FAZ (22.4. und 16.6.1992, jew. S.1) fordern: „Endlich Taten“ und „Führung übernehmen“.

Es ist kein Zufall, daß in dem kurzen Zeitraum vom 27.12.1992 bis zum 8.1.1994 in der FAZ und der FR vier Artikel erscheinen, die die politische Stabilität einer demokratisch-pluralistischen Gesellschaft behandeln. „Kann es... den auf einem 'Minimalkonsens' beruhenden politischen Institutionen auf Dauer gelingen, die für ihr Fortbestehen notwendige Loyalität und affektive Zuwendung der Bürger zu gewinnen?“, stellt Wilfried Hinsch in der FAZ am 5.1. 1994 (S.N3) die Frage. „Was hält das Gemeinwesen zusammen?“, fragt Michael Stürmer (FAZ v. 27.12.1993, S.1); auch Iring Fetscher (FR v. 8.1.1994, S.14) doziert in der Paulskirche am 1.12.1993 über den Stoff, der ein Gemeinwesen kittet und findet ihn in „Vaterlandsliebe“, im „echte(n) Patriotismus“, der mit dem „echten Kosmopolitismus“ vereinbar ist (nur echt ohne „bloße passive Gewöhnung“). Fetscher überträgt damit frühbürgerlich-vorrevolutionäre Vorstellungen auf die Gegenwart; zu vermuten ist, daß er so der politischen Semantik des Konservatismus Wind aus den Segeln nehmen möchte. Tatsächlich aber geht er ihr auf den Leim. Stürmer und Fetscher, zwei durchaus unterschiedliche Autoren, bestimmen das Material von „Solidarität“ — neben Markt und Macht für Habermas die dritte Quelle der Integration — recht ähnlich. Zufall?

Konrad Schacht fragt, am wenigstens prätentiös, nach denjenigen Grenzen, an denen die Diskursfähigkeit einer demokratischen Gesellschaft endet und der Raum des staatlichen Gewaltmonopols beginnt. Stürmer beschreibt die kollektive Psyche, wie sie nach „bürgerlichen Tugenden und Opfern, Selbstbeschränkung und Patriotismus“ ruft. Die Tabus der Vergangenheit schwinden, hierin treffen sich, unterschiedlich akzentuiert, Stürmer und Schacht. Stürmer sieht's positiv, weil „dem steinernen Gast aus der Vergangenheit“ die Chance, „für alle Zukunft... über Bürgertugend und Vaterlandsliebe sein Veto zu werfen“, abhanden kommt. Bald kann man wieder so, wie vor 1933! Hinsichtlich der Vaterlandsliebe trifft Stürmer sich mit Fetscher, auch wenn dieser stilvoll auf einen echten Patriotismus „mit weltbürgerlichem Sinn“ rekurrieren möchte. In jedem Fall reüssieren immaterielle Kategorien, die Staat und Gesellschaft nicht mehr auf Interessen und Kompromisse, sondern auf eine über Vertrauen begründete Stabilität stützen. Gesellschaft weicht somit der Gemeinschaft. Am klarsten verzichtet Konrad Schacht auf das Narkotikum Vertrauen und redet allein über rechtliche Schranken. Vertrauen ist eine vor-demokratische Kategorie, ist die Einstellung jenes Volkes, das laut Carl Schmitt nur Ja oder Nein sagen kann. Vertrauen von unten, Autorität von oben: Mit dieser Formel lobt Carl Schmitt die „autoritären Residuen einer vordemokratischen Zeit“ als Grundlage für den „politischen Mehrwert“ auf den legalen Besitz der Macht.

Schlimme Zeiten begünstigen den pastoralen Ton, beleben den Jargon der Eigentlichkeit. Offensichtlich reale und größere Teile der Bevölkerung bewegende Probleme und Themen — wie: Ausländer, Ökonomie /Wohlstand, Wohnungen, Sicherheit, in deren verschrobener Gestalt die Herausforderungen zur „Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert“ (P. Kennedy) Eingang in das Meinungsklima finden'— gelten „der Linken“ als „Ersatzthemen von oben“ (Habermas), werden also kaum behandelt und liegen brach für die politische Semantik von rechts. Die FAZ (29.12.1993 S.1) ist sowieso der Ansicht, es sei „Drückebergerei“, wenn sich kleine Leute mit den großen Problemen der Welt befassen. Schlimm, wenn das Volk, das nach C. Schmitt nicht beraten, de-

liberieren, normieren oder diskutieren kann, sich in Dinge der großen Welt einmischen möchte. Aber angesichts der ökonomischen Krise und der Gewaltkette von Hoyerswerda und Rostock, Hünxe, Mölln und Solingen verbietet sich auch seitens „linker" Intellektueller die politische Erbauung über den echten, weltbürgerlichen Patriotismus. Anders als Fetscher weiß Wolfgang Schäuble (Spiegel 1/1994, S.27): „Es gibt einen Unterschied zwischen praktisch-politischen und akademischen Diskussionen." Michael Stürmer fängt die weiten Gedankenflüge Fetschers für die Legitimation des bundesrepublikanisch obwaltenden Konservatismus ein. Stürmer verkündet, Gemeinsinn und Patriotismus seien angesagt: „Eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung zerfällt, wenn Wohlstand und Sicherheit in Frage stehen." Das emsige Ausmalen schlimmer Begebenheiten soll die angekratzten Reste alter Tugenden revitalisieren. Opfer, Bescheidenheit, Selbstbeschränkung sind Essenz des Stürmer'schen Patriotismus. Dieser kennt damit ein Handlungsfeld, z.B. den entschlossenen Kampf gegen immense Lohn- und Lohnzusatzkosten in Deutschland, um den Auszug in Niedriglohn-Länder zu verhindern (frei nach der Verbandsanzeige der Metall- und Elektro-Unternehmen). Fetschers Patriotismus partizipiert zwar am gleichen Deutungsmuster, bleibt aber ein unbestimmter Konjunktiv („Ein demokratischer Patriot... sollte für eine großzügige Einwanderungspolitik eintreten..."). Praktisch hat Stürmer schon gewonnen.

EIKE HENNIG

Iden|ti|tät, die (→Hunger, →Junk-Food)

Die Rede von der „Identität" politischer Gemeinschaften wird den Geruch des Reaktionären nicht los. Unbehagen macht sie zumal dann breit, wenn von der Identität der Nation die Rede ist. Konservative wie Wolfgang Schäuble möchten einem vermeintlich zahnlosen Deutschland nationale Identitätsprothesen verpassen, damit wir auch morgen noch kraftvoll zubeißen können. Die Beschwörung von Identität zielt dabei auf Abgrenzung, Vereinheitlichung und Verfestigung. Die neuere Linke pflegt stattdessen seit geraumer Zeit ein Vokabular der Grenzüberschreitung, Vervielfältigung und Verflüssigung. Diese linke Grenzüberschreitungs-Semantik hat sich auf ironische Art als historisch siegreich erwiesen, denn tatsächlich sind mit dem Epochenwechsel von 1989 identitätsverbürgende Grenzlinien zwischen Welthälften und politischen Lagern verwischt oder relativiert worden. Subjektiv führt dieser Grenzverlust gelegentlich zu gesteigertem Komplexitätsgenuß, häufiger aber zu neuen Bedürfnissen nach Identität und Polarität, nach verbindlichen kollektiven Zielen, nach Zusammengehörigkeit und manchmal auch nach neuen Mauern. Bedürfnisse nach Identität sind weder wahr noch falsch, wohl aber anfällig für staatspolitische Mißbräuche. Vor diesem Hintergrund sind die aktuellen Debatten über nationale und europäische Identität, über die „DDR-Identität" und die Identität politischer Strömungen zu sehen.

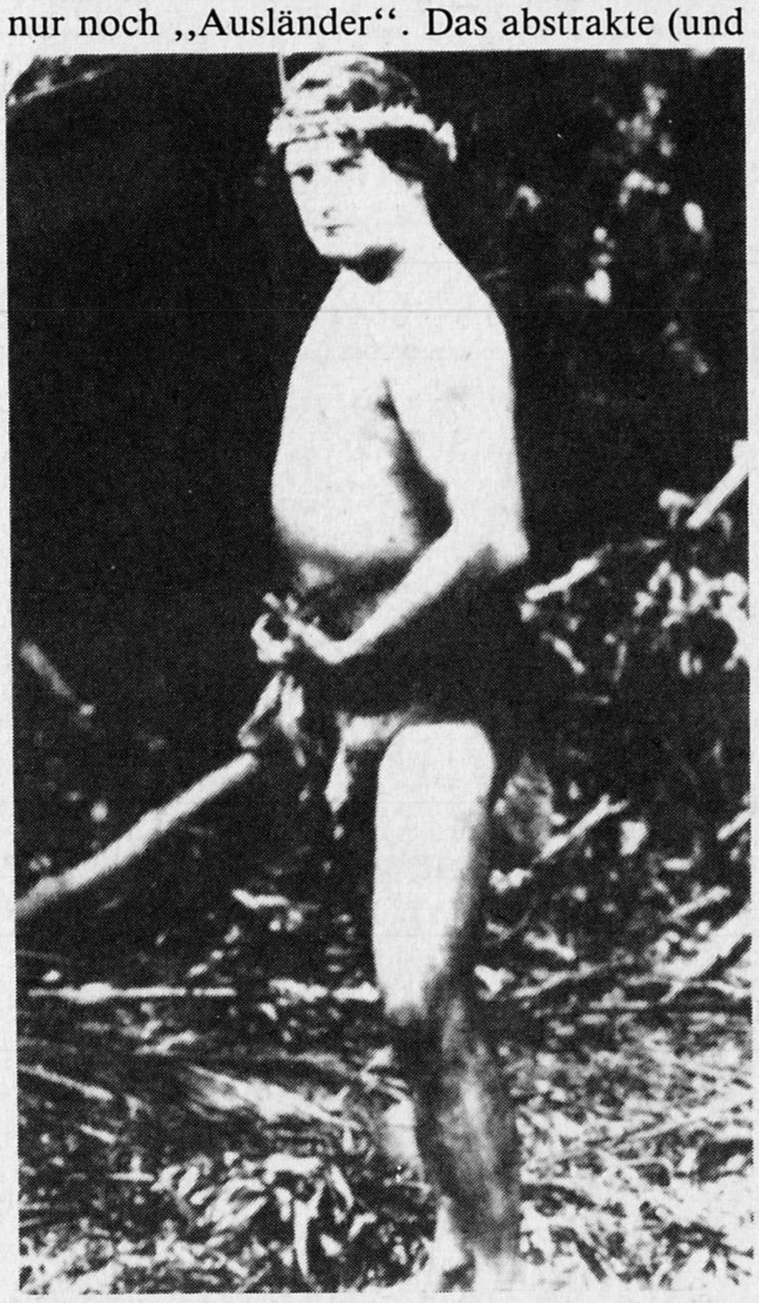
Der neue Identitätshunger überlagert den „Erfahrungshunger" (Michael Rutschky) der Nach-68er. Denken wir an die linke Reiselust, die auf ihre Art auch identitätsbildend gewirkt hat. Die 68er wollten die Welt immer nur verändern, den Nachgeborenen kam es darauf an, sie zu bereisen. Das deutsche Wesen sollte an der Welt genesen. Der Multikulturalismus und die westdeutsche Einkaufspassagen-Zivilgesellschaft sind süßsaure Früchte dieser Weltenfreude. Schon die neuen sozialen Bewegungen waren spürbar identitätsversessen, wenngleich der heute zu beobachtende Identitätshunger weitaus stärker zu sein scheint. Eine Mikrologie dieses Phänomens verharrt z.B. bei der inzwischen weitverbreiteten Lust auf Tätowierungen oder den neo-archaischen Formen des Körperschmucks im Gesichts- und Geschlechtsbereich. In einer Berliner Werkstatt werden individuelle Manschettenknöpfe mit den Handlinien ihres Besitzers angefertigt. Überall regiert die Lust auf Nicht-Reproduzierbares und Nicht-Abwaschbares in einer Zeit allgemeiner Reproduzierbarkeit und „Anschlußfähigkeit".

Einen weiteren Herd jugendlicher Identitätslust bildet die Hip-Hop-Kultur mit ihren nonverbalen Graffitis und ihren Selbstetikettierungen als „Zulu Nation", „Nation of Islam" etc. Es handelt sich um ästhetisch-politische Audrucksformen des Protests gegen die Austauschbarkeit und das fremdbestimmte Einschmelzen von kulturellen und symbolisch-ethnischen Unterschieden. Von hier aus gibt es Übergänge zur Straßenpolitik „rechter" und „linker" Jugendlicher, besonders in ostdeutschen Städten. Während im Westen der Rechts/Links-Gegensatz trivialisiert wird, wird er im Osten tribalisiert und in oftmals gewaltsamen Kämpfen um physisches Territorium ausgetragen.

Identität ist folglich ein zweischneidiges Ding. Sie erscheint als Droge und Placebo, Selbstbild und Zuschreibung, Waffe und Maske. Die linken Leitwerte drehen sich um Erkenntnis und Selbstverwirklichung, während Identität ein Wiedererkennungsmechanismus ist und das Selbst, das sich da verwirklichen soll, überhaupt erst namhaft macht. Auch bei linken Gruppen gibt es starke Identitäts- und Gemeinschaftsbedürfnisse, die umso neurotischer toben, je weniger sie offen eingestanden werden. Die Äußerung von Identitätsbedürfnissen ist hier wie anderswo ein Aspekt ihrer Befriedigung. Wer gegen „nationale Identität" anredet, darf über eigene Identitätspanzer nicht schweigen.

Starke politische Identitätsbildungen haben immer etwas von Siegfrieds Bad in Drachenblut. Sie machen robust und zugleich selektiv empfindlich für Fremdes. Im Dezember traf ich einen arabischen Übersetzer, keineswegs ein Islamist, der sich irritiert zeigte über die fremden Schokoladenweihnachtsmänner in den schicken Patisserien von Tunis oder Kairo. Meine spontane Reaktion war Kopfschütteln über diese „Intoleranz". Erst in einem zweiten Schritt kam ich ins Grübeln über die analogen „Schokoladenweihnachtsmänner" in *unserem* symbolischen Universum!

Der konservativen nationalen Identitätsrhetorik steht im politischen Raum der Bundesrepublik eine nationale Identitätsallergie der Linken gegenüber, die ebenfalls einen hohen Preis hat. Weil sie sich mit ihrem eigenen Land nicht angemessen identifiziert, kennt die multikulturelle Linke auch keine Mitglieder *anderer* Nationen mehr, sondern nur noch „Ausländer". Das abstrakte (und



verlogene) Lob des Fremden bewegt sich auf diese Weise vollständig im semantischen Fahrwasser des regierenden Staatsschiffes.

Die Konservativen repetieren die grundsätzliche Problematik der Identität. Auf der einen Seite lockt die nationale Identität im Sinne gleichsam unverbundener Einzigartigkeit („Sonderweg"); auf der anderen Seite winkt die scheinprogressive „europäische" Identität im Sinne marktrationaler und nivellierender Vereinheitlichung eines Großraums von Maastricht bis zur Memel. Sowohl Stoiber wie auch Kohl und Geißler zielen dabei auf tautologisch Unwandelbares. Stoiber quält das Publikum mit Hinweisen auf unsere immergrünen Dichter und Denker. Und Geißler spricht von Europa wie von einem sonnigen Strand unterhalb des rauhen Pflasters der Nationalstaaten.

Der kulturelle Identitätshunger, der politisch ambivalent und daher nicht von vorn-

1947, Streikdemonstration in Essen

herein zu denunzieren ist, wird nicht gestillt durch vorfabrizierte nationale oder paneuropäische Identifikationsangebote. Es ist wie bei McDonalds: Die Leute kommen hungriger raus als sie reingegangen sind. Wohin dieser absehbare Frust führen wird, ist ungewiß. Die Linke ist zum Nachdenken über eine neue ,,symbolische Diät'' gezwungen.

VOLKER HEINS

links (→Titelbild)

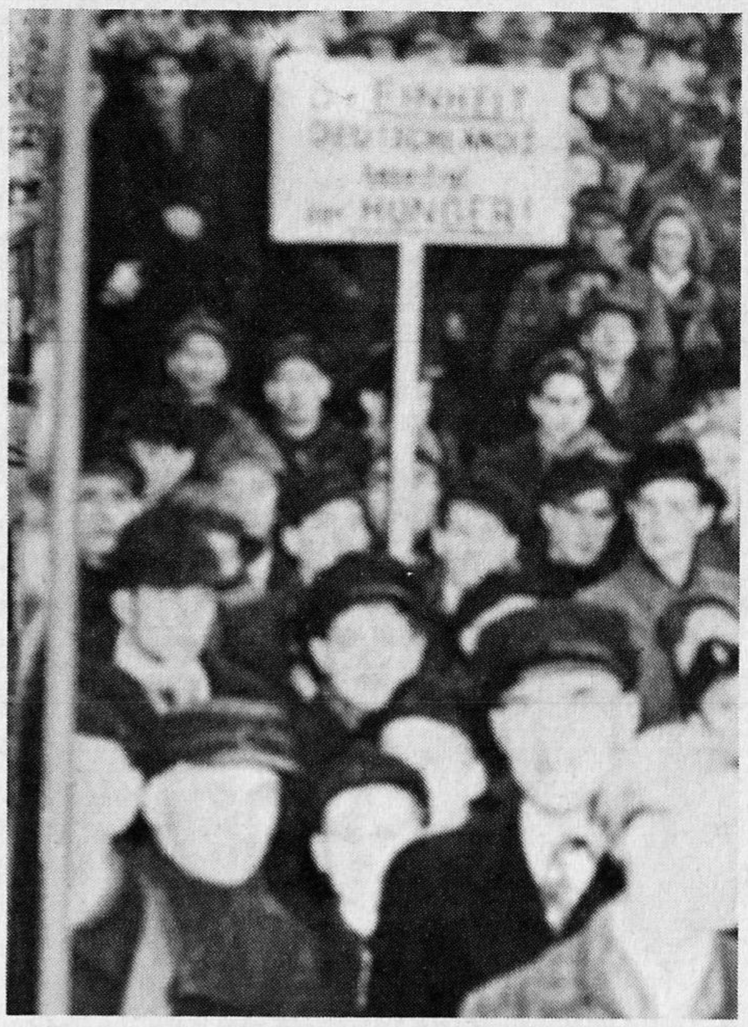
Na|tion [...zion], die (→Ludi)

Nor|ma|li|tät, die (selten für: Vorschriftsmäßigkeit), →Verantwortung, →Dreifaltigkeit, →Identität

„Verantwortung", „Identität" und „Normalisierung" lauten die drei Schlagwörter, mit denen wir seit geraumer Zeit traktiert werden. Sie sind für jene, für die die neudeutsche Geschichte am 9.11.1989 beginnt, so eine Art Eintrittsbillet in gute Gesellschaft. „Zustimmungsfähiger Gemeinsinn" soll die Kritik ablösen.

Das hat allerdings nicht gestern angefangen, sondern vor ziemlich genau zehn Jahren. Zum 30.1.1983, d.h. zur fünfzigsten Wiederkehr der Tages, an dem die bürgerliche Elite in Deutschland die Macht den Nationalsozialisten übergab, hielt H. Lübbe eine Rede im Berliner Reichstagsgebäude (FAZ 24.1.1983). Diese Rede markiert die konservative Trendwende mit dem Anspruch, die Nation wiederzubeleben, was freilich nur funktioniert, wenn gleichzeitig die Verbrechen, die in deren Namen begangen wurden, „normalisiert" werden. „Identität" und „Normalität" sind die Parolen, unter denen Ideologieproduzenten seither zum Halali blasen, weil Nation pur vielen noch zu schrill klang. Nach 1989 ist „Verantwortung" als Passepartout fürs Weltpolitische hinzugekommen. Im Namen der populistischen Dreifaltigkeit von „Identität", „Normalität" und „Verantwortung" legen sie nun los, seit wir wieder „ein" Volk sind — von ganz rechts bis post-links.

Zwar gestand Lübbe ein, daß bis 1968 „im Schutz öffentlich wiederhergestellter normativer Normalität" von den Nazi-Verbrechen außerhalb wissenschaftlicher Zirkel kaum die Rede war. Geschichte und Erinnerung (gar solche an Verbrechen, an denen Hunderttausende deutscher Männer beteiligt waren) hätten Wiederaufbau und Wirtschaftswunder nur behindert. Flächendeckende Verdrängung bestimmte die politische Kultur, bis die Studentenbewegung das kollektive Beschweigen nationalsozialistischer Verbrechen am Nierentisch ziemlich abrupt beendete. Lübbe plädierte 1983 für eine „gemeinsinnsfähige moralische und politische Normalität" als Sicherung für „die



Immunität einer politischen Kultur gegen die totalisierende Machtergreifung ideologischer Heilsgläubigkeit". Praktisch lief die Beschwörung solcher „Normalität" auf die Empfehlung hinaus, die Verbrechen gemeinsinnsfördernd Verbrechen sein zu lassen und sich im übrigen „so einzurichten, daß, wenn auch diese Gegenwart schließlich Vergangenheit geworden ist, sie dem zustimmungsfähigen Teil der Vergangenheit zuzurechnen sein wird". Normalisierte Geschichte hat eine ziemlich späte Geburt. Für die FAZ ist der „Anspruch auf Normalität" (26.10.1993) zu einem fast täglich irgendwie variierten Dauerthema geworden — das gilt für die Einsatzdoktrin der Bundeswehr ebenso wie für die globalen Interessen deutscher Außenpolitik, die Entrümpelung der Verfassung oder den Waffenexport in alle Himmelsrichtungen und Krisenregionen.

In Helmut Schmidts Kopf wabert noch weiter, was in keinem anständigen Lexikon mehr steht (und was wirklich aufgeklärte Köpfe schon vor 200 Jahren wußten): z.B. die unsinnige Rede von „Kunststaaten", so

1934, Kreisjugendtag in Potsdam

als ob es „Naturstaaten" gäbe, wozu notorisch der jeweils „eigene" gehört. In diese Preislage gehört auch Schmidts deutschnationale Weisheit, wonach „Deutschland" mit Otto dem Großen (962) begonnen habe — Otto kannte allerdings weder das Wort „Deutschland" noch „Deutscher" oder auch nur „deutsch" (FR 12.9.92). Was er vor einem Jahr im Interview sagte, extemporierte er bei der Gründung der Deutschen Nationalstiftung nochmals daher. Wiederum legte er sich, historisch dilettierend, so national ins Ruder, daß ihm der gelernte Historiker K.-D. Bracher beispringen mußte, um den Eindruck zu verwischen, es handle sich bei der Stiftung um die Außenstelle eines deutschnationalen Herrenclubs. Und geradezu als „normal" empfindet man es in solchen Kreisen bereits, daß die Gründungsversammlung der Stiftung am 20.4.1994 in Weimar stattfinden soll — pünktlich zum 150. Geburtstag des Führers. Bereits das unsägliche Denkmal für Wilhelm I. am „Deutschen Eck" in Koblenz installierte man — ohne daß die Öffentlichkeit viel Notiz davon genommen hätte — am 2.9.1993, dem Sedanstag, an dem sich das wilhelminische Stumpfbürgertum in nationalistische Trance versetzen ließ vom regierenden Personal. Am 2.9.1895 nannte Wilhelm II. die Sozialdemokraten „eine Rotte von Menschen, nicht Wert den Namen Deutscher zu tragen" (die SPD war damals mit Abstand stärkste Partei im Reichstag und mobilisierte 1,7 Mio der insgesamt rund 6,9 Mio wahlberechtigten Männer für sich).

Auch in der Wissenschaft wird kräftig normalisiert. Der eine walzt ein Gerücht zu einem Buch aus, und der andere entdeckt ganz neue Kausalitäten. Dieter Senghaas verdankt eine ganze Generation von Studenten ihre Einführung in die kritische Friedensforschung, in Probleme der Militärstrategie und der nuklearen Abschreckung. Neuerdings analysiert er die Welt als Forschungsprofessor in der nicht gerade als regierungs-kritisch bekannt gewordenen „Stiftung Wissenschaft und Politik" in Ebenhausen. Von eben dort her mußte sich Senghaas, als er noch kritischer Forscher war, bescheinigen lassen: „Am Maßstab wissenschaftlicher Kritik gemessen, vertritt kritische Friedensforschung — so wie sie sich bisher darbietet — einen zwar äußerlich theoretisch imponierend gewandeten, aber im Kern nach wie vor unkritischen Pazifismus" (K.-P. Stratmann).

Dieses Gewand hat Senghaas jetzt abgelegt, sich staatssekretärmäßig ausstaffiert, um zu Protokoll zu geben, was auch regierungsamtlich durchgeht — die rundgeschliffene Affirmation militärischer Gewalt, denn: „Gewaltfreiheit... begünstigt den Aggressor" (FAZ 7.7.1993). Das ist die Fortsetzung jener von Heiner Geißler in Umlauf gebrachten demagogischen These, wonach ein Häufchen europäischer Pazifisten den Zweiten Weltkrieg samt Auschwitz zu verantworten habe, mit akademischen Mitteln.

So kommt zeitgemäß gebürstete Wissenschaft daher — einfach, griffig, kurz: schlagzeilig. Das Große hat eben doch ganz klitzekleine Ursachen. Mit dieser Methode wird man den helvetischen Bahnbeamten, der Lenin und seinen 32 Genossen am 9. April 1917 in Bern die Fahrkarten nach Schweden verkaufte, nachträglich zur Verantwortung ziehen müssen, denn: Fahrkartenverkaufen „begünstigt" bekanntlich Terror und stalinistischen Lagergreuel. Für solche Einsichten brauchen wir unbedingt eine kriegstaugliche Regierungsforschung.

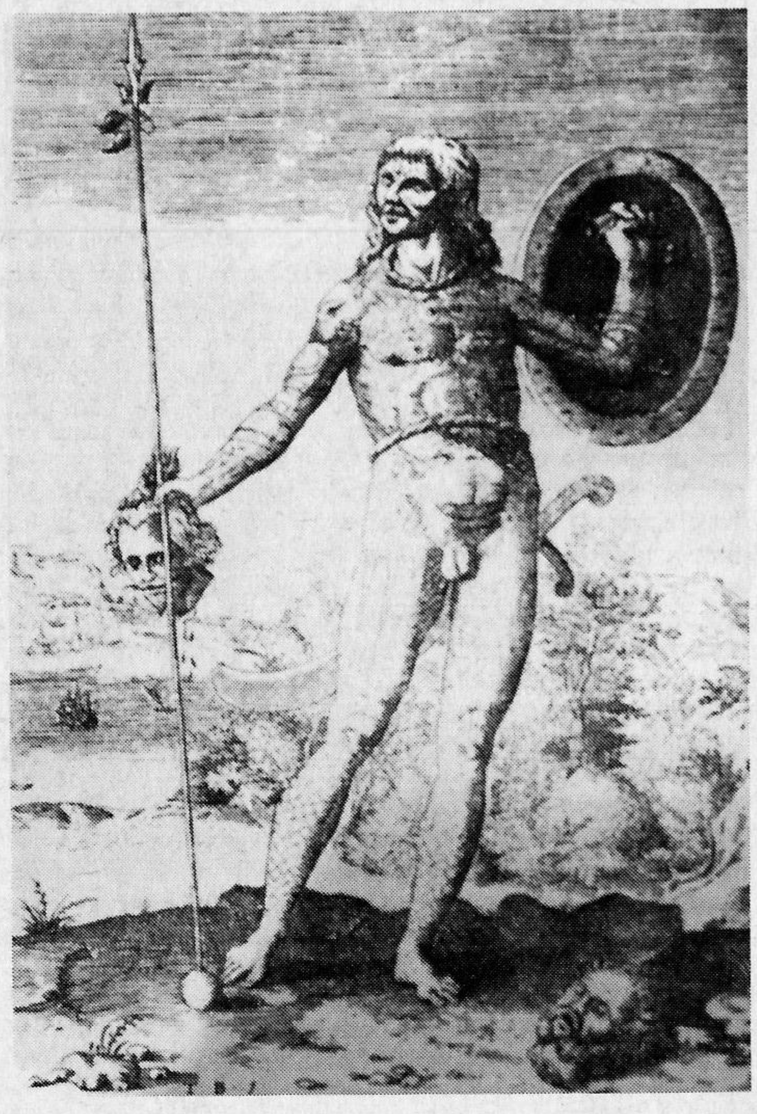
LUDI LODOVICO

Ozon|loch, das (→ Möllemann)

Po|li|ti|ker|ver|dros|sen|heit, die (→Politik, →Politiker, →Herzog, →Richard von Weizsäcker)

„Einst verdroß mich *etwas*. Ich wußte zunächst nicht, was es war. Dann (später) merkte ich es. *Es* war ein Politiker gewesen. Ich hatte ihn im Fernsehen gesehen. Er war ein Verdrußbereiter. Ich dagegen war *politikerverdrossen* oder (anders gewendet): Ich war von der sog. *Politikerverdrossenheit* befallen."

Diese kleine (wahre) Geschichte ist für die Erläuterung des Wortes von ausreichender Nützlichkeit, zeigt sie doch die wesentlichen begriffsbildenden Realitäten (Subjekte, Emotionen, Situationen). Es handelt sich dabei im wesentlichen um folgende Trias: 1. Den subjektiven und gesellschaftlichen Verdrußkontext (oder Verdrußhorizont oder einfach den *Verdruß).* Die Komponenten dieser Triade können spezifiisiert werden als (a) Nichtpolitiker (im Normalfall), (b) Politiker. Der Verdrußkontext (c) ist die allgemeine Situation, aufgrund der es zum Verdruß kommt.



Mit dem Begriff wird eine triviale, im Grunde nicht sonderlich heftige, indessen hartnäckige Emotion beschrieben, eine Unlust oder negative Gestimmtheit, die weite Bevölkerungskreise (vielleicht in erster Näherung alle Menschen, die zugleich Nichtpolitiker, Nichtparteimitglied und Nichtwähler sind) erfaßt hat. Es handelt sich im wesentlichen um die Erweiterung des Begriffs *Politikverdrossenheit*, der das negative Gefühl an die *Politik* als einen sehr abstrakten gesellschaftlichen Bereich geheftet hatte (die hierzulande in den abendlichen Nachrichtensendungen etwa mit dem gleichen Realitätswert wie ein Marsexperiment vorgeführt wird). Die Urform des Begriffs scheint indes zu allgemein gewesen zu sein, um eine faßliche Bedeutung zu entwickeln, so daß der Begriff eine Wendung ins Konkrete nehmen mußte. Die mehr oder minder prominenten Subjekte, die Politik machen, bzw. für die Nichtpolitiker Politik repräsentieren, kommen nunmehr explizit ins Blickfeld. Die Abstraktheit der „politischen Bühne' *(die Politik als Marsexperiment)* hat sich jetzt in den Akteuren konkretisiert. Die Politiker sind von den verdrießlichen Verdrossenen als Inkarnation der lange bereits verdrußbereitenden Politik wahrgenommen worden. Das war angesichts der über 40jährigen Parteienzugehörigkeit der Nichtpolitiker ein sicher schwieriger Bewußtseinsprozeß, so daß man über die Schnelligkeit, mit der er sich vollzog, nur erstaunt sein kann. Allerdings scheint sich die politische Aufmerksamkeit der Bundesbürger durch die schwerverdauliche Generalstabsoperation der Wiedervereinigung aus dem Zustande der völligen Lethargie bzw. des faktischen Nichtvorhandenseins herausgehoben zu haben. Politik wird nicht mehr nur vom Sessel aus als das Widerspiel der theoretischen Emanationen abstrakter Parteiungen empfunden, sondern als desolates Produkt einer Gruppe scharfumrissener, in jedem Falle und unbedingt skandalöser Einzelner. Indessen ist der Begriff dadurch nicht zum völlig singulären geworden. Er trifft die Politiker als *Kaste*, als soziale oder asoziale *Spezies* von Mensch. Der einzelne Vertreter wird nicht als Individuum betrachtet, sondern als *Typus*. Das kollektive Tun ist das vordergründig Anstößige. So sehr die Mitglieder der Artenfamilie „Politiker" auch bemüht sind, ihrem Handeln eine streng programmatische Unterschiedenheit zu geben, so sehr sich einzelne unter ihnen (vergeblich) als gute Volksvertreter zu profilieren trachten, wird ihr Agieren doch — nimmt man „Alles nur in Allem" — bloß zum Anlaß für ein verdrießliches, das ganze Politikertum mißbilligendes Kopfschütteln oder Nüsternblähen und/oder beides.

Mit der Anthropomorphisierung bekommt der Begriff freilich zugleich etwas Aggressives. Menschliche Gegner werden erkennbar: die, welche Verdruß bereiten und die, welche ihn empfinden. Sehr reale Fronten zeichnen sich ab, deren Linien von Tomaten und Farbbeuteln gezogen werden. Pfiffe machen den Begriff hörbar, alle Transparente tragen ihn natürlich ungeschrieben auf sich mit, er klingt in den Wohnzimmern im defensiven, familiären Knurren wieder.

Sollte sich am Ende noch gar ein Parallelismus, genauer ein *parison,* behaupten lassen, eine Wortfigur, die ein Wort für ein anderes, einigermaßen ähnlich klingendes nimmt, bzw. im vorliegenden Fall wie ein seriöses Mäntelchen um ein anderes hüllt, ein Parallelismus zwischen verdrossen und verdroschen...? — aber wer weiß schon sicher, wie die Volksetymologie en detail funktioniert.

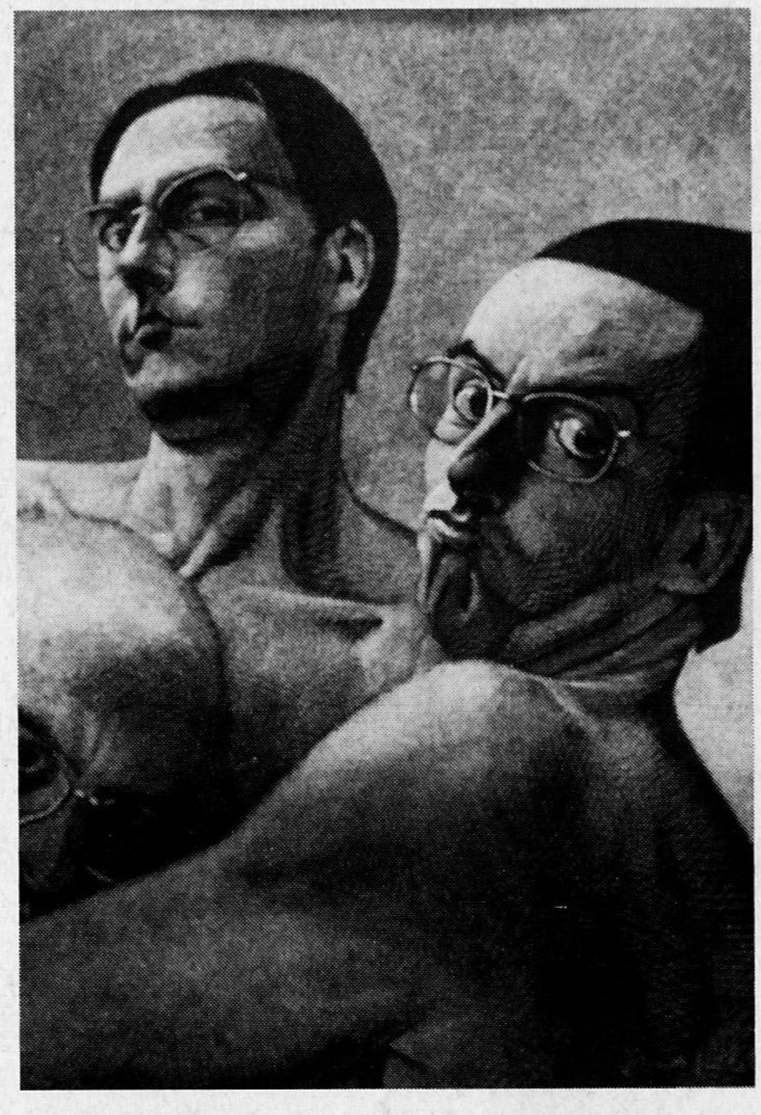
THOMAS WOLF

Pro|fit, der (→soziale Funktion des Eigentums)

Scha|dens|be|gren|zung, die (→Katastrophe, vormals Entwicklungshilfe)

Ein frommer Wunsch, den der Staatssekretär im Bonner Entwicklungshilfeministerium zum Jahresbeginn geäußert hat. Die Medien, so Hans-Peter Repnik (CDU), mögen doch nicht nur über die Katastrophen der Welt berichten, sondern wieder 'Hoffnungs-Perspektiven' vermitteln. Mitstreiter für eine Kampagne, die der ins Gerede gekommenen deutschen Entwicklungspolitik wieder Sinn und Zukunft geben sollen, habe er schon gefunden: die deutsche Fußballnationalmannschaft etwa und den Rennfahrer Michael Schuhmacher.

Drei Dekaden internationaler Zusammenarbeit haben ihr Ziel weitgehend erreicht. Unter dem Diktat der Kapitalisierung der Welt, dem auch die Entwicklungspolitik zu gehorchen hatte, ist die Zerstörung jener Kulturen und Lebensformen, die Mensch



und Natur nicht alleine aus dem Blickwinkel von Rentabilität betrachtet haben, bedrohlich vorangeschritten. Auch wenn man es im 'Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung' (BMZ) nicht mehr hören und sehen will: die katastrophalen Folgen der globalen Vereinheitlichung sind real und werden an Ausmaß und Intensität eher noch zunehmen. Dann beispielsweise, wenn das kürzlich verabschiedete Welthandelsabkommen (GATT) seine Wirkungen entfaltet und die kleinbäuerliche Landwirtschaft — in vielen Teilen der Welt der einzige Garant für das Überleben der Menschen — von Nahrungsmittelmultis gänzlich verdrängt werden wird. Hungerkatastrophen, die schon heute ein millionenfaches Sterben und Völkerwanderungen nie dagewesenen Ausmaßes begründet haben, werden sich ausweiten wie die Bürgerkriege, das Bandenwesen und die Gewalt als Konsequenz der Vernichtung traditioneller Gesellschaftsordnungen. Vorsichtigen Schätzungen zufolge sind es nahezu 1 Milliarde Menschen, die ökonomisch freigesetzt werden, weil der Weltmarkt sie nicht mehr zu integrieren weiß.

Daß es um den Zustand der Welt schlecht bestellt ist, wissen alle, die sich damit befassen: die Politiker, die Wissenschaftler, die Beschäftigten der Entwicklungsbürokratie und der Hilfswerke. Doch ein umfassendes Bewußtsein von der Krisenhaftigkeit des Geschehens existiert kaum mehr. Als geistig-moralische Armut spiegelt sich die Katastrophe auch in den Köpfen der Experten. Beliebig werden die unterschiedlichsten Standpunkte vertreten, in denen meist nur eines zum Ausdruck kommt: der rapide Verfall an Erinnerung. Zwar weiß jeder um die Kriegsgefahren, die Umweltzerstörung und die wachsende Verarmung, doch bleibt fraglich, ob der Krisenzustand gerade jetzt akut ist, ob das einzelne Unheil ein bedauerlicher Zufall ist, der sich der Beeinflussung durch Politik entzieht, oder ein Systemfehler, der im Zusammenhang mit dem Wirtschaftsprozeß gesehen werden muß. Einzig die Tatsache, daß sich das Leid noch industriell verwerten läßt, ist gewiß. Und so bildet die spektakuläre Inszenierung der Tragödien die Geschäftsgrundlage eines Hilfsbusiness, das mit beachtlichen Wachstumsraten und einem Umsatz von zuletzt 50 Milliarden Dollar boomt.

Die Einsicht in die Zusammenhänge der Welt hat sich fragmentiert. Zynismus, Halbwahrheiten und jene instrumentelle Vernunft herrschen, der die Mittel längst zum Zweck geraten sind. Weil die entwicklungspolitische Ideologie angesichts des offenkundigen Scheiterns der Hilfe immer weniger verfängt, die Entwicklungshilfe als Möglichkeit politischer Einmischung und versteckter Subventionen aber nicht vollends aufgegeben werden soll, werden dem Wahlvolk neben einschlägigen Slogans wie 'Hilfe zur Selbsthilfe' immer öfter Ängste präsentiert. So könne der Schutz des Tropenwaldes nur gelingen, wenn die Bevölkerungsexplosion, 'das größte Gift für die Umwelt', gestoppt wird. Auf diese Formel, die in schlechter deutscher Tradition die Opfer zu Tätern stempelt, lassen sich viele vereinigen — nicht nur konservative Wähler. Eine fragwürdige 'Lobby für den Süden', die da mit universeller Rhetorik behauptet wird und doch nur ein partielles Interesse meint, wenn das BMZ diese Lobby für die arbeitsplatzsichernde Förderung der deutschen Exportwirtschaft nutzen will. Eben Hilfe zur Selbsthilfe.

Den Hinweis Adornos mißachtend, daß das Ganze das Unwahre sei, beschäftigt die Katastrophe auch den Wissenschaftsbetrieb. Studien werden verfertigt, die akademisch korrekt einzelne Krisensegmente untersuchen und daraus dennoch nur unwesentliche Verbesserungsvorschläge ableiten können. Von der nie bewiesenen pessimistischen Annahme ausgehend, die Länder der 'Dritten Welt' könnten ihre Belange nicht aus eigener Kraft regeln, geistert nun die Empfehlung durch die Diskussion, die armgehaltene Welt solle künftig ausgerechnet durch jene Mächte treuhänderisch gelenkt werden, die die eingetretene Entwicklung heraufbeschworen haben. Statt den komplexen Gesamtzusammenhang kritisch zu durchdringen, haben sich Wissenschaft und Forschung der herrschenden Vernunft angeschlossen, um fortan dem Alltagsgeschäft von Politikern und den Institutionen der Hilfe beratend zur Seite zu stehen: in der analytischen Begleitung einzelner Katastrophen, bei der Verfeinerung der Steuerungsinstrumente oder in der Entwicklung einfacher Aktionspläne, die der Katastrophe vorbeugen sollen, obwohl sie doch erst dann zum Einsatz kommen, wenn das Desaster bereits eingetreten ist.

In den entwicklungspolitischen Apparaten, denen allesamt die wirklichen Effekte ihres Tuns aus dem Auge geraten sind, werden solche Serviceleistungen gerne gesehen. Denn obwohl Unklarheit herrscht, ob die Hilfe eher nützt oder schadet, insistieren doch alle auf einem wie auch immer gearteten Handlungsbedarf. Und diesen gilt es mit vielfältigen Aktivitäten zu demonstrieren: mit Studien und Planungsrastern, mit Kriterienkatalogen, Evaluierungen und Berichten, mit der Gründung neuer Gremien und ad-hoc-Gruppen, die sich dann zu Koordinationstreffen versammeln können, um immer neue Strategien zu beraten. Ein Rückblick auf die entwicklungspolitischen Konzepte der Vergangenheit ist aufschlußreich: der Förderung industrieller Großprojekte folgten seit den 60er Jahren nacheinander die sogenannte Grundbedürfnisstrategie, die Mittelstandsförderung, die Bekämpfung der Armut, der Fluchtursachen und nun — in doppeltem Sinne als letzter Schrei — die 'Katastrophenhilfe'.

Katastrophen allüberall, und keine Idee mehr, wie ihnen ursächlich zu begegnen wäre. Das ganze Bemühen der Politiker, die hektische Betriebsamkeit der Apparate zielt einzig noch auf die Begrenzung der angerichteten Schäden und — nicht zuletzt — auf das eigene Überleben. Auch wenn sie mit Schaubildern, kommunikationstheoretischen Designs und gravitätischen Erläuterungen daherkommen, die Vorschläge, was nun zu tun sei, offenbaren naive Hilflosigkeit und zynisches Sich-Einrichten gleichermaßen. Da mit weiteren Flüchtlingstragödien zu rechnen sei, müsse wenigstens deren Management stimmen. Fein säuberlich werden Fluchtphasen unterschieden, die jeweils andere 'Dienstleistungspakete' erfordern. Für die Planung der konkreten Hilfe ist die Ursachenanalyse und die Frage, warum Menschen fliehen, von untergeordneter Bedeutung. — Je komplexer die Zusammenhänge, desto größer das Verlangen nach Einfachheit.

Zwischen all den Helfern, die jede Katastrophe auf den Plan ruft, tauchte im vergangenen Jahr eine neue Organisation auf, die rasch damit begann, notleidende Menschen mit Trinkwasser und Schulen zu versorgen. Die Fragen, ob mit den neuen Brunnen allerdings noch der letzte Rest des fragilen Sozialgefüges von Belet Huen durcheinandergebracht wurde und die hübschen Schulgebäude jemals Lehrer und Unterrichtsmaterial sehen werden, blieben unbeantwortet. In Somalia ist der Plan für die Bundeswehr aufgegangen. Sie hat geprobt, nicht im Manöver, sondern vor Ort, geprobt für den Fall, daß Schadensbegrenzung nur noch durch militärische Absicherung von Grenzen möglich sein könnte. Barrieren, die in vielleicht schon naher Zukunft zwischen den profitablen Sektoren der Welt und denen, die abgeschrieben werden, aufzurichten sind.

THOMAS GEBAUER

Schmidt, Helmut, Ex-Bundeskanzler, läßt am 20. April 1994 in Weimar die Deutsche Nationalstiftung gründen wegen der Gemeinsinns- und Anschlußfähigkeit des Datums. (→Normalisierung, →Dreifaltigkeit)

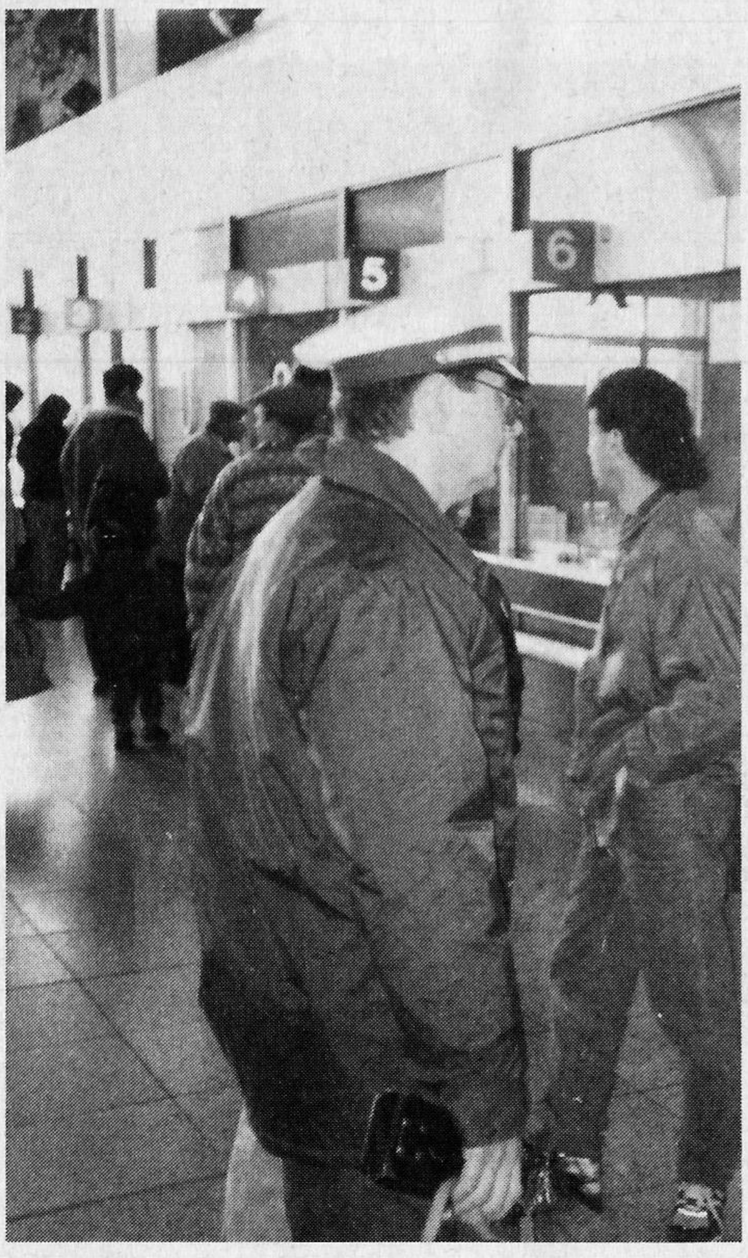
Weibliche Strafgefangene in Deutsch-Ostafrika

Si|cher|heit, die (→Safe, →pol. Gewahrsam, →Sicherheitsgurt, →Ordnung, →Sauberkeit)

Berufspolitiker haben es auch nicht leicht. Seitdem es nur mehr Volksparteien gibt, müssen sie sich auch um die Stimmen von Leuten bemühen, deren Interesse sie in keiner Weise vertreten, sogar von Leuten, *gegen* deren Interessen sie ihre Politik machen. Das kann die Sprache der Politik nicht präziser machen und die dargestellten Emotionen nicht authentischer.

Wenn sich für die Bevölkerung Probleme auftun, die offensichtlich ,,von außen'' kommend die lokalen Lebensbedingungen verschlechtern, sieht man gern und leicht die überlokalen Berufspolitiker zumindest als Versager in der Abwehr, wenn nicht sogar als Verursacher. Und als ,,von außen'' kommend wird heute Arbeitslosigkeit verstanden, der Bau einer Autobahn oder gar einer Startbahn vor der Tür; ohnehin und besonders exemplarisch lassen sich Ausländer so darstellen, die gegen den Protest der eigenen Verwaltung durch Druck ,,von außen'' gerade hier untergebracht werden müssen. Der politisch selbstbewußter gewordene Teil der Bevölkerung vertraut schon vor dem Auftreten solcher Schwierigkeiten nicht sehr darauf, daß ,,die Politiker'' die Dinge schon richtig managen werden, läßt sich nicht vertreten und nimmt die Sache selbst in die Hand. Manche Politiker reden dann von ,,Unregierbarkeit''.

Dazu kommt die unter verschärfter Konkurrenz der Medien ausgebaute Skandalindustrie, die in Einkünften, Freundschaften, Lebensführung und sonstigen Vorlieben der Politiker nach genüßlich Aufdeckbarem sucht — und ohne Schwierigkeiten immer



wieder fündig wird. Die Demoskopen machen daraus ,,Politikverdrossenheit''.

Gibt es einen Ausweg?

Es gibt einen: Wir brauchen Feinde. Feinde, die *alle* bedrohen, schließen das ,,ganze Volk'' zusammen. Damit entsteht das politische Subjekt, das der Politiker, der keine spezifischen Interessen mehr vertreten darf, braucht: ein allgemeines Interesse. Wer für ,,Sicherheit'' eintritt, verletzt auch kein Einzelinteresse. Die Sicherheit nämlich, die wird ,,von außen'' bedroht, von ,,Kriminellen'' und gar noch ,,ausländischen Kriminellen'' und besonders von ,,ausländischen kriminellen Organisationen'', der ,,Mafia'' mit ihrer Steigerungsstufe der ,,Russenmafia''.

Das Problem der Bevölkerung, die das vorgesetzt bekommt, ist zwar, daß wir alle nur selten wirklich Kriminalität erleben. Aber erstens beschäftigen diese seltenen Ereignisse, auch wenn sie der Cousine des Schwagers einer entfernten Bekannten zugestoßen sein sollen, unsere Gespräche wochenlang. Zweitens ermöglichen es die Medien, daß wir uns in Buxtehude vor dramatisiert dargestellten Vorkommnissen in Queens, N.Y. oder wenigstens Saarbrücken fürchten können. Drittens kann man mit entsprechender Übung im Dramatisieren aus jeder Rüpelhaftigkeit in der Straßenbahn, jeder Bubenrauferei, jedem Pornoheft und jeder politischen Demonstration ein Beispiel von ,,Gewalt'' machen, das damit in dieselbe Kategorie fällt wie die Kriegssauereien in Bosnien. Über derart leichtfertige Gleichsetzungen wird sogar einem Enzensberger, bis zum Golfkrieg provokant eher durch Besonnenheit und klaren Kopf, der ,,molekulare Bürgerkrieg'' plausibel. ,,Sicherheit'' läßt sich also politisch vermarkten, gerade dort, wo die suggerierte ,,Unsicherheit'' schwer zu erleben ist.

Freilich ist da noch ein Problem: Daß man die propagierte ,,Unsicherheit'' auch wirklich und erfahrbar reduzieren kann, glaubt eigentlich niemand. Die Aufnahme des Unsicherheitsproblems muß daher sofort ergänzt werden um ihre De-facto-Zurücknahme: ,,Ich wüßte schon, wie das mit der Sicherheit zu machen wäre — aber die Verfassung, rechtsstaatliche Garantien, die begrenzten Ressourcen, der Koalitionspartner, die Opposition, sie alle verhindern die energischen Schritte, die ich zu setzen wüßte.'' Mit diesem Zwischenschritt ist es möglich, das Ressentiment gegen ,,die Politiker'', das sich in der Forderung nach mehr Sicherheit artikuliert, gegen *bestimmte* Politiker zu lenken und damit in den Dienst der Parteienkonkurrenz zu nehmen — gut demokratisch.

Es ist in der Geschichte festzustellen, daß es immer die konservativen Parteien besser verstanden haben, mit diesem nicht zuletzt gegen sie selbst gerichteten Ressentiment umzugehen. Sie haben nie versuchen müssen, das Ressentiment aufzulösen, sie konnten ihm vielmehr für sie nützliche Ziele anbieten. Damit konnten sie sich selbst aus der Angriffslinie bringen, sich darüber hinaus auf die Seite der Angreifer schlagen und diese als Rammbock gegen ihre eigenen Gegner einsetzen. Man nennt das Populismus.

Voraussetzung des Manövers ist, daß eine Personalisierung des Problems, der gesellschaftlichen Veränderung, auf die reagiert wird, gelingt, und zwar auf der Ebene der Politik und auf der von Gesellschaft. Die Schwierigkeit darf nicht in einer Situation bestehen, die man zu managen hätte, sie muß an den Machenschaften oder dem Versagen bestimmter Leute, bestimmter Kategorien der Bevölkerung liegen. Und zwischen den beiden Ebenen muß sich ein Zusammenhang herstellen lassen. Ein möglicher Zusammenhang ist ein ethnischer oder religiöser oder durch Verschwörung (wie bei den Freimaurern) hergestellter: Die Probleme für die Bevölkerung gehen von einer bestimmten Kategorie von Leuten aus, z.B. ,,Ausländern'' (historisch waren es ,,die Juden''), und die energische Politik gegen sie wird von Politikern verhindert, die sie beschützen wollen, z.B. weil sie selbst ,,heimatlose Gesellen'' (oder ,,Juden'') sind (und weil dieses Merkmal natürlich eine besonders hohe Solidarität stiftet). In abgeschwächter Form besteht der Zusammenhang nur darin, daß die Politiker, die mit in das Vorurteil hineingezogen werden sollen, die Gefährlichkeit der ,,Ausländer'' (oder ,,Juden'') nicht erkennen.

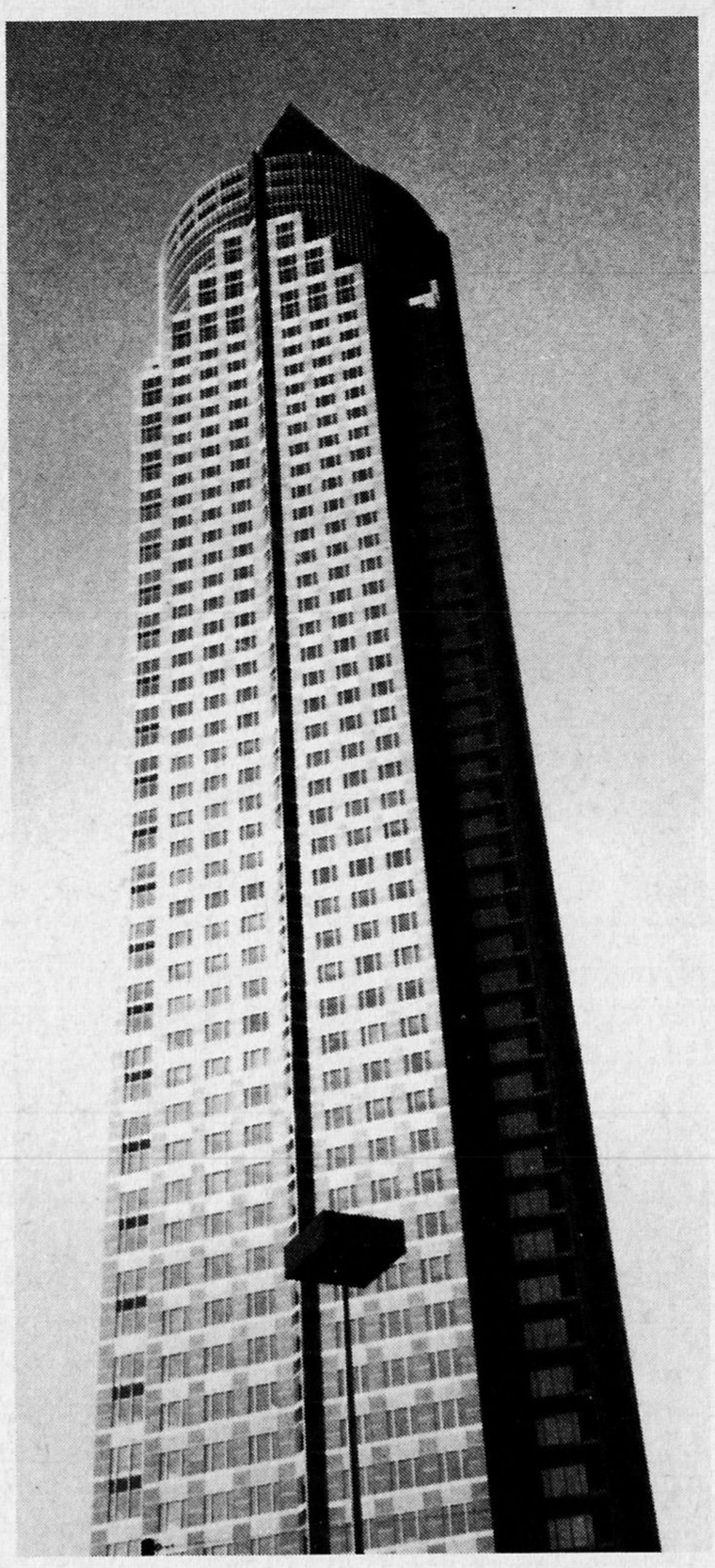
Das Elegante an dem populistischen Versprechen ist, daß es gewöhnlich nicht getestet wird, weil man an seiner Durchsetzung vom Gegner gehindert wird. Deshalb wird es katastrophal, wenn Populisten an die Macht kommen oder wenn Machthaber das populistische Muster übernehmen: Man kommt dann, selbst wenn das alles nur Taktik war,

nicht mehr von den Sündenböcken weg. (Der weiland christlich-social antisemitische Wiener Bürgermeister Karl Lueger hat dafür eine Lösung gefunden: ,,Wer ein Jud ist, bestimm ich!'') Im demokratischen Normalfall ist Populismus Taktik und kann sich in seinen Kraft-Tiraden darauf verlassen, daß besonnenere Kräfte stark genug sind, die Umsetzung zu verhindern. Dabei sammelt sich zugleich die Evidenz für die Verschwörungstheorie. Der Zyklus geht so: Man identifiziert die ,,Volksfeinde'' und wüßte durchaus, wie sie zu bekämpfen wären. Man präsentiert daher einen ,,energischen'' Gesetzes- oder Maßnahmen-Vorschlag, den die ,,Liberalen'' aus Gründen der Rechtsstaatlichkeit nicht akzeptieren können, was ihnen als (absichtliche oder zumindest fahrlässige) Förderung des Bösen und Bedrohlichen ausgelegt wird. Die Einführung der autoritären Maßnahme scheitert zwar, aber der Verdacht hat klargestellt, wer die Bedrohung und wer daran schuld ist, daß sie nicht abgestellt werden kann.

Wie es gehen müßte und besser gehen könnte, ist abstrakt leicht gesagt: durch eine Umdefinition, die klarstellt, daß nicht *Leute* das Problem sind, sondern bestimmte sachliche *Umstände* — ein unzureichender Wohnungsbau, zu viele Möglichkeiten zum Lohndrücken, unregulierte Konkurrenzen aller Art. Aber praktisch geht das ganz leicht so schief, wie man es an der deutschen Sozialdemokratie in den letzten Jahren und Monaten beobachten konnte: Man ist auch nicht imstande, jene pragmatische Ebene der Problemlösung zu erreichen, die für die unmittelbar Betroffenen wichtig wäre und dort konkrete Programme — unter Beteiligung der Bevölkerung — in Gang zu setzen. Vielmehr versucht man, auf der moralischen Ebene zu konkurrieren, die von den Konservativen vorgegeben wird, versucht, sich besonders moralisch aufzuspielen — und fällt dabei auf die Nase, was wohlverdient und auch ganz komisch anzusehen ist, aber die Wehrlosigkeit gegenüber dem Populismus-Trick nicht vermindert.

Berufspolitiker haben es auch nicht leicht.

HEINZ STEINERT



Si|cher|heits|part|ner|schaft, die (→Libanon)

So|zial|part|ner|schaft, die (→Entlassungen, Arbeitslosigkeit)

Staa|ten|ge|mein|schaft, die (→Krieg)

Stand|ort, der (milit.: Garnison), →Fluchtgrund

Je flexibler das Kapital den Globus überzieht desto mehr wird von „Standorten" geredet. Das suggeriert Bodenständiges, Sicheres, Solides, Heimatliches, bedeutet freilich nichts Gutes für die Bewohner, die „Menschen", wie man so schön sagt. Daß sie, wie ein alter Herr aus Trier schon mal bemerkt hat, immer mehr zu bloßen Anhängseln des Kapitals werden, hat die Folge, daß sie darum konkurrieren müssen, von diesem ausgebeutet zu werden, weltweit inzwischen. Und Konkurrenz heißt vor allem Verzicht — auf ausreichende Löhne, soziale Sicherungen, vernünftige Arbeit, saubere Luft, erträgliche Lebensverhältnisse.

Das Wort stammt aus der Militärsprache, was kein Zufall ist. Immerhin herrscht Krieg, in und zwischen den Nationen, wirtschaftlicher, politischer, fallweise und unvorhersehbar auch militärischer. Innerhalb der Festungsmauern, die allenthalben zwecks „Standortsicherung" hochgezogen werden, geht es vornehmlich um Gewalt, Verbrechen und um vermeintliche „Sicherheit" davor. Eine Folge dessen, daß innerhalb des nationalen Standorts der soziale immer zweifelhafter wird. Militärs schotten die Grenzen ab vor denen, die zum Kapital wollen, und sie intervenieren weltweit, wo es um Rohstoffe, strategische Vorfelder oder gefährliche Krisenherde geht. „Standorte" versuchen, Kapital anzuziehen und Menschen fernzuhalten. Gleichzeitig werden die Armeen ausgeschickt — friedenserhaltend und humanitär selbstverständlich. „Zivilgesellschaft" zeigt sich als das, was sie schon immer war: die Kehrseite bewaffneter Gewaltverhältnisse. Das Konzept „out of area" fügt sich in das Bild einer Welt, die zum Tummelplatz marodierender Banden geworden ist, mit oder ohne staatliche Embleme.

Für Kriege muß gerüstet werden, nicht nur militärisch. Der Wirtschaftskrieg erfordert gesteigerte ökonomische Anstrengungen. Wenn Staaten und Nationen hauptsächlich ums Kapital konkurrieren, müssen sie selbst zu Unternehmen werden, effizient, autoritär geführt, rationell und profitorientiert. Gewinnträchtig sind allein „Zukunftsinvestitionen" mit Weltmarktabsatzchancen. Was zählt, ist die Konkurrenzfähigkeit in der „Triade", die die „neue Weltordnung" symbolisiert. Das schlichte Bedürfnis, die Not, die zukünftigen Überlebenschancen: Sozialromantik. Der Planungshorizont kapitalistischer Unternehmen ist nun mal kurzfristig, auch dann, wenn sie als Staaten auftreten.

Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung wird zur Staatsform der Zukunft: Nicht die Regierungen, die Belegschaften sind die Risikoträger. Soziologen nennen das dann „Risikogesellschaft". Das „Modell Deutschland" mutiert zur „Deutschland GmbH", die „politische" mit der ökonomisch herrschenden Klasse immer nahtloser verfilzt, die Medien als Betriebszeitungen. Mit Katastrophenvoyerismus auf der Hobbyseite. Der Zwang zu „lean production" schafft neue nationale Betriebshierarchien, trennt Kernbelegschaften, fluktuierendes Verfügungspersonal, Leih-, Wander- und SaisonarbeiterInnen. Illegale dazu. Dem dient die „Kanalisierung" der Fluchtbewegungen. Plus der immer größeren Masse der Freigesetzten mit und ohne Sozialplan. Dieser Betrieb kennt keine Grenzen mehr, er nimmt sich die Arbeitskräfte dort, wo sie am billigsten und willigsten zu haben sind. Der Nationalstaat als Kapitalstandort stellt zur Disposition, was er einmal zu garantieren vorgab: politische und soziale Gemeinsamkeit, oder, um einen vergessenen Begriff zu gebrauchen: die relative Gleichheit der Lebensbedingungen.

Als Kapitalstandort erscheint der Nationalstaat mehr und mehr als Phantom. „Nationalität" wird zum ideologischen Popanz hochstilisiert, der den inneren Bürgerkrieg mit dem Kampf um eine „Zugehörigkeit" verschleiert, deren materielle Grundlage längst am Zerbröseln ist. Nationalismus und Rassismus kennzeichnen daher den Kern des neuen „Standortbewußtseins". Demokratie ist, was den Standort stärkt, Freiheit meint Konkurrenzfähigkeit. Gleichheit und Emanzipation — vergessene Vokabeln einer verflossenen „Moderne". Die Politik der Standortsicherung eint eine große Koalition von CDSUFDSPD, Unternehmern und Gewerkschaften. Dem Rest bleibt Politikverdrossenheit und ein Protest, der im Zweifel

das stützt, was er anzugreifen glaubt. Je erfolgreicher die „Standorte" gesichert werden, desto unerträglicher wird das Leben innerhalb und außerhalb ihrer Mauern. Grund genug zum Fliehen — fragt sich nur wohin in der neuen „einen Welt" der globalen Konkurrenz, die keine Nische mehr ausläßt.

JOACHIM HIRSCH

Stau|bür|ger, der oder die (→Volker Rühe)

Wer|te|ge|mein|schaft, die (→Frankfurter Nordend)

Zi|vi|li|sa|tion, die (→IKEA)

Zu|kunft, die (→Herkunft, →Unterkunft, →Versumpft)

(die Teutschen sind bären mit vernunfft.
drum fröw sich keiner ir zukunfft
Stumpff (1606)

Ernst Bloch sprach einst — wer weiß es nicht — vom Prinzip Hoffnung, vom Geist der Utopie (in zweiter, veränderter, nicht aber wesentlich vom Geiste ablassender Auflage), vom Noch nicht, von der Heimat, die dort anzusiedeln sei, wo niemand je noch niemals jemand war. In etwa. Hehre Worte, sicher, unbändige Taten, nicht Krieg zwar, aber doch Kampf einfordernd. Und, das bleibt an überraschend-überschießender Bedeutung für die Nachfahren, die tatkräftige Synthesis von „herankunft, ankunft und heimkehr" (*Gebrüder Grimm*).

Von Bescheidenheit also bereits im Vorfeld des Begriffes, wir ahnten's schon, keine Spur. Zwar, so teilt SPD-Wahlkampfleiter Joachim Broudré-Gröger mit, werde es „eine Materialschlacht mit uns nicht geben", weil (meint auch die CDU geschlossen) das einfach nicht in die Zeit passe, doch zurückstecken resp. zurückschrecken will niemand. Deshalb greift die Riege der Zukunftsanwärter im Ringelringen um zukünftige Geschicke zunächst auf jene aus der Tiefe des historischen Raumes stammenden Kategorien zurück, auf sekundäre Wertbesetzungen mit enigmatischer Zeichenstruktur, die nur bläßlich, schemenhaft, andernfalls aber auch schon im Horizont der zu erwerbenden Zeitlichkeit stehend das Zukünftige herbeigreifen wollen (und am Gnackerl packen): „Ehrlich, mutig, klar" (CDU) und — schon packender — „Stark und gerecht" (SPD).

Wer so weit das Terrain geordnet, der kann „die heiße Phase" mit Kanzler Kohl exakt am 6. Februar in — zudem — Osnabrück eröffnen. Warum aber erst im Gefolge des winterlich doch recht verspätet anmutenden Termins die Eiskratzer unter's Volk gelotet werden (*FR vom 31.12.93*), ist unklar, wenigstens unehrlich. Obgleich: die Orientierung stimmt wiederum: „klare Sicht nach vorne" (so der Schriftzug auf dem verteilten nützlichen Handwerkszeug) gilt es gerade in der „heißen Phase" sicherzustellen, wenn auch mit Eiskratzern (und um der Zukunft willen).

Um die Zukunft von „Eis am Stiel" ist es seit geraumer Zeit jammervoll bestellt. Eistüten und vereiste Schokoriegel sind seither davor. Vor allem auf allerhand Plakaten, die um ihre Zukunft werben. Um wessen, um welche Zukunft, wird nun oft gefragt? Nun, nicht um das Jüngstvergangene, das es als Jetztzeit im Zukünftigen zu erhellen und zu retten gelte (denn die fälschliche „Furcht vor einer traurigen Zukunft" erniedrigt „uns", da „die Hoffnung uns (allein) zur Zukunft erhebet und uns das Gefühl des Gegenwärtigen entziehet", so sehr richtig *Adelungs Grammatisch-kritisches Wörterbuch der hochdeutschen Mundart*); auch nicht darüber ist zu streiten, wie gefahrenlos der Weg dorthin, wo nie jemand je gewesen ist, zu begehen sei (solche abschüssigen Problemfelder beackern schließlich allein die Zunftmeister der „Zukünftelei" mit ihren „pretentiösen Geistreicheleien" — *Grimm*); anderes ist lanciert und anvisiert: die Sicherung der wirklichen (wirkungs- und wirklichkeitsvollen) Zukünftigkeit der Zukunft, oder anders behauptet resp. vor-gegriffen: die Sättigung jenes Versprechens, dessen

Zukunft am Strick?

Einholung ganz in den Händen der Zukunft liegt. Und, um die Avanciertheit solch' tiefgründig-doppelbödiger Antizipation zu unterstreichen, dessen Verborgenheit seinem Desiderat der Entbergung entspricht bzw. parallel zu setzen ist.

Was sagt die SPD dazu? So weit zu sehen, doch leider nichts. Die Grünen schweigen, die Grauen Panther aus naheliegenden Gründen gleichfalls. Allein die CDU orakelt und plakatelt: SICHER IN DIE ZUKUNFT. Ob damit der gänzliche Begriffsumfang des Bedeuteten erfaßt ist?

Bloch sprach immer von einem „Bedürfnis, das aus den kollektiven Tagträumen der Massen empordränge, dieselben ergreife, den Erdboden in ein gewaltiges Beben versetze, alles Schändliche, feindlich Gesonnene und Kriecherische hinwegfege, die Unversonnenen, Unverblichenen und Unverdrossenen in den aufrechten Gang versetze, den Aufstand schlechthin begründe und die Zukunft im hic et nunc beginnen lasse" (mnemotechnisch zitiert). In dieser „Rahmung", in die Vergangenes und Zukunft einbegriffen werden, wird sich Politik, die als erfolgreich sich erweisen soll, bewegen müssen. So hat die große Regierungspartei in der Essenz erkannt, was zu tun sei. Wenig hilft es da den oppositionellen Eckenstehern, das zukunftsweisende Handeln ehemals sozialistischer Straßenrabauken (Revolution Ost!) jetzt, da wieder eine Wahl für die Zukunft ins Haus stehet, „für gänzlich unsinnig zu erachten" (*Scharping*).

Philologisch-ideologisch nämlich zeigt sich der Boden, auf dem die Zukunft errichtet, als trittfest und sicher. Alle Selbstbezichtigung, -bekrittelung und intellektuelle Vergramung und Vergreisung wird hier haltlos; sich in die Zukünftigkeit einbringen heißt, vorwegnehmende Positivität als Ergänzung sich selbst setzender, wollender und verwirklichender Antizipation an die Zukunft hinzugeben. Deutlich handeln das Marx-Engels-Sachwort-Register und Flauberts „Wörterbuch der übernommenen Ideen" gegen dieses Zeitzeichen, das selbst ja Zeichen der Zeitlichkeit, vorauseilendes Signum der Sicherung von Geschichtlichkeit in noch nicht zukünftiger Zukunft ist; sie verschweigen „die Zukunft". Zukunft hingegen ist sicher, „die zukunft (...) wird geschehn" (*Angelus Silesius*). Sicherlich gibt es eine Zukunft, bestimmt wird es eine Zukunft geben. Die Zukunft wird sich zeigen. Zeigen wird es sich, daß es sicher in die Zukunft geht. „Es": das meint konkret „Zukunft, Hoffnung, im Prinzip sicher auf der Zeitachse".

Schon den sicherlich notwendigen ersten Schritt aus dem Gesichtskreis der bürgerlich-kapitalistischen, dialektisch aufzuhebenden und in „das ganz Andere" zu überbringenden Geschichtswelt heraus hat die Wiener „Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur": "Zukunft" unternommen. Desgleichen die Gebrüder Grimm, wohlweislich gegen haltlose „elemente der schlichten zukünftelei unverkennbar" eingestellt, empfehlen Pflege und Revitalisierung semantischer Wortweltfelder. Um in der Sprache der Zukunft weisend zu wirken, empfehlen sie daher die breit gefächerte Vernetzung handlungsmotivierender Wortgruppen: der „Zukunftsseher" ist ein „Zukunftsschauer", der „zukunftsahnend, -blickend, -spähend, -verkündend, -verheißend und -schwanger" schließlich als „Zu-

Würden Sie diesem Mann noch eine Zukunft zutrauen?

kunftsdeuter und -wisser" „zukunftreich" den „Zukunftsegen" im Zeichen des „zukunftbildenden" „Zukunftbeglückers" heim und unters Volk bringt. Denn Zukunft hat Zukunft, zieht zu aller Zeit („zukunftsjahr, -stunde, -tag, -zeit") und faßt alle relevanten Politik-, d.h. Zukunftsfelder fest ein (im Sinne der Blochschen Utopie der „Rahmung"): Von der „Zukunftsbildung" über „Zukunftsform, -blüthe, -grösze und -macht" bis zum „Zukunftskrieg" (und „-weltmacht").

Wenn also dergestalt die „Zukunftshoffnungen" genährt und die „Zukunftsmöglichkeit" „zukunftsfreudig/froh/haltig und -kräftig" offen gehalten sein wollen, ist „Das Kunstwerk der Zukunft" (R. Wagner) weder als „Zukunftsmusik" (*Kluges etymologisches Wörterbuch)* im Reich des interesse- wie nutzlosen schönen Scheins vorzustellen (wo „verhängnisvolle Wundertöne,/ die mir der Parzen nahe Zukunft deuten" (*Goethe)* betäuben), noch als wertlose Grille der „Zukunftsmeister" (*Fr. Dingelstedt)* zu geiseln und zu verachten. Es geht, so Bloch im Anschluß an Hegel, „um's Ganze".

Die Zeit drängt, denn „auch der Zeitdruck ist durchaus real" (*Zukunft)*. Der große Vorsitzende weiß das. Doch darf seiner — seiner politischen Sorge (*Heidegger)* und seiner selbst — gewiß sein, wer zukünftig „vom Elysium herüber (...) des Frühlings Zukunft" vernimmt (*Hölderlin*), den eigentlichen Ort des Zukünftigen in der Zukunft also mutigen Blickes offen hält und als einträgliches Feld der „Einkünfte" (*Grimm*) erdeutet und -beutet.

Die Zukunft ist allen Folgerungen gemäß eine brauchbare, schlicht notwendige und gehalt- wie sorgenkompensierende, auf die Sehnsüchte aller abzweckende Kategorie, ein Gefäß und ein Stempel, ein Zeichen und Sinn. Zukunft ist offen und sicher, gefahrvoll, herausfordernd und rettend (*Hölderlin*). Noch als das gänzliche Noch nicht bleibt sie zukünftig, Kehre und Einkehr, Heimgang und Versprechen. Wenn das im unvermeidlich anstehenden Schelt-, Jubel- und Jammerjahr keine trostreiche Pointe ist, dann ist es auch keine.

JÜRGEN ROTH

Neoliberalismus

am Beispiel
Chile

Analysen und Interviews mit revolutionären Linken in Chile

- das neoliberale Modell und sein Preis
- die Entwicklung der chilenischen Linken
- "Innere Sicherheit" und Repression

Brosch. der Chile AG Braunschweig
Anschrift: Chile AG BS
c/o Guten Morgen Buchladen
Bültenweg 87 38106 Braunschweig
Preis: 3,- DM plus Porto

NACH kriegszeit VOR kriegszeit

Auf der einen Seite des Globus...
...Zeit für UN-Einsätze und humanitäre Interventionen. Kambodscha, Somalia, Irak. Die Brandstifter spielen jetzt Feuerwehr. Werden selbst zu Opfern ihrer eigenen, millionenfachen Produktion von Landminen. Deshalb machen sich...

auf der anderen Seite des Globus...
...Militärs und internationale Organisationen Gedanken über die Zukunft der Mine. Wohlweislich die Verantwortung der produzierenden und exportierenden Staaten des Nordens ausklammernd. Die Mine wird zur "Waffe der Armen", subversiver Kräfte und irregulärer Waffenschieber in der Dritten Welt erklärt. Aussenminister Kinkel fragt: "Was haben wir mit der Ächtung der Mine zu tun?".

Auf allen Seiten des Globus...
...beantworten Menschrechts-, Ökologie-, und Hilfsorganisationen, zusammengeschlossen in der internationalen Landminenkampagne, diese Frage von Militärs und Politikern mit der einfachen Forderung:

STOPP DER ENTWICKLUNG, DES EXPORTES UND DER ANWENDUNG VON LANDMINEN.DIE BESEITIGUNG DER WELTWEITEN MINENSEUCHE DURCH JENE, DIE DARAN PRÄCHTIG VERDIENTEN UND VERDIENEN.

Der Schauplatz ist ein grausamer Verschlinger des Lichts der Welt, die Negation des Lebens. Hinter den Fassaden schützen sich die Übersättigten gegen die Hungrigen, ersinnen sinistre Gentlemen Aufruhr, um schärfere Polizeieinsätze durchzusetzen, erfinden Mächtige "hübsche Brandeisen" für Illegale und Arme, dient die Korruption der Karriere. Eine Zustandsbeschreibung, die nicht nur für das London von Joseph Conrad zutrifft.

Die Negation des Lebens, unsere Art zu wirtschaften.Hinter den Fassaden die Übersättigten gegen die Hungrigen, das neue deutsche Asylverständnis."Hübsche Brandeisen" für Illegale und Arme, biometrische Einlasskontrollen per Scheckkarte und Handabdruck, geplant am Frankfurter Flughafen.
Opfer werden zu Tätern gemacht. Neue Minensysteme werden so verkauft. Mannigfaltige "Sperraufgaben" im Licht eines waffenstarrenden Humanismus werden vorbereitet, mit neuen fernverlegbaren Minen.

Die Internationale Landminenkampagne ist sich bewußt, daß keine Kampagne allein alle Fragen bewältigen kann. Aber öffentlicher Druck kann sehr wohl verstärkt und die Frage des Herrn Kinkel beantwortet werden.

Seit Monaten zieht ein Minenteppich, der Explosionen simuliert , als Warnkarawane durch deutsche Städte. Aktiv unterstützt und begleitet von vielen Initiativen, die die beharrlichen Fragen vieler Passanten nach den Verantwortlichen beantworten. Deshalb fordern wir alle dazu auf, sich mit ihren Bundestagsabgeordneten in Verbindung zu setzen, und deren eindeutige Stellungnahme zur Ächtung aller Minen einzufordern. Im Wahlkampfjahr 1994 sollte die Beantwortung dieser Frage Maßstab der Entscheidung für oder gegen die Kandidaten sein.

INTERNATIONALE LANDMINEN KAMPAGNE

Unterstützen Sie unsere Projekte für Minenopfer unter dem Stichwort: "Minenopfer"

Spendenkonten: 1800 Frankfurter Sparkasse (BLZ 500 502 01) oder 6999-508 Postgiroamt Köln (BLZ 370 100 50)

Fordern Sie weitere Informationen an!

medico international
Obermainanlage 7 ◆ 60314 Frankfurt ◆ Tel.: 069/24438-0

THOMAS KUNZ

Die Individualisierung des Neonazismus

oder: das Märchen vom Althans im Glück

Es gab einmal einen Film über einen Neonazi namens (Alt)hans, der lebte in München und war auch ein bißchen stadtbekannt. Es begab sich nun zur gleichen Zeit, daß einige kluge Menschen im Lande meinten, alle anderen müßten auch klüger werden und sollten einen Dokumentarfilm über selbigen Neonazi sehen dürfen. Nun lebten aber auch einige Andere, mehr und auch weniger klug, die glaubten gerade das Gegenteil; zwar sollten alle klüger werden, dazu müßte der Film aber verboten werden. Da kam es zu einem großen Hauen und Stechen untereinander und es gab großes Gebrüll. Derweil saß der nun noch bekanntere (Alt)hans in München und da er nicht gestorben ist, sitzt er dort noch heute...

So oder ähnlich ließe sich der Tenor des aktuellen Medienrummels um Winfried Bonengels Dokumentarfilm 'Beruf Neonazi' etwas weniger ernsthaft zusammenfassen. Ausdruck dessen sind Fünfzeiler in den Tageszeitungen, die melden: Film verboten, aber trotzdem aufgeführt (oder auch nicht). Daß die Forderung nach einem Aufführungsverbot auch von PolitikerInnen erhoben wird, hat verständliche Gründe (die an dieser Stelle nicht näher ausgeführt werden). Nachdem sich in der Auseinandersetzung mit organisierten Neonazis bislang keine/r der RepräsentantInnen mit Ruhm bekleckert hat, muß jetzt Handlungswillen suggeriert werden. Also werden Verbote erlassen.

Die Feststellung, ein Filmverbot sei falsch, denn damit werde nichts an den Ursachen rechtsradikaler Entwicklungen getan, halte ich deshalb für berechtigt. Sie ist aber ebenso berechtigt wie die Feststellung, daß mit einer Aufführung dieses Filmes genausowenig an besagten Ursachen getan wird!

Bevor ich zu begründen versuche, warum eine 'selektive Aufführungspraxis' gerechtfertigt ist, soll kurz dargelegt werden, worum es mir nicht geht.

Die öffentliche Wahrnehmung der Kritikpunkte ist vor allem reduziert auf einige Plattheiten bzw. Stilfragen. Auf diese Schein-Debatte soll hier nicht eingegangen werden. Es geht nicht darum, ob mensch durch den Konsum des Films zum Neonazi wird, ob der Film ein Propagandafilm für Althans ist, ob Bonengel ein schlechter/guter Filmemacher, noch ob sein Film ein miß- bzw. geglückter Dokumentarfilm ist, ob andere Einstellungen, Schnitte oder einleitende Kommentare ihn 'besser' machen; schließlich: es geht gerade nicht die Forderung nach einem amtlichen, pauschalen Verbot der Filmaufführung.

Selektive Aufführungspraxis heißt nicht, ein Verbot des Filmes zu fordern; erlassen und durchgesetzt womöglich von den Institutionen, die z.B. den Neonazi-Aufmarsch von Fulda nicht verhindern wollten. Selektive Aufführungspraxis heißt an dieser Stelle, bei jedem angesetzten Aufführungs- bzw. Sendetermin festzustellen, in welchem Rahmen und vor welchem Publikum der Film gezeigt werden soll, dieses Konzept zu diskutieren, abzuwägen und — nötigenfalls — auch, die Aufführung zu verhindern.

Muß mensch, um abwägen zu können, den Film selber gesehen haben? Nähern wir uns der Antwort über die Frage nach der Absicht des Filmes. Der Film will, natürlich, ein antifaschistischer sein, davon muß und kann ausgegangen werden. Wie kann er das bewerkstelligen? Es ist ein Dokumentarfilm, d.h er dokumentiert — wen? Bela Ewald Althans, Beruf: Neonazi. Zunächst einmal soll der Film also Althans 'erlebbar' machen, er soll Realität vermitteln. Gesehen wird jedoch zuallererst einmal ein Film, nichts weiter. Diese Feststellung ist nicht ganz so banal wie sie anmutet. Das vertonte Bild kann lediglich ein Vermittlungsversuch sein, im Spannungsfeld zwischen der Realität 'Althans' und den ZuschauerInnen. Bonengel konnte aber nur das filmen was Althans ihn sehen ließ — und nur dieses Material konnte dann arrangiert werden mit dem hehren Ziel, das zum Vorschein zu bringen, was Althans verbergen wollte. Den Dokumentarfilm im nachhinein als die 'ganze' Realität von Althans darstellen zu wollen, heißt Neonazismus auf dessen gefilmte Teilrealität zu reduzieren — und dadurch zu verharmlosen.

Demzufolge wird durch eine selektive Aufführungspraxis nicht die Realität verdrängt, sondern es wird versucht, ihre Gleichsetzung mit der medialen Konstruktion zu verhindern. Neonazismus ist eben mehr als smartes Bankkaufmann-Image, Postadoleszens, verquaste Nazi-Phraseologie und Verbreiten der Auschwitzlüge in Auschwitz selber; filmisch reduziert auf ein fast schon persönlich-pathologisches Phänomen — so schockierend das auch anzusehen sein mag. Althans ist ein Neonazi und der Neonazismus, das ist Althans. Ich nenne das die Individualisierung des Problems.

Gleichwohl ist der Film informativ — er informiert darüber, daß wir uns bislang nicht ausreichend informiert haben, was eigentlich seit längerem möglich und nötig gewesen wäre. Er ist an-schau-lich — wir schauen, was wir sonst hätten lesen können. Gut, zugegeben, den Film schauen oder sich durch Druckwerke zu 'quälen' ist zweierlei, aber nur fast! Solche Eindringlichkeit scheint kein Text hervorbringen zu können. Es ist schon ein Unterschied, über eine Per-

son bzw. einen Sachverhalt etwas zu lesen oder selbige(n) sinnlich erfahren zu können, eben 'zu sehen'. Worin liegt aber dieser Unterschied begründet? In der Betroffenheit die der Film hinterläßt! — D.h. um der Betroffenheit willen ist der Film besser, aber für wen? Es kann nicht einfach vorausgesetzt werden, daß jeder Mensch wenigstens 'betroffen' ist. In seiner unkommentierten Schlichtheit setzt der Film voll und ganz auf das 'Zeigen', das Dokumentieren (im besten Sinne des Wortes), um andere sich ein endgültiges, eigenes Bild machen zu lassen. Jedoch ist dieses Bild jeweils abhängig von den 'Wertigkeiten' der BetrachterInnen. Fraglich ist, ob der Chiffrierung des Regisseurs Bonengel die Dechiffrierung des Publikums entspricht. Dabei mag der Regisseur nicht helfen. Oft ist zu hören, daß gerade dieser fehlende 'pädagogische Zeigefinger' eine der Stärken des Filmes sei. Das bedeutet jedoch nichts anderes, als daß der 'Zeigefinger' irgendwie aus- und vorgelagert sein muß. Aufklärung muß also irgendwann vorher stattgefunden haben. Die BefürworterInnen des Filmes gehen halt von der zwingenden Logik einer erfolgten und geglückten 'Erziehung nach Auschwitz' aus; davon, daß in den Köpfen aufgeklärter BürgerInnen, die wir alle seien, das Gesehene sich selbst diskreditiert, dank des akkumulierten Wissens um die historische Wahrheit. Diese Wahrheit fände sich sodann durch das Filmdokument bestätigt. Eine Zuversicht, der ich mich angesichts der Zustände 1994 im 'neuen' Deutschland ganz und gar nicht anschließen möchte.

Die Dechiffrierung ist abhängig von der vorhandenen Disposition in Bezug auf Vorurteile. Der Verbreitungsgrad fremdenfeindlicher Einstellungen, rassistischer Vorurteile und latentem bis hin zu offenem Antisemitismus beschränkt sich nicht nur, wie die Entwicklung der letzten Jahre zeigte, auf kleine Gruppen am 'Rande' dieser Gesellschaft. Mit einer breitgestreuten Aufführungspraxis wäre deshalb die Gefahr verbunden, die bestehenden Vorurteilsstrukturen noch zu festigen. Der Film bietet Partialbestätigungen für die Vorurteile derer, die sich immer schon sicher waren, daß z.B. „zuviele Ausländer hierherkommen" und „daß wir genug geblecht haben" oder „daß die Juden irgendwie doch...". (Ich sage damit aber nicht sie seien 'Neonazis'.) Die 'Argumente' denunzieren sich nicht alle zwingend selber. Im Kramladen der antisemitischen Vorurteile und der Geschichtsklitterung gibt's so manches 'Schmuckstückchen' das Eine/r in Althans' Personality-Show finden kann. Diesmal aber nicht von glatzköpfigen Dumpfbacken verbreitet, sondern von Einem, der genausogut Lebensversicherungen verkaufen könnte.

Natürlich läßt sich dagegen einwenden, daß dieses Publikum sicherlich nicht die Alternativ-Kinos oder Film-Festivals frequentiert, in denen die Aufführungen bislang stattfanden. Dem ist zuzustimmen — und deshalb ist die Ausstrahlung des Films abzulehnen, wenn eine über das Anschauen hinausgehende, aktive Auseinandersetzung nicht garantiert ist. Genauer: Eine Fernsehsendung sollte grundsätzlich verhindert werden.

In einer zentralen Szene des Films befindet sich Althans in Auschwitz. Um ihn herum eine relativ große Gruppe von BesucherInnen der Gedenkstätte. Der Neonazi leugnet Auschwitz, er leugnet die Massenmorde. Die Mehrheit schweigt! Geschockt oder etwa verunsichert? Wo soll sonst gehandelt werden, wenn nicht einmal an diesem Ort? Wenn Menschen mit solcher Sprachlosigkeit auf Althans 'live' reagieren, was soll dann ein Film bewirken können?

In der Auseinandersetzung steht vor allem der Regisseur im Kreuzfeuer der Kritik, seltsamerweise (?) nicht Althans & Co. Das tut Bonengel sicherlich unrecht. Der eigentliche Skandal ist freilich nicht, daß Bonengel anstelle von Althans der 'Sündenbock' ist. Der eigentlich Skandal besteht darin, daß das Gezeigte bereits seit längerem bekannt ist. ●

Aus: Die Kunst der Verweigerung

MANFRED WIECZOREK

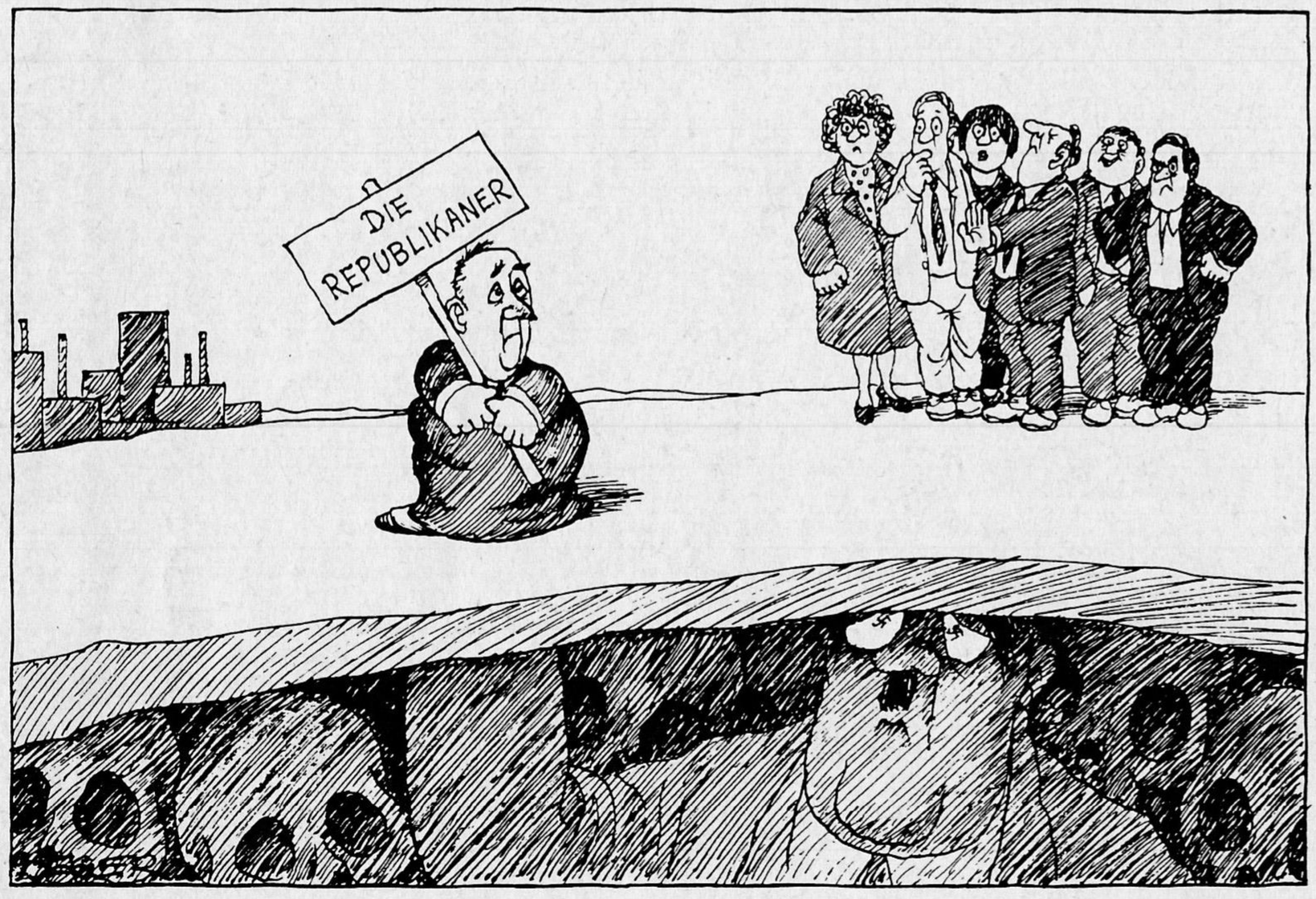
Faschismus in linken Köpfen

Manfred Wieczorek sucht die Grauzone zwischen linkem Alarmismus und der „normalen Pathologie" entwickelter Industriegesellschaften. Er bezieht sich auf einen Artikel von Eike Hennig in der *links* vom Oktober 1993 „Die Rückwirkung der REPs".

Nein, das Vierte Reich steht nicht unmittelbar bevor, die REPs sind nicht die NSDAP, Skins und frustrierte Mittelstandskids, die der „radical middle class chic" ihrer vermeintlich progressiven Eltern bestenfalls anödet, sind weit davon entfernt eine neue SA zu sein oder zu werden.

Wer aber propagiert dies eigentlich? Es gab ein kurzes Aufflackern dieser Argumentationsrichtung im Umfeld der Radikalen Linken, eine entsprechende Debatte in der Zeitschrift »konkret« und eine gewisse „Vorliebe" von Teilen der sog. autonomen Szene für diese Sicht der Dinge. In der Vergangenheit vermochten es diese Teile der Linken bei weitem nicht, die Aufmerksamkeit zu erzeugen, die ihnen nun im Zuge der Antifaschismus-Debatte zukommt.

So ist es in der Tat absurd, wie Arno Klönne in Argument Nr. 200 (S.584f.) feststellt, „»die« Linke mit der offiziell-kommunistischen »Antifa« zu identifizieren oder anzunehmen, der Antifaschismus habe nichts anderes hervorgebracht als die Dimitroff-Formel, SED-Lehrsätze und, heutzutage, die Horrorvision vom »Vierten Reich« als kurz bevorstehender Konsequenz (west-)deutscher Politik." Woher also rührt die Vehemenz, mit der gegen »den« Antifaschismus vorgegangen wird? Andere Formen des linken Alarmismus — sei es die Anti-AKW-Friedensbewegung, die Beschwörung der Klimakatastrophe im Winter 89/90 oder auch das Schreckgespenst des Thatcherismus, das beim Amtsantritt Kohls zur dramatischen Schilderung der Lage bemüht wurde, wurden längst nicht so heftig attackiert wie »der« Antifaschismus. Dies hat eine Ursache in dem von Eike Hennig beschriebenen wertpolitischen Paradigmenwechsel, der auch vor der (etablierten) Linken nicht Halt macht. War man bei den o.g. Formen des linken Alarmismus, je nach politischer Herkunft, noch mehr oder minder hemmungslos dabei, mündet dies heute entweder in einer gewissen Hilflosigkeit, da der Abnutzungseffekt einer solchen Form der Politik halt beträchtlich ist (es kann ja nicht stets von neuem „5 vor 12" sein), oder aber diese Art Politik zu machen gilt als schlicht überwunden, da es nun gelte, Politik zu gestalten.



Gerade weil ich der Kernthese, die sich durch Eike Hennigs Beitrag zieht („Die Transformation vollzieht sich formaldemokratisch als wertpolitscher Paradigmenwechsel." / „Rechtsextremismus und fremdenfeindliche Morde selbst sind bezogen auf das demokratische System ... weniger die Gefahr, als vielmehr deren Verarbeitung durch das System von Politik und Parteien."), zustimme, möchte ich daran festhalten, daß, „nach den Erfahrungen mit dem historischen Faschismus, die Analyse von Entwicklungen aus der Perspektive ihrer Faschismusträchtigkeit legitim und sachlich geboten [ist]" (Eike Hennig 1988: Zum Historikerstreit. Was heißt und zu welchem Ende studiert man Faschismus, Frankfurt a.M.: 182).

Ich halte dies für eine Herangehensweise, die der rückwärtsgewandten Beschwörungsformel vom drohenden Vierten Reich, aber auch denen widerspricht, in deren Bewer-

tung ein Potential von über 10 % rechtsextremer Wählerschaft eine »normale Pathologie« nicht nur der deutschen Gesellschaft ist. Wo aber sind die Grenzen der Normalität dieser »normalen Pathologie«? „Die Begriffe »Faschismus« und »Neo-Faschismus« (und auch »faschistoid« würde)" Wolfgang Kowalsky (Argument 200: 571), „allerdings für eine soziopolitische Situation reservieren wollen, in der die Gefahr besteht, daß es den rechtsextremen Kräften gelingt, die Macht zu erlangen, gesellschaftsverändernd tätig zu werden im Sinne der (Re-)Konstitution eines antidemokratischen Systems vom Typus des historischen Faschismus." Faschisten sind also erst dann Faschisten, wenn sie die Macht erlangt haben, vorher sind es Rechtsextreme. Als solche wiederum sind sie nichts weiter als Ausdruck „einer in hochentwickelten westlichen Industriegesellschaften »normalen« zeitweiligen Etablierung einer politischen Kraft, die auf dem Links-Rechts-Schema rechtsaußen von den traditionellen bürgerlichen Kräften anzusiedeln ist." (ebd.)

Diese Unterscheidung ist von eminenter Wichtigkeit, denn unterläßt man sie, würde man „einen etwaigen Bruch, den Augenblick des Übergangs von einem Normalfall hochentwickelter Industriegesellschaften zu einer Bedrohung des zivilgesellschaftlich-demokratischen Kerns dieser Gesellschaft durch eine faschistische Gefahr, unkenntlich machen" (ebd.: 572).

Wenn es aber so ist, und wer würde dies ernsthaft bestreiten wollen, daß sich in dem von Eike Hennig beschriebenen Zirkel „das thematische und semantische Zentrum der BRD vor allem seit 1991 nach 'rechts' (verschiebt)", dann verschieben sich damit auch die Grenzen dessen, was der Normalität entspricht und was nicht.

Nicht die Situation des Bruchs, der flüchtige, wenngleich auch entscheidende Augenblick des Übergangs muß die Grundlage der Analyse sein, sondern die Entwicklung hin zu dieser Situation. Ein Vergleich der jetzigen politischen Situation der BRD mit der Situation unmittelbar vor der Machtübergabe an Hitler oder gar mit dem Faschismus an der Macht ist grotesk, gar keine Frage! Vielmehr muß es darum gehen, den Ort in der Entwicklung der Weimarer Republik zu bestimmen und zu analysieren, der den Aufstieg des Nationalsozialismus ermöglichte. Ebenso gilt es, den gegenwärtigen soziopolitischen Zustand der BRD ohne Über-, aber auch ohne Untertreibungen zu bestimmen. Erst wenn man diese beiden Schritte geleistet hat, ist die m.E. adäquate Grundlage eines Vergleichs benannt. Hierzu ist Hennigs Beitrag in der *links* sicherlich ein Schritt in die richtige Richtung. Ich finde aber, daß auch er in einzelnen Passagen die falschen Parallelen zum Vergleich heranzieht, die dann natürlich keine Parallelen mehr sind, sondern die Unterschiedlichkeit betonen. So schreibt Eike Hennig z.B.: „Anders als **im historischen Faschismus** kommt es aber zu keiner politischen Arbeitsteilung von Mob, faschistischer Oligarchie und Eliten." (Herv. von mir.)

Durch den falsch gewählten historischen Zeitpunkt ist die Grundlage des Vergleichs die bewußte, geplante, personell und in Geldsummen exakt zu bestimmende Arbeitsteilung. Diese Argumentation bezieht sich mehr oder minder explizit auf die Richtung innerhalb des weiten Felds der Theorien, die eben gemeinhin »den« Antifaschismus begründet und den Zusammenhang zwischen Faschismus und Kapitalismus zu ergründen versucht, indem permanent Beweise für direkte personale oder institutionelle Interventionen »des Kapitals« und »der Eliten« geliefert werden.

Unmittelbar vor dem obigen Zitat, sowie in weiteren Abschnitten des Beitrags, skizziert Eike Hennig aber eine „Arbeitsteilung", ein Zusammenwirken verschiedener Momente und Faktoren, die eines koordinierenden Zentrums nicht bedürfen.

Ich fände es auf jeden Fall spannender, die Argumentation im oben skizzierten Sinne auch auf die Entwicklung der Weimarer Republik anzuwenden, als sich immer wieder von »dem« alten antifaschistischen Argumentationsmuster, dessen Gültigkeit für die Erklärung des Faschismus merkwürdigerweise kaum in Frage gestellt wird, zu distanzieren. Der Beitrag von Eike Hennig steht mit Erfolg aus den oben genannten Gründen leider auch in der Gefahr, im gegenwärtigen Kontext der Debatte von der falschen Seite Beifall zu erhalten. Nämlich von jenen, die es verstehen, im Spannungsfeld zwischen schwarz und weiß (hier »der« strenggläubige Antifaschismus, dort die verharmlosende Argumentation „Alles nicht so schlimm, weil normal.") die herausgearbeiteten Graustufen seines Beitrags zu verwischen, indem sie geschickt aus dem formaldemokratischen Verlauf der Transformation auch auf die Inhalte schließen.

Ein letzter, abschließender Satz noch zum Stellenwert der REPs. Die Feststellung, daß „bei nur 1 % NPD-Sympathisanten... 1979/80 die 13 % mit einem geschlossenen rechtsradikalen Weltbild der SINUS-Studie nichts bewegt (haben)" und dem daran anschließenden Bezug auf die REPs erweckt den Eindruck, als wäre es deren Organisationsstruktur, ihre vergleichsweise „moderate" Argumentation nebst dem dazu gehörigen Erscheinungsbild, die in ihrer Gesamtheit ihre Wählbarkeit ausmachen. Langfristig können diese Unterschiede im Vergleich zu anderen rechtsextremen Parteien, die ja allerdings auch bei Wahlen erfolgreich waren (NPD und DVU), dazu führen, daß sich die REPs als Wahlpartei im rechtsextremen Spektrum durchsetzen. Die Wahlerfolge sind so aber nur zum Teil zu erklären. In diesem Zusammenhang wäre es spannend, den in Frankfurt erfolgten „Austausch" der NPD-Fraktion durch die REPs genauer zu analysieren. ●

Es wird Zeit, daß sie rauskommen!

Knut Folkerts wurde am 22. September 1977 in Utrecht/Niederlande nach einem Schußwechsel verhaftet, damals war er 25 Jahre alt und Mitglied der RAF. Im Oktober 78 wurde er an die BRD ausgeliefert, wo er zunächst in eine Bunkerzelle in Stadelheim kommt. Von Januar 79 bis März 80 ist er in Straubing ebenfalls isoliert. Danach in Stammheim, 7. Stock, wieder abgeschottet. Im Juli 80 erfolgt das Urteil: lebenslängliche Haft wegen der Beteiligung am Attentat auf den damaligen Bundesanwalt Buback und seine Begleiter in Karlsruhe. Im September 81 wird er nach Celle geflogen und dort im neuen Hochsicherheitstrakt weggeschlossen. Einer der vielen Hungerstreiks für bessere Haftbedingungen war im Dezember 84. Nach 56 Tagen fällt Knut ins Koma und wird in die Medizinische Hochschule Hannover eingeliefert. Dort wird er zwischen Leben und Tod festgehalten (die „Koma-Lösung"), bewacht von tausend Polizisten und Grenzschützern. Seit April 86 besteht die Kleingruppe in Celle aus Lutz Taufer, Karl-Heinz Dellwo und Knut.

Das ist in Kurzform die Geschichte, die überall nachzulesen ist – weggelassen sind auch die Folgen der Isolation, die Schikanen, die Zensur – alles bekannt.

Ich kenne Knut seit 68/69, damals noch nebeneinander bei Demos gegen die Notstandsgesetze oder Kiesinger-Auftritt in Karlsruhe. Später sind wir getrennte Wege gegangen. Seit ein paar Jahren sitzen wir nebeneinander – beim Besuch. Ich habe gelernt, wie jemand überleben kann in diesem Knast-System, sich interessiert für die Befreiungsbewegungen in Lateinamerika, Afrika und Asien; welche Gedanken Knut sich macht beim reduzierten Studium der Gegenwart: des Zustands in diesem Land, der sozialen und gesellschaftlichen Situation. Selten in meinem Leben hat mich ein Mensch so ausgefragt, nach meinem Handeln, meinen Wahrnehmungen, nach den Frauen, Männern und Kindern, mit denen ich zu tun habe.

Es gibt noch vieles, wofür es sich zu kämpfen lohnt – vielleicht wieder auf verschiedenen Wegen – aber jedenfalls außerhalb der Gefängnis-Mauern.

gm

DIE REDAKTION

Bürgerkrieg in Mexiko

Die Besetzung mehrerer Städte und Ortschaften im mexikanischen Bundesstaat Chiapas durch die Guerilleros des „Ejercito Zapatista de Liberation National" (EZLN) am 1. Januar hat einen schon lange anhaltenden sozialen und politischen Konflikt in das Licht der Weltöffentlichkeit gerückt. Lokale Aufstände, bewaffnete Auseinandersetzungen und politische Morde, ein Klima permanenter Unterdrückung und Gewalt durchziehen seit vielen Jahrzehnten den Alltag vor allem in den ärmeren Regionen Mexikos, nicht nur in Chiapas. Sie sind Bestandteil einer gesellschaftlichen Realität, die durch wachsende Armut und Verelendung insbesondere der indianischen Landbevölkerung gekennzeichnet ist. Mexiko galt im hiesigen offiziellen Verständnis als Modell für eine erfolgreiche neoliberale Strukturanpassungspolitik und für eine demokratische Entwicklung nach westlichem Muster. Der zum 1.1.1994 erfolgte Beitritt zur nordamerikanischen Freihandelszone (NAFTA) erschien als Resultat und Bestätigung dieses Erfolgsmodells. Unterschlagen wurden dabei die katastrophalen Folgen der Strukturanpassungspolitik vor allem für die Landbevölkerung, die durch die Folgen des NAFTA-Abkommens von endgültiger ökonomischer und sozialer Marginalisierung bedroht ist. Nicht zuletzt werden nun die letzten Restbestände der in der Revolution durchgesetzen Landreform anulliert.

Durchgesetzt wird die Strukturanpassung von einem faktischen Einparteienregime, das sich durch ein kompliziertes Geflecht von Unterdrückung, Korruption, Klientelismus, Manipulation und Wahlfälschung an der Macht hält. Der noch amtierende Präsident Salinas de Gortari unternahm zwar Anstrengungen, dieses Regime z.B. durch die Tolerierung von Oppositionsparteien zu modernisieren, hat aber an seinen Grundstrukturen nichts geändert. Charakteristisch für die modernisierte Machttechnik ist das von ihm geschaffene PRONASOL (Nationales Solidaritätsprogramm). Mit ihm soll die neoliberale Strukturanpassungspolitik und der damit verbundene Abbau formeller „sozialstaatlicher" Strukturen sozial abgefedert werden. Ein zentraler, von der Regierung(spartei) kontrollierter Fonds dient zur Unterstützung von Selbsthilfeprojekten und Infrastrukturmaßnahmen auf lokaler Ebene. Faktisch ist das Programm ein effizientes Mittel zur Stabilisierung des Klientels der herrschenden Partei und zur Befriedung aktueller sozialer Konfliktherde. Ihre angeschlagene Legitimität (Salinas Sieg bei den letzten Präsidentenwahlen ist höchstwahrscheinlich durch Wahlfälschung zustandegekommen) konnte nicht zuletzt mit PRONASOL wieder stabilisiert werden. An den ökonomischen und sozialen Strukturen des Landes hat es nichts geändert.

Mexiko ist ein Land, in dem „das Volk" sich nur dann wirkliches politisches Gehör verschaffen kann, wenn es zu den Waffen greift. Und es ist ein Land, das nicht nur durch zunehmende soziale Ungleichheit und die Verelendung großer Teile der Bevölkerung, sondern auch durch einen selbst im normalen Alltag manifesten Rassismus gekennzeichnet ist. Zwischen der städtischen Mittel- und Oberschicht, den Marginalisierten in den wachsenden Slums und der Landbevölkerung, vor allem der indianischen, gibt es kaum politische und kulturelle Verbindungen. Dies erklärt auch, weshalb die sich selbst mehrheitlich als „links" begreifende politische Intelligenz, die in der Öffentlichkeit des Landes eine wichtige Rolle spielt, von der Revolte nicht weniger überrascht wurde als der Rest der Welt.

Überrascht war in Mexiko auch die stärkste Oppositionspartei PRD (Partido para la Revolución Democratica) von Cárdenas, die paradoxerweise bei den nächsten Wahlen von

Chiapas

Der südlichste Staat Mexikos ist eine der bemerkenswertesten Touristenattraktionen in Mittelamerika, sowohl in landschaftlicher als auch kultureller Hinsicht. Die Maya-Ruinen von Palenque zum Beispiel zieren ungezählte Bildbände und Reiseprospekte. Was den TouristInnen nicht gleich oder bestenfalls als exotischer Zierart auffällt: Der dünn besiedelte Staat hat etwas über 3,2 Millionen Einwohner. Ein Viertel davon spricht eine indianische Sprache, davon ein Drittel ausschließlich. Mangels irgendeiner Art öffentlicher Arbeitslosenunterstützung ist die gemeldete Arbeitslosenrate minimal, aber das Einkommen von über der Hälfte der Einwohner liegt beim oder unter dem staatlich festgesetzten Mindesteinkommen von umgerechnet etwa 6 DM pro Tag (bei vergleichbarer Kaufkraft) — reicht also zum Leben nicht aus. Ein Drittel der Gemeinden ist immer noch ohne Elektrizität, der Analphabetismus beträgt 30 Prozent, etwa 80 Prozent der Menschen lebt auf dem platten Erdboden. Ein Arzt oder eine Ärztin kommt auf 1500 Einwohner. Unterernährung und Infektionen (Darmerkrankungen, Tuberkulose, Cholera) sind die hauptsächlichen Todesursachen, insbesondere unter der indianischen Bevölkerung.

Zapatistas in San Cristóbal

den Aufständen profitieren könnte. Oktavio Paz meint heute, der Aufstand der Indios schade dem guten Ruf des korrupten Regimes der ,,institutionalisierten Revolution". Carlos Fuentes dagegen denunzierte den brutalen Militäreinsatz. Die taz (19.1.1994) entblödete sich nicht, Mario Vargas Llosa kommentieren zu lassen, der von ,,Zivilgesellschaft" flötete angesichts der trostlosen Zustände auf dem ganzen Subkontinent. Dazu paßt, daß er Kuba demagogisch auf ,,Skorbut und Wurzel-und Pflanzen-Diät" reduziert.

Die Frage, was das alles mit uns zu tun hat, läßt sich schnell beantworten. Für die deutsche Industrie und Finanz ist Mexiko das bevorzugte Einfallstor zum nordamerikanischen Teil der sich herausbildenden globalen „Triade". Dort werden steigende Investitionen getätigt, deren Rentabilität vom Erfolg der Strukturanpassung und vom Funktionieren des Freihandelsabkommens abhängt. Zu den bedeutenderen Investoren zählt die ganze Creme der deutschen Industrie, von VW und Mercedes bis zu Bayer und Hoechst. Nicht nur die Nordamerikaner haben im „Reformer" Salinas de Gortari einen ausgezeichneten Kooperationspartner gefunden.

Man muß davon ausgehen, daß die Revolte der Zapatistas diese Entwicklung kaum wird aufhalten können. Zunächst einmal war sie, wie nicht nur in Mexiko üblich, Anlaß zu einem blutigen Massaker der Militärs vor allem an der Zivilbevölkerung, von Bombardements auf die Dörfer und Städte der Region und von Massenexekutionen bislang noch kaum überschaubaren Ausmaßes. Die Erinnerung an 1968, wo in Mexico-Stadt mehrere hundert Menschen starben, als das Militär eine Studentendemonstration zusammenschoß, wurde wieder lebendig.

Ob der Aufstand geeignet ist, die indigene Bevölkerung aus Entrechtung, roher Unterdrückung und menschlicher Entwürdigung zu befreien, ist zu bezweifeln. Gegen die Panzer und Flugzeuge der Armee ist mit einigen Handfeuerwaffen und Macheten kaum anzukommen und ob durch die Revolte eine weitergehende politische Entwicklung angestoßen werden kann, ist sehr fraglich. Wahrscheinlicher ist, daß es der Regierung mit internationaler Unterstützung gelingt, durch Gewalt und einige kosmetische Konzessionen den Vorfall wieder unter den Teppich zu kehren. Trotzdem wird, wie auch 1968, Mexiko nach den Januartagen dieses Jahres ein anderes Land sein. Die innenpolitischen Folgen, nicht zuletzt für die im Sommer anstehenden Präsidentschaftswahlen, lassen sich noch gar nicht abschätzen. Bleibt die Erkenntnis, daß das neoliberale Versprechen, Wohlstand und Demokratie ließe sich auf die globale Entfesselung der kapitalistischen Marktkräfte gründen, nun auch in diesem Teil der Welt offen und gewaltsam dementiert worden ist. ●

Viva Zapata

Der mexikanische Volksheld wurde durch den Film „Es lebe Zapata" (1952) von Elia Kazan mit Marlon Brando in der Hauptrolle zum weltweit bekannten Mythos. Emiliano Zapata und sein Schlachtruf „Land und Freiheit!" haben im Bundesstaat Chiapas im Süden Mexikos erneut Tausende von Bauern, die sich als Erben von Zapatas Armee zur nationalen Befreiung verstehen, mobilisiert.

1883 in bescheidene indianische Verhältnisse hineingeboren und deshalb fast ohne Bildung geblieben, wurde Emiliano Zapata dennoch eine der Schlüsselfiguren der Revolution am Anfang dieses Jahrhunderts und einer der wichtigsten Vorkämpfer für die Agrarreform. 1909 organisierte er in Ayala eine Gruppe von Guerillakämpfern, die den Großgrundbesitzern zu schaffen machten. Ein Jahr später vereinigte sich die Gruppe mit der Revolution, die Francisco Madero in Zentral- und Südmexiko ausgerufen hatte — besonders wirksam in der Provinz Morelos. Als Madero schließlich zum Präsidenten gewählt worden war, akzeptierte Zapata dessen Präsidentschaft nicht und beschuldigte ihn, die Agrarreform zu hintertreiben.

Nach einigen Jahren stürmischer Unruhen in Mexiko wurde Madero gestürzt. Als General Victoriano Huerta an die Macht kam, nahm Zapata den Kampf für die Agrarreform in der Provinz Morelos wieder auf. 1914 überführten die Bauern alles Land in dieser Provinz in kommunalen Besitz.

Später verbündete sich Zapata mit Pancho Villa, einem anderen fast mythischen revolutionären Caudillo, und zusammen traten sie mit dem Pakt von Aguas Calientes für die notwendige Agrarreform ein. Zapata und Villa drangen mit ihren Truppen am 6.12.1914 in Mexiko-City ein und zwangen den Präsidenten Venustiano Carranza zur Flucht nach Veracruz. Das revolutionäre Bündnis hielt jedoch nicht lange, und die Anhänger der beiden Flügel bekämpften sich bald gegenseitig, was Carranza dazu benützte, die Macht wieder an sich zu reißen.

Zapata stärkte seine Position in Morelos, wo er die Agrarreform verwirklichte, indem er die großen Latifundien beschlagnahmte und das Land unter seine Anhänger verteilte. Trotzdem konnte er die Entstehung von Banditentum unter seinen Gefolgsleuten nicht verhindern. Das revolutionäre Programm Zapatas verlangte soziale Gleichheit für die Indios, soziale Verbesserungen für das städtische Proletariat, die Kommunalisierung des Bodens und die Schaffung eines Schulsystems sowie anderer öffentliche Dienste. 1919 befahl General Pablo Gonzàlez, der mit der Unterdrückung der revolutionären Bewegung beauftragt war, die Erschießung von Zapata, nachdem dieser am 10.4.1919 in Chinameca (Morelos) in einen Hinterhalt geraten war.

Die Bewegung Zapatas lebte noch einige Jahre weiter und rekrutierte ihre Anhänger vornehmlich aus Indios in Zentral- und Südmexiko. 1940 wurde die Bewegung Zapatas wiederbelebt mit der Gründung der Einheitsfront von Morelos (Frente Unido de Morelos), die sich bis in die 50er Jahre einigermaßen halten konnte. Mit der Institutionalisierung der mexikanischen Revolution verblaßten die Erinnerungen an Zapata bis zu den Aufständen seit Neujahr in Chiapas.

aus: El Pais, 3. Jan. 94
Übersetzung: Ludi Lodovico

LUIS JAVIER GARRIDO

Von Widerstand und Würde

Der bewaffnete Aufstand hat alle überrascht, und zwar nicht nur weil er in der jüngeren Geschichte des Landes ohnegleichen ist. Die in den Städten lebenden Mexikaner haben sich bislang systematisch geweigert, diese andere Seite ihres Landes überhaupt wahrzunehmen. Im Gegenteil, sie haben deren Existenz regelrecht geleugnet. Die Bilder, die am 1. Januar auf den Fernsehschirmen zu sehen waren, haben viele Teile der mexikanischen Gesellschaft in Bewegung gebracht.

Die Regierung versuchte nervös, die wirklichen Geschehnisse zu verschleiern, um nicht schon wieder der Kritik der internationalen Öffentlichkeit ausgesetzt zu werden. Aber es läßt sich nichts mehr vertuschen. Wir haben es mit einem bewaffneten Aufstand der indigenen Landbevölkerung zu tun, die ihre elementaren Rechte einklagt. So wurden sie denn auch von vielen Medien als die „Erhabenen“ oder die „Sich-Erhebenden“ bezeichnet, womit deutlich werden sollte, daß es sich nicht länger um die „Gebeugten“ handelt, wie sie im 19. Jahrhundert genannt zu werden pflegten. Die mexikanischen Gouverneure erwarten auch heute noch eine „gebeugte“ Haltung der Landbevölkerung, die mit Gewalt und Repression regiert wird. So bezeichneten sie denn die Aufständischen als „Übertreter“ nicht nur des Gesetzes, sondern auch der traditionellen Unterwerfungshaltung. Im Staat Chiapas wird die Rechtsordnung nicht durch die Aufständischen bedroht. Die mexikanische Regierungspolitik gegenüber der indianischen Bevölkerung, insbesondere die der Regierung Salinas, bestand vor allen Dingen darin, die soziale Ungerechtigkeit immer weiter voranzutreiben. Unterstützt wurde eine kleine Gruppe von Landbesitzern, Kaffeepflanzern und Holzhändlern. Für sie wurde das Gesetz nach Belieben immer wieder gebrochen, die Politik orientierte sich am Interesse der Besitzenden. Die indigenen Völker verfügen dagegen faktisch nicht einmal über die Mindestrechte, die die Verfassung garantiert. Darin liegt die Ursache für den gegenwärtigen Aufstand. Für

Seit dem ersten Tag diesen Jahres verteidigen die indigenen Bewohner von Chiapas ihr Recht auf Überleben gegen die Regierung Carlos Salinas de Gortari und deren räuberische Politik. Diese Rebellion stellt zweifelsohne einen historischen Moment in der Geschichte Mexikos dar.

die Tzeltala von Altamirano, Ocosingo und Oxchuc, die Tzotzilen von San Cristobal, die Lacandonen von Lacanjá, die Tojolabala von Altamirano und Las Margaritas wie auch alle anderen indigenen Völker ist die Grenze dieser Politik des Genozids erreicht. Vor die Wahl gestellt, entweder in die USA zu fliehen oder resignierend zu sterben, haben sie sich zum bewaffneten Aufstand entschlossen. Als die Familie des (gefangengenommenen, d. Red.) ehemaligen Gouverneurs Castellanos darum bat, ihn mit Würde zu behandeln, hatte sie wohl vergessen, daß sie die Würde der Einwohner von Chiapas nie respektiert hatte. So ist es denn auch kein Zufall, daß die Guerilla bei der Eroberung von San Cristobal zuerst die Insassen des städtischen Gefängnisses befreite: indigene Landbewohner, die völlig zu Unrecht eingesperrt waren.

Selbst unter Berücksichtigung der Tatsache, daß es sich bei dem Aufstand um eine völlig neue Herausforderung handelte, haben die Regierenden eine unglaubliche politische Inkompetenz bewiesen. Statt auch nur den Versuch zu machen, zu verstehen, was sich da abspielte, haben sie die Rebellion als persönlichen Affront aufgefaßt und mit der ganzen ihnen zur Verfügung stehenden Gewalt reagiert. Das wird Folgen für das ganze Land haben, und zwar nicht nur wegen der grausamen Brutalität, mit der der Süden Mexikos bedroht wurde. Vielmehr noch hat diese auf Gewalt fußende Politik geradezu unüberwindliche Hindernisse für eine Lösung des Problems geschaffen. Während die Regierung vorgab, an einem Dialog interessiert zu sein, gab sie den Befehl zur „militärischen Lösung“ des Konfliktes. Begleitet von einer ihrer Propagandakampagnen zur Desinformation der Bevölkerung schickte sie den blanken Horror nach Chiapas. Wie gewöhnlich reagierte die Regierung auf zwei Ebenen, der der Gewalt und der der Propaganda. Wieder einmal wurde die mexikanische Armee in Übertretung der Verfassung von den Zivilisten dazu benutzt, ihre Politik zu unterstützen. Gleichzeitig wurden entsprechende Propagandamaßnahmen durchgeführt. Wie nicht anders zu erwarten, gestaltete sich die Desinformationskampagne, die die Regierung betrieb, um die internationale Presse davon zu überzeugen, daß sie gegen den Einsatz von Gewalt sei, wenig überzeugend. Sie wurde wie bereits zu anderen Anlässen mit Hilfe der von der Regierung bezahlten Medien und Intellektuellen durchgeführt. Wenn denn diese unisono behaupten, die „Gewalt“ sei nicht der richtige Weg zu Veränderungen, so sagt das zunächst einmal gar nichts. Während ihrer jetzt fünfjährigen Amtszeit hat die Regierung Salinas Chiapas alleine mit Gewalt beherrscht. Die Reaktionen der Bevölkerung darauf wußte die Regierung so zu instrumentalisieren, daß sie nur einem Zweck diente, nämlich dem, die Regierung von jeglicher Verantwortung freizusprechen. Und dazu hat sie sich der Medien bedient. Die tatsächlichen Ereignisse jedoch strafen die

Regierungspropaganda Lügen. In den vergangenen Jahren haben die Verantwortlichen systematisch die Grundrechte der Landbevölkerung verletzt. Americas Watch, Amnesty International und andere Organisationen haben immer wieder darauf hingewiesen, daß in Chiapas Menschen ermordet, willkürliche Verhaftungen vorgenommen und Prozesse manipuliert wurden. Darüber hinaus hat man der Landbevölkerung das Recht auf Gesundheit, auf Wohnungen und auf Arbeit verweigert. Jetzt wird diese Repression auf brutalste Weise und mit jeder denkbaren Willkür weitergeführt. In der entscheidenden Phase des Kampfes um Ocosingo (3.-5. Januar) haben die Truppen eine Vielzahl von Verbrechen begangen: Gewalt gegen die Zivilbevölkerung und Massenerschießungen von Gefangenen. In San Cristobal wie in Ocosingo wurden Wohngebiete bombadiert, was seit den 30er Jahren in diesem Lande nicht mehr vorgekommen ist. Außerdem schossen sie auf Journalisten. Da die Medien in ihrer freien Berichterstattung behindert wurden, gab es keine andere Wahrheit mehr als die der offiziellen Bulletins. Die Regierung hat sich gegenüber der Guerilla genauso verhalten wie die Militärdiktaturen auf dem lateinamerikanischen Kontinent.

Kurz gesagt, bei dem Fall Chiapas handelt es sich um den Fall Mexiko. Es gibt keine „militärische Lösung". Diese würde höchstens dazu führen, die Situation weiter zu polarisieren und den Konflikt zu verschärfen. Auch eine „soziale Lösung" wäre unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht möglich. Denn die Gaben von Pronasol (Programa Nacional de Solidaridad) und des Militärs werden weder die sozialen und politischen Strukturen verändern noch tragen sie dazu bei, das Geschehene vergessen zu machen. Die Erfahrung von 500 Jahren Ausbeutung, die auch die gegenwärtige Regierung weiterbetreibt, zeigt, daß Pronasol nicht dazu dient das System zu verändern, sondern es im Gegenteil noch weiter bestärkt. Folglich gibt es nur eine Lösung für Chiapas und ganz Mexiko, nämlich eine politische. Das würde bedeuten, daß die Regierung mit den Aufständischen verhandeln müßte. Schließlich geht es hier nicht um Probleme einer kleinen Gruppe, sondern um Probleme des ganzen Volkes.

Die Regierung von Carlos Salinas de Gortari endet in einem Blutbad. Sie hat Mexiko in eine Situation gebracht wie es sie seit einem halben Jahrhundert nicht gegeben hat: Tausende indigener LandbewohnerInnen sterben an Hunger und heilbaren Krankheiten; zig Journalisten und mehr als 200 militante Oppositionelle wurden umgebracht; Hunderttausende von MexikanerInnen fliehen, um woanders überleben zu können; und jetzt werden die Menschen in Chiapas von der Armee niedergemetzelt. Für Mexiko endet dieses Jahrhundert genauso wie das letzte. Die Forderung nach Demokratie und Gerechtigkeit muß gegen eine illegitime Regierung durchgesetzt werden, die sich weigert, die Realität zu sehen und die man erst gefügig machen muß, um eine politische Ordnung herzustellen, die auf Recht und Demokratie beruht. Der Aufstand der indigenen Völker ist eine Lektion in Würde für alle MexikanerInnen. Sie haben das getan, was viele sich nicht getrauen. Sie haben sich erhoben und ihre Rechte gefordert. Aus der Asche ihrer Dörfer muß die Wende zur Demokratie erwachsen. Dafür sind wir alle verantwortlich. ●

Dieser Kommentar erschien am 7. Januar 1994 in der mexikanischen Zeitung „La Jornada". Übertragung ins Deutsche Eva-Maria Krampe.

Erklärung des Commandante Marcos vom 1.1.94 in San Cristobal de Las Casas

„Dies ist eine Umsturzbewegung. Unser Ziel ist die Lösung der Hauptprobleme unseres Landes, die zwangsläufig mit den Problemen von Freiheit und Demokratie verbunden sind. Deswegen denken wir, daß die Regierung von Salinas de Gortari eine illegitime Regierung ist, die nur zu illegitimen Wahlen aufrufen kann. Die einzige Lösung ist ein Apell an alle Bürger (des Landes) und an beide Kammern des Parlaments, ihre patriotische Pflicht zu erfüllen und Salinas Gortari und sein gesamtes Kabinett ihrer Ämter zu entheben und eine Übergangsregierung zu bilden. Und daß diese Übergangsregierung Wahlen ausschreibt, die diesmal wirklich allen Parteien gleiche Chancen garantieren.

Auf dieser Grundlage könnte man, so sagen die compañeros, weitere Forderungen verhandeln: Brot, Wohnung, Gesundheit, Erziehung, Land, Gerechtigkeit, also viele Probleme, die im indigenen (Lebens-) Bereich sehr gravierend sind. Auf der Grundlage dieser Forderungen nach Freiheit und Demokratie rufen wir die gesamte Mexikanische Republik, alle gesellschaftlichen Schichten auf, (an diesem Prozeß) teilzunehmen; nicht notwendigerweise mit den Waffen, sondern mit den jeweils zur Verfügung stehenden Mitteln.

Wir waren all die Jahre isoliert, und während im ganzen Rest der Welt Aufstände gegen Diktaturen oder sogenannte Diktaturen entstanden, die alle für gerechtfertigt hielten, wurden in diesem Land diktatorische Maßnahmen getroffen, zu denen niemand irgendetwas sagte. Wir denken, es wird international Übereinstimmung darüber bestehen, daß die einzigen, die noch fehlten, die Mexikaner waren. Sie haben die absurde Diktatur einer einzigen Partei durchlitten, und jetzt die einer einzigen Person: Carlos Salinas de Gortari, mittlerweile vertreten durch Luis Donald Colosio. Ich denke, daß international begriffen werden wird, daß eine Bewegung mit so reinen Forderungen (wie die oben genannten) eine logische Erscheinung ist.

Es gibt in der Bewegung der Zapatistischen Nationalen Befreiungsarmee keine genau definierte Ideologie im Sinne von kommunistisch oder marxistisch-leninistisch. Es gibt eher einen gemeinsamen Verknüpfungspunkt, in dem die großen nationalen Probleme aller Gesellschaftsschichten ihren Brennpunkt finden: den Mangel an Freiheit und Demokratie.

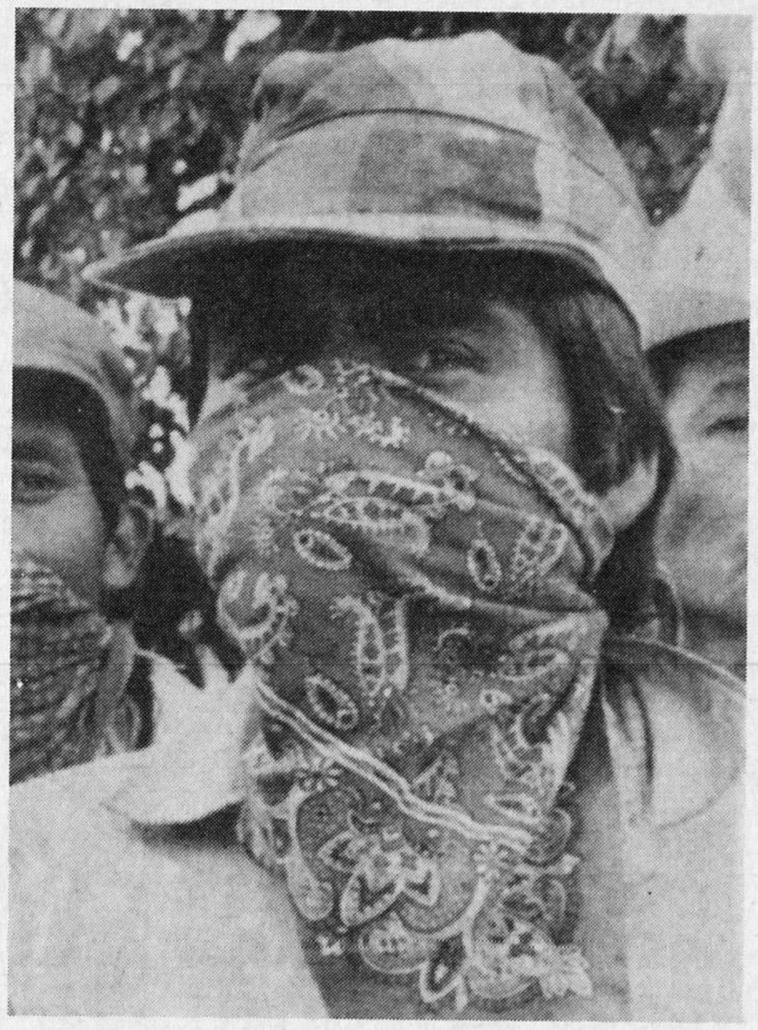
In diesem Fall sieht diese gesellschaftliche Gruppe alle anderen Möglichkeiten erschöpft: den legalen Kampf, den offenen Kampf, die wirtschaftlichen Entwicklungsprojekte, den Kampf von Sedesol. Deswegen folgt sie dem letztendlich einzig übriggebliebenen Weg, dem bewaffneten Kampf. Im Bestreben aber, eine wirklich nationale und revolutionäre Bewegung zu initiieren, die die beiden Forderungen nach Freiheit und Demokratie verbindet, öffnet sie sich anderen Strömungen und anderen Arten des Kampfes. Auf diese beiden Forderungen kann eine Bewegung bauen, die die wirtschaftlichen und sozialen Probleme jeder Schicht, seien es die der indigenen Bevölkerung oder der Campesinos, der Industriearbeiter, der Lehrer, der Intellektuellen, der kleinen Landbesitzer, der kleinen und mittleren Industrie, wirklich löst.

Die Unterdrückung der indigenen Bevölkerung ist seit vielen Jahren allgegenwärtig. Die Chapaneca-Bevölkerung erleidet 15 000 Tote im Jahr, nur daß diese Toten nicht eines natürlichen Todes sterben. Es ist eine Schande, aber sie sterben infolge eigentlich heilbarer Krankheiten, und das Gesundheitsministerium leugnet es.

Wir erwarten jederzeit die Befehle des Revolutionären Führungskommitees, das allein die Befehle erteilt. Sobald sie die Ziele dieser Besetzung für erreicht halten, werden sie den Rückzug anordnen. Es ist nicht ihr Ziel, hier zu bleiben. Wir wollen die Regierung zu Fall bringen, und man muß sehen, ob es hiermit reicht, oder ob radikalere Aktionen notwendig sind."

(Aus: Proceso Nr. 897 vom 10.1.94
Übersetzung Jan Goldberg

Zeitungssplitter aus »La Jornada«



Guerrillero in Altamirano

Ein Jahr des Kampfes für den Ejército Zapatista: Die Existenz der bewaffneten Gruppe Ejército Zapatista de Liberación Nacional, wie sie sich selbst nennt, wurde im Mai vergangenen Jahres in den Regionen San Cristobal, Ocosingo, Altamirano und Las Margaritas bemerkt, wo es zu verschiedenen Zusammenstößen mit dem mexikanischen Heer kam, obwohl man in Militärkreisen nicht zugab, daß es die Guerilla gab. In einer Verlautbarung des Verteidigungsministeriums vom 31. Mai 1993 heißt es: „In San Cristobal de las Casas stationiertes Militärpersonal wurde von einer Personengruppe, deren Anzahl nicht bekannt ist und die vermutlich illegale Handlungen durchführt, angegriffen."

Für die Aufständischen fing alles vor zehn Jahren in den Bergen an. Dennoch betont das Geheimkomitee des EZLN, das durch Indios aus Tzotziles geleitet wird, daß der weiteste Vorläufer ihres Kampfes sich vor 500 Jahren findet, die spanische Invasion.

Im Jahr 1993 organisierten verschiedene Landarbeiter-Gruppen aus mehreren Regionen des Landes aufsehenerregende Protestbewegungen wegen der problematischen Kreditvergabe der Banken. Diese haben der mexikanischen Landwirtschaft zu schnell Kredite gegeben, die sich später verteuerten und unbezahlbar wurden. Zusammen mit dem Verfall der staatlich festgelegten Garantiepreise, die für die wichtigsten Agrargüter galten, wurde die Situation für Hunderttausende von Menschen auf dem Land hoffnungslos.

Auf der anderen Seite provozierte die Verbitterung auf dem Land wegen der Willkür der Polizei und der Richter Gewaltausbrüche in den Provinzen Guerrero, Michoacán und Morelos — und außerdem in Chiapas. Im Verlauf des Jahres griffen in mindestens vier Dörfern die Menschen zu den Waffen, lynchten Regierungsrepräsentanten, die sich anmaßend und willkürlich verhielten oder erkämpften sich ihr Recht gegenüber den Bösewichten.

Es gibt noch einen anderen Faktor, der die Ungerechtigkeit belegt und das Ambiente für den Aufstand schafft: Den Unmut darüber, daß die indigenen Völker Mexikos ebensowenig wie die Kanadas oder der USA mit einem einzigen Wort im Text des Freihandelsabkommens erwähnt werden. Letzteres wird von den am wenigsten geschützten sozialen Sektoren mit Angst und Mißtrauen gesehen.

In seiner ersten Stellungnahme zu den gewaltförmigen Ereignissen in Chiapas gab der mexikanische Präsident zu, daß es im Land „Mängel und Schwierigkeiten" (carencias y dificultades!) gibt, wobei er betonte, daß kein Platz für Meinungsverschiedenheiten außerhalb der Gesetze sei... Der mexikanische Staatschef betonte, daß das Land nun den geeigneten rechtlichen Rahmen hätte, um Investitionen zu stimulieren, freien Wettbewerb zu fördern, Strukturwandel voranzutreiben und sich erfolgreich den „internationalen Verpflichtungen" (compromisos internacionales) zu stellen, die Mexiko übernahm, um die Lebensbedingungen zu verbessern und den Wohlstand zu erhöhen. Damit nimmt er Bezug auf das Nordamerikanische Freihandelsabkommen, das mit den USA und Kanada abgeschlossen wurde und das zum 1. Januar in Kraft trat. Dieses Abkommen wird sehr scharf von den Guerrilleros des EZLN kritisiert.

Am Markt in Ocosingo

Die EZLN kündigte mit besonderem Nachdruck ein neues Wirtschaftprogramm auf nationaler Ebene an. Das revolutionäre Gesetz forderte die Neuaufteilung der landwirtschaftlichen Besitztümer mit mehr als 100 ha und die sofortige Erhebung einer „Kriegssteuer" in drei Kategorien: 7 Prozent auf die Einkünfte der Kleinbauern, Kaufleute und Händler; 10 Prozent auf die der Selbständigen und progressiv ab 20 Prozent aufwärts für die „Reichsten", d.h. für die Oligarchen und Industriellen.

Zusammenstellung und Übersetzung:
Martha Gutiérrez

Betr.: *links* Nr. 12/93, 1/94

RAF-Debatte

Sicherlich ist es nicht einfach, die Widersprüche, die zur Spaltung der Gefangenen aus der RAF geführt haben, zu verstehen. Zu einfach aber machen es sich Jörg Lauterbach und Jürgen Roth in ihren „Thesen zur RAF-Debatte", wenn sie einfach die Schubladen benutzen, in denen auch der SPIEGEL den Konflikt abgelegt hat. Es gibt weder die *„Hardliner"* und ihr *„Plädoyer für die Fortsetzung des bewaffneten Kampfes"*, noch gibt es bei den Celler Gefangenen die Einschätzung, *„die Metropolengesellschaften hätten sich zivilisiert"*. Hätten sich die Autoren die Mühe gemacht, die Texte der Gefangenen zu lesen, wäre ihnen unschwer entgangen, daß es im Kern um zwei Fragen geht. Zum einen hat die illegale RAF in ihrer Erklärung vom August 1992 eine Debatte um die Geschichte des bewaffneten Kampfes in der BRD eröffnet, zum anderen gehen die Auffassungen in der Gefangenengruppe darüber auseinander, welche Konsequenzen aus den gravierenden Veränderungen spätestens seit Ende der 80er Jahre zu ziehen sind.

Zur Geschichtsdebatte nur so viel: Der Vorwurf an die Celler, sie wollten die RAF „abwickeln", hat jenseits aller „Verschwörungs-Theorien" hier seinen Hintergrund. Kritisiert wird von der Gefangenengruppe um Brigitte Mohnhaupt, die Celler und die Illegalen entwickelten eine *„eindimensionale Sichtweise, die nur unsere Fehler und Schwächen sehen will"* (Heidi Schulz). Dies führe zur Negation all dessen, was erkämpft worden sei. Die Texte von Karl-Heinz Dellwo und Lutz Taufer (z.B. in der neuesten Ausgabe der ARRANCA) verfolgen allerdings eine ganz andere Intention. Wenn sie die Entgrenzungen und Militarisierungstendenzen in den Aktionen der RAF benennen, so nicht, um den bewaffneten Kampf zu diskreditieren. Sie betreiben die Durcharbeitung der Geschichte der RAF unter dem Gesichtspunkt, was eine sich neu konstituierende revolutionäre Metropolenlinke aus dieser Kampfphase lernen kann, aus den Stärken und den Schwächen. Karl-Heinz Dellwo hat die Gefangenen, die diese Herangehensweise nur als *„Abwicklung"* sehen wollen, dahingehend kritisiert, es bleibe ihnen offenbar ein Paradox, das Konzept Stadtguerilla aufzuheben und den Bruch zu halten, aus dem der bewaffnete Kampf — wenn auch gewiß in anderer Gestalt und auf einer anderen Bestimmung — früher oder später wiederkehren wird. (taz, 29.10.1993)

Gravierender allerdings ist das Mißverständnis der links-Autoren, was die politischen Perspektivvorstellungen der beiden Gefangenengruppen betrifft. Zum einen gibt es in der Gruppe um Brigitte Mohnhaupt sehr unterschiedliche Vorstellungen, so daß keineswegs ausgemacht ist, daß die „Avantgarde-Vorstellungen" , wie sie Christian Klar vertritt *(„Politik der bewußten Minderheit")*, von den anderen Gefangenen geteilt werden. Bei den Illegalen und bei den Cellern allerdings ist deutlich geworden, daß sie diese im „Front-Konzept" der 80er Jahre verhaftetete Vorstellung nicht teilen. Lutz Taufer hat die Unterschiede in seinem Aufsatz *„Gesellschaft oder Ghetto"* pointiert benannt. (Im nächsten ak wird von ihm ein Artikel zu lesen sein, in dem er diese Widersprüche weiter verfolgt.) Daß Lauterbach und Roth daraus allerdings meinen folgern zu müssen, bei den Celler Gefangenen handele es sich um Apologeten der Zivilgesellschaft, kann nur ihrem Schubladendenken geschuldet sein. Deshalb an dieser Stelle zwei Zitate, die hoffentlich geeignet sind, die SPIEGEL-Etikettierungen aus den Köpfen der *links*-LeserInnen zu verbannen.

Der zur Celler Gefangenengruppe gehörende Knut Folkerts umreißt in einem Aufsatz die auch von den Illegalen aufgenommene These von der Notwendigkeit eines „sozialen Aneignungsprozesses": *„Statt Politikmachen als abgetrennter Bereich im Leben und selbst nur fremd, sollte revolutionäre Politik eine Waffe sein: Spitze eines Wachstums, das alle Aspekte des Lebens integriert und befreit. Sie könnte die konzentrierte Zusammenfassung gesellschaftlicher Kräfte sein und vielfältiger (strategisch orientierter) Basisprozesse (jede Basisinitiative mitverantwortlich für den strategischen Gesamtprozeß) — zur Durchsetzung unmittelbarer Bedürfnisse und langfristig fundamentaler Umwälzung. Als die jeweils nach vorn getriebene Orientierung, um das herrschende Machtsystem zurückzudrängen und in der Aufhebung zu zerschlagen. Die existentiellen Probleme sind in der alten Form nicht zu lösen. Das System türmt Waren, Trümmer und Leichenberge auf — wir müssen die Richtung ändern. Die 'One-World' des Kapitals kann die Weltbevölkerung überhaupt nicht integrieren — siehe 40 Jahre 'Entwicklungspolitik' zum Elend. Was die geschichtlich endgültige und ewige Form sein und bleiben soll (die Erde als Scheibe), bedeutet nach deren Logik, daß Millionen Menschenleben überflüssig sind — der Vernichtung ausgeliefert. ... Aus der Geschichte wissen wir, alles wird wieder aufgesaugt, das nicht die Systemgrundlage durchbricht. Nur eine starke Kraft kann die alte Form sprengen. Mit Weltanschauung ist da nichts zu machen. Es geht um den Prozeß, worin Menschen sich und die gesellschaftliche Materie umwandeln. Dieser Prozeß benötigt eigene Orte und Zeit — außerhalb und gegen den herrschenden Konsens und Normalzustand. Aber in dieser Gesellschaft. Grenzüberschreitende Praxis und Kommunikation zur Produktion sozialer Gebrauchswerte, worin Menschen zu sich finden können... Die Machtdemonstrationen des Staates sollen behaupten: Es gibt keine Entwicklung außerhalb ihrer Bestimmung. Eher soll alles erstarren, als daß etwas Neues auflebt und aufscheinnen könnte. Eine wirkliche Politisierung müssen sie fürchten — als Frage und Bestimmung des sozialen Sinns gegenüber dem sinnlosen und destruktiven Selbstlauf der Kapitalverwertung in allen Bereichen."* (AK Drinnen & Draußen (Hrsg.), *„Der Sprung ist vielmehr...", Texte von Gefangenen aus RAF und Widerstand 1988 bis 1992, Köln 1992, S. 20.)* Ähnlich Karl-Heinz Dellwo in seinen Auffassungen, was im Unterschied zur strategischen Orientierung der RAF heute von Bedeutung wäre: *„Es steht eine neue Phase an, und sie ist bestimmt von der Frage, wie aus den segmentiert bleibenden gesellschaftlichen Friktionen eine soziale Bewegung entwickelt werden kann. Das ist keine Intervention von außen, sondern eine, die in den gesellschaftlichen Prozessen bestimmt und mit ihnen verbunden bleiben muß. Etwas, was diese Widersprüche dort zu ihrem politischen Begriff führt, sie aber auch nicht mehr überspringt. Vom Ziel her ist dieser soziale Prozeß nicht weniger ein Bruch mit der kapitalistischen Wirklichkeit, aber er hat andere Formen, andere Bewegungsmuster und andere Zeitvorstellungen. Vor allem ist es eine Einlassung auf das, was konkret gesellschaftlich abläuft."* (ebd., S. 25)

Schließlich noch eine kurze Anmerkung zur Kinkel-Initiative und der Forderung der *links*-Autoren nach Generalamnestie: Zu keinem Zeitpunkt ist von der Gefangenengruppe verkannt worden, daß die Kinkel-Initiative keinen grundsätzlichen Bruch des Staates mit seiner 20 Jahre gegen politische Gefangene geübten Praxis ist. Die ersten Reaktionen in der interessierten Öffentlichkeit ließen es aber immerhin sinnvoll erscheinen, in der durch die Kinkel-Äußerungen ermöglichten Debatte eigene Positionen einzubringen und eine Gesamtlösung für die politischen Gefangenen einzufordern. (In der *links* 5/93 steht dazu entsprechendes von Gerd Klusmeyer.) Das politische Spektrum der *links*-LeserInnen und -AutorInnen hat es, wie viele andere Linke auch, versäumt, der Freiheitsforderung Nachdruck zu verleihen. Die Formfrage — ob 'politische Lösung' oder 'Generalamnestie'— ist dabei nicht das Entscheidende, obwohl der Gedanke, von Weizsäcker oder Herzog amnestiert zu werden, verständlicherweise bei den Gefangenen schwere Bauchschmerzen auslöst. Wichtiger: Die Solidarität der 68er-Generation gegenüber den politischen Gefangenen fehlt nicht erst seit der Kinkel-Initiative. Hierüber wäre Eurerseits vielleicht mal eine Diskussion sinnvoll. Die Anregung von Gremliza im Dezember-Konkret könnte eine zusätzlicher Anstoß sein.

REINHARD ROHDE

Jean-François Steiner

TREBLINKA - Revolte eines Vernichtungslagers

»Nur in ganz seltenen Ausnahmefällen – in Treblinka etwa – wurde die interiorisierte Gewalt geschichtlich in Gegengewalt umgewandelt, und auch dort war diese Konter-Violenz, wie Jean-François Steiner sie in seinem Treblinka-Buch aufgezeichnet hat, ein Akt der Würdeerlangung oder -wiedererlangung.« Jean Améry

Vorwort von Simone de Beauvoir

ISBN 3-927170-06-2 342 S. DM 29,80

Marek Edelman

DAS GHETTO KÄMPFT

Deutsche Erstausgabe nach der Originalausgabe »Getto walczy«, Warschau 1945

Vorwort von Ingrid Strobl

ISBN 3-927170-05-4 97 S. DM 14,80

Harald Kater
Görlitzer Str. 39 10997 Berlin
Tel./Fax 030/618 26 47

Betr.: *links* Nr. 283/284

Einige Anmerkungen zum Beitrag von Joachim Hirsch Where is my mind?

Der von Joachim Hirsch konstatierte Nebel in den Köpfen derjenigen, die sich aktuell zum Thema Europa äußern, hat ihn offenbar selber nicht ganz verschont. Oder wie erklärt sich sonst seine Sorge um die

verlorengegangene internationale Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft und das schwer angeschlagene deutsche Kapital. Vermag die Bezeichnung der Grünen als politische Laienspielschar noch zu belustigen, bleibt die Analyse des Europa-Diskurses allzu undifferenziert. Nach der Warnung vor einem deutschen Sonderweg, der an alte Großmachtpolitik und traditionelle Ostorientierung anknüpft, erfolgt umstandslos eine Ehrenrettung der Westintegration und ein Plädoyer für die europäische Integration. Die Gefahr deutscher Großmachtansprüche ist dabei sicherlich erst aktuell und Joachim Hirsch ist an diesem Punkt auch zuzustimmen. Es ist aber ein schwerer politischer Fehlgriff, die europäische Formierung plötzlich im glänzenden Licht ihrer Ideologen erscheinen zu lassen und ihre Rolle bei der Bändigung des deutschen Imperialismus so falsch einzuschätzen. Die europäische Formierung und insbesondere die Vertiefung der Integration in den 80er Jahren sind als Reaktion auf ökonomische Krisen und weltweite politische Umbrüche zu sehen. Es geht darum, seinen Platz in der neuen Weltordnung nach dem „Ende der Geschichte" zu sichern und das in der Auseinandersetzung mit den anderen beiden kapitalistischen Triadenmächten Japan und USA. In der Konsequenz bedeutet die „Sicherung des Standortes Europa" schon heute den Abbau sozialer Garantien, die Deregulierung der Arbeitsmärkte und das Anwachsen der Arbeitslosigkeit. Die Durchsetzung des europäischen Großraums und die Umsetzung von Kapitalinteressen marginalisieren ganze Regionen. Die Integration steht ebenso für die Abschottung der Wohlstandsinsel gegenüber Flüchtlingen und eine repressive Sicherheits- und Polizeipolitik. Wenn die Zeit der Kolonial- und Kanonenbootpolitik in der Dritten Welt auch längst vergessen erscheint, ist an die Stelle der direkten militärischen Aggression eine Reihe wirtschaftlicher Instrumente getreten, die die Existenzrechte der Menschen im Trikont weiterhin bedrohen. Was allerdings nicht bedeutet, daß militärische Einsätze in der Zukunft keine Bedeutung mehr haben werden. Die Europäische Union ist wesentlicher Teil herrschender Politik und muß einer grundsätzlichen linksradikalen Kritik unterzogen werden. Eine solche Kritik der Formierung bewegt sich jenseits nationalistischer Argumentationsschemata und läßt sich auch mit dem Verweis auf die notwendige Bändigung des deutschen Imperialismus nicht relativieren. Zumal die Europäische Union und die anderen Mitgliedsländer ihre primäre Aufgabe nicht in der Kontrolle Deutschlands sehen, sondern hier werden eigene expansive Interessen verfolgt. Westintegration und die EG haben ihren Teil zu der Aufrüstung der weltwirtschaftlichen Großmacht BRD beigetragen. Die Formulierung imperialer deutscher Ansprüche ist erst durch diese Einbindung möglich geworden. Das Erlangen der vollen politischen und wirtschaftlichen Souveränität des Nachfolgestaates des tausendjährigen Reichs war nur über die Orientierung auf die EG und die Hegemonialmacht USA realisierbar. Daß die politische Klasse dieses Landes bereit ist ihre Dominanzansprüche auch innerhalb Europas gegenüber den anderen Mitgliedsländern durchzusetzen, zeigt nicht zuletzt die Politik der Bundesbank in den letzten Jahren. Es wird kein Entweder-Oder, keine Gegenüberstellung von Westintegration und Mitteleuropapolitik geben, sondern vielmehr ist eine europäische Formierung der vielen Geschwindigkeiten zu erwarten, mit einer dominierenden BRD und selektiver Einbindung Osteuropas. Sicherlich keine angenehmen Aussichten für die Zukunft.

Die Europäische Union ist kein Projekt, das nur von seinen Defiziten und internen Blockaden befreit werden muß, um dahinter Reformpotentiale, Zivilgesellschaft und demokratische Kontrolle zu entdekken. Eine Kritik der europäischen Formierung muß diesen Prozeß mit all seinen Konsequenzen zur Disposition stellen. Es kann nicht die Aufgabe der Linken sein, hier alternative Politikberatung zu betreiben und den Mythos der Reformierbarkeit Europas weiter zu strapazieren. „Dieses Europa, das niemals aufgehört hat, vom Menschen zu reden, niemals aufgehört hat, zu verkünden, es sei nur um den Menschen besorgt: wir wissen heute, mit welchen Leiden die Menschheit jeden dieser Siege des europäischen Geistes bezahlt hat. (...) Europa hat endgültig ausgespielt, es muß etwas anderes gefunden werden." Frantz Fanon

MICHAEL VOREGGER
Mitglied der ANTI-EG-Koordination in Gelsenkirchen

Frauen auf der Flucht

Geschlechtsspezifische Fluchtursachen und europäische Flüchtlingspolitik — Tagung
Termin: 4.-6. März '94
Veranstalter: Terre des Femmes, Postfach 2531, 72015 Tübingen, Tel. 07071/24289, Fax 07071/550352
Ort: Bonn

Konsumentenideologie

200 Jahre deutsche Intelligenz — Was haben Schiller, die Romantiker, die Vertreter der historischen Quellenwissenschaft, Schopenhauer, Feuerbach, Nietzsche, Husserl, Heidegger und Habermas gemein? — Ihre Zugehörigkeit zur bürgerlichen Intelligenz und das aus politischer Entmächtigung und ökonomischer Begünstigung gewirkte Schicksal, das der Kapitalismus dieser im weitesten Sinne bildungsbürgerlichen Schicht bereitet. Betrachtet man die bürgerliche Reflexion im Kriterium dieses Schicksals und vor dem Hintergrund der realhistorischen Entwicklungsetappen unserer Gesellschaft, die der Kapitalismus erzwingt, so eröffnen sich interessante Perspektiven für ein neues Verständnis der theoretischen Leistungen der oben aufgezählten deutschen Geistesriesen. — Es spricht **Ulrich Enderwitz** (Berlin), der u.a die Bücher „Totale Reklame. Von der Marktgesellschaft zur Kommunikationsgemeinschaft" (Berlin 1986) und „Reichtum und Religion" (Ca ira Verlag) veröffentlicht hat.
Termin: Di., 22. Febr. '94, 20 Uhr
Veranstalter: initiative soz. Forum
Ort: Jos Fritz Café, Freiburg, Wilhelmstr. 15

Anarchismus — Feminismus — Anarchfeminismus
nur für Frauen!

Wo gibt es Unterschiede, wo Gemeinsamkeiten? Vorbereitet von **Friederike Bürmann** und **Barbara Köster**.
Termin: Fr., 25. Febr. '94, 19.30 Uhr
Veranstalter: Libertäres Forum Frankfurt
Ort: Café Dezentral, Frankfurt, Sandweg 131a

Philosophie im Geschlechterkampf

Geist, schreibt Christoph Türcke in seinem Buch „Sexus und Geist" (Frankfurt 1991), sei aus Natur entsprungen und dennoch nicht auf sie rückführbar, sei ein „Unbedingtes, das gleichwohl physische Bedingungen hat". Zielt diese Bestimmung auf die dialektische Verfaßtheit des Verhältnisses von Geistigem und Natürlichem, so offenbart ihr definitorischer Charakter, daß Türcke vielmehr die Differenz von Stoffwechsel und geistigem Bedürfnis festschreibt. Die anberaumte Versöhnung bleibt leeres Sehnen. Die Abstraktion von der gesellschaftlichen Vermittlung von Geist und Natur, deren historischen Ursprung Türcke dingfest zu machen sucht, begründet das keineswegs kursorische Interesse an anthropologischen Sachverhalten, das auch seinen Vortrag „Die Inflation des Rassismus" auf dem Hamburger Konkret-Kongreß auszeichnet. — Es spricht **Iris Harnischmacher** (Frankfurt), Autorin einer in „Frauen III" (Ca ira Verlag) erschienenen Türcke-Kritik.
Termin: Di., 8. Februar '94, 20 Uhr
Veranstalter: initiative soz. forum
Ort: Jos Fritz Café, Freiburg, Wilhelmstr. 15

Lokale Gruppen und Kontaktadressen des SB

Berlin: Manfred Ohm, Elßholzstr. 15, 10781 Berlin 30, Tel. 030/2166652
Berlin (Ost): SB c/o Bündnis 2000, Haus der Demokratie, Zimmer 211, Friedrichstr. 165, 12205 Berlin
Bochum: Dieter Schweitzer, Robert-Koch-Str. 7, 44801 Bochum, Tel. 0234/703739
Bielefeld: Frederick Groeger, Weststr. 88, 33615 Bielefeld, Tel. 0521/888308
Dortmund: SB Dortmund, c/o ‚Langer August', Braunschweiger Str. 22, 44145 Dortmund, Tel. 0231/124949
Frankfurt-Offenbach: Sozialistisches Büro, Bleichstr. 5/7, 63065 Offenbach, Tel. 069/885006
Göttingen: Norbert Engelhardt, Hermann-Föge-Weg 14, 37073 Göttingen, Tel. 0551/7703659
Hamburg: SB Hamburg, Altonaer Str. 28, 20357 Hamburg 6
Hannover: Ursel Fischer, Bredenbecker Str. 4, 30449 Hannover 91, Tel. 0511/441553
Kiel: Volker Röhrich, Steinstr. 15, 24118 Kiel, Tel. 0431/804430
Köln: Günter Steppkes, Tel. 0221/2401655 *und* Klaus Küpper, Tel. 0221/245516, beide Engelbertstr. 55, 50674 Köln 1
Lübeck: Bernd Möller, Paul-Gerhardt-Str. 2, 23554 Lübeck, Tel. 0451/491698
München: Hans G. Mittermüller, Buchenauerstr. 31, 82256 Fürstenfeldbruck, Tel. 08141/27493
Münster: Jan Spurk, Von-der-Tinnen-Str. 30, 48145 Münster 1, Tel. 0251/375714
Oberbergischer Kreis: Klaus W. Kowol, Postfach 1312, 51702 Bergneustadt
Ulm: Gerd Mack, Yorckstr. 29, 89077 Ulm, Tel. 0731/30281 *und* Manfred Lang, Tel. 0731/32769

KARL MALDEN

Und nun? oder: So, what?

Zur »Erfindung des Politischen« durch Ulrich Beck

Das letzte Buch von Ulrich Beck hat in der Fach- wie sonstigen Öffentlichkeit längst nicht das Echo gefunden wie seine ersten beiden Bücher. Das überrascht ein wenig, trägt es doch einen nicht weniger ambitionierten Titel. Nach dem Umbruch zur »Risikogesellschaft« steht nun nichts weniger als die »Erfindung des Politischen« an. Gleichwohl läßt es den Leser doch ein wenig ratlos zurück: Wie bitte ist es denn nun um den Charakter jenes Politischen bestellt, das der Autor da neu er- (oder ge-)funden haben will?

Ulrich Beck gehört ganz sicherlich nicht zu den Soziologen, die ihre Leser mit gespreizten Banalitäten langweilen, die jedem Zeitungsleser im Grunde bekannt sind, angeblich aber erst durch die Aura der Wissenschaft geadelt werden müssen. Eher hält er es mit dem anderen Extrem: Er bedient sich zugespitzter Thesen, trägt sie provozierend vor und ermöglicht dadurch neue Einsichten. Auf diesem Weg hat er vor allem mit seinem ersten Buch, das den Anstoß zu einer grundlegenden thematischen Neuorientierung der Sozialwissenschaften gab, einigen Erfolg gehabt. Doch zum rhetorischen Stilmittel wird dieses Vorgehen dort entwertet, wo Behauptungen anscheinend nur deshalb zugespitzt werden, um sie später besser relativieren zu können oder um sie dann sogar in ihr Gegenteil zu verkehren. Hatte er mit seiner Diagnose der »Risikogesellschaft« zunächst den Eindruck verbreitet, nun seien alle Strukturen des »industriellen Kapitalismus« ein für alle Mal überwunden, liest man heute mehr und mehr von „konstanten Eigentums- und Machtverhältnissen“ (S.35). Auf die mit diesem Widerspruch verbundenen Probleme, die sich besonders auf Becks These des Abschieds von der Klassengesellschaft auswirkt, ist in den letzten Jahren immer wieder hingewiesen worden. Auch an sein neues Buch, obwohl es doch nach eigener Auskunft zur Klärung der kategorialen Unschärfen beitragen soll (S.283), lassen sich vergleichbare Fragen richten: Sind viele Thesen wirklich so steil gemeint, wie sie sich zunächst anhören? Und wenn nicht das zunächst vermutete, was genau meint Beck eigentlich?

Die dem neuen Buch zugrundegelegte Zeitdiagnose verstößt zuerst einmal gegen eine verbreitete Stimmung und ist merkwürdig im besten Doppelsinn des Wortes: Mit dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus sei der Gesellschaftskritik keinesfalls der Boden entzogen worden, nein, die „Konstellation für Kritik, auch für radikale Kritik war noch nie so günstig.“ (S.53) Endlich sei „die Übermacht der Marxschen Theorie“ (ebenda) gebrochen und der Weg frei für eine den neuen Verhältnissen angemessenen Kritik, die nicht mehr die Gesellschaft an angelegten Wertmaßstäben beurteile. Statt dessen sei jetzt der Weg frei, von der „kritischen Theorie der Gesellschaft“ zu einer „Theorie gesellschaftlicher Selbstkritik“ (S.54) überzugehen.

Das liest sich erst mal gut: »gesellschaftliche Selbstkritik« — wer würde die nicht auch gerne sehen. Gegenstände dafür gäbe es wahrlich genug. Und von angelegten Wertmaßstäben mag man und/oder frau eigentlich auch nichts mehr hören (dazu später noch mehr). Doch das mit der »Übermacht der Marxschen Theorie« — hat Beck hier nicht doch etwas zu dick aufgetragen? Schön wär's ja gewesen. Aber war die Bedeutung der Marxschen Theorie im akademischen Betrieb außer in ganz kurzen Phasen nicht doch eher eine faktisch marginalisierte, lediglich thematisch als Stachel wirkende Außenseiterposition? Und daß heute die gesellschaftliche Selbstkritik nur so aus dem Boden sprießt, das mag man auf den ersten Blick auch nicht so recht glauben. Doch vielleicht liegt auch dieses Mißverständnis wieder daran, daß man den Autor allzu wörtlich nimmt.

Gemeint von Beck ist zunächst, daß nach dem Ende des kalten Krieges auch das „Modell der westlichen Moderne“ in eine „Sieg-Krise hineingeschlittert“ ist (S.17). Mit dieser Position bewegt er sich auf inzwischen gesicherten, wenn auch etwas ausgetretenen Pfaden, die dringend der Orientierung bedürfen: Worin besteht genau die »Sieg-Krise«? Und welche kritischen Gehalte werden in welcher Absicht gegen dieses Modell vorgebracht? Beck versucht, diese Fragen anhand einer Präzisierung seines geschichtlichen Phasenmodells, d.h. des Übergangs von der einfachen zur reflexiven Modernisierung, zu beantworten. Reflexivität, so Beck, dürfe zunächst nicht mit Reflexion verwechselt werden: reflexive Modernisierung meine gesellschaftliche Selbstkonfrontation. Genauer, die in den Institutionen der klassischen Industriegesellschaft sedimentierten Konfliktlösungsversuche (um Einkommen, Arbeitsplätze, soziale Sicherheit) werden mit ihren selbstproduzierten, aber bisher latenten Nebenfolgen konfrontiert. Was oft als Umweltproblem oder als ökologische Krise interpretiert werde, sei in Wirklichkeit „eine tiefgreifende Institutionenkrise der Industriegesellschaft selbst“ (S.46).

Und dies alles geschehe gerade ohne Reflexion, nämlich im „Selbstlauf verselbständigter, folgenblinder, gefahrentauber Modernisierungsprozesse“ (S.36). Reflexive Modernisierung beruht damit gerade auf einem Mangel an Reflexion, auf einem Mangel an gesellschaftlicher Selbstwahrnehmung und Selbstgestaltungsfähigkeit!

Bleibt man bei diesem Strang des Beckschen Denkens, dann meint die »Erfindung des Politischen«, daß in der Institutionenkrise der Industriegesellschaft Handlungsspielräume aufbrechen, einfach weil bestimmte Wege der Konfliktlösung nicht mehr gangbar sind. Das Ende der Ost-West-Konfrontation ist so gesehen sicherlich auch eine solche Chance, selbstproduzierte Gefahrenlagen nicht länger mehr externalisieren zu können, sie statt dessen dem westlichen Entwicklungsmodell selbst zurechnen zu müssen und damit dessen Kritik voranzutreiben. Doch diese Chance darf nicht mit faktisch stattfindender »Selbstkritik« der Gesellschaft verwechselt werden. Beck's Beschreibung dieser Konstellation, so wichtig ihre Erinnerung selbst auch ist, bleibt im schlechten Sinn abstrakt, denn sie führt zu höchst problematischen Fehleinschätzungen. Relativ harmlos bleibt noch die etwas makabre Einordnung des Staus als „moder nisierte Form des unfreiwilligen Streiks“ (S.169). Wenn dies »gesellschaftliche Selbstkritik« sein soll, dann kann sie offensichtlich nicht mit gewachsener Einsicht in die Selbstdestruktivität des eigenen Handelns verbunden sein. Weit davon entfernt, zu „Selbstbegrenzung und Selbstkontrolle“ (S.168) beizutragen, ist der Stau der Modernisierungsinfarkt, gegen den er nach Ansicht von Beck mit „unfreiwilligem passiven Widerstand“ (S.170) angeht. Daß er, darüberhinaus (!), noch zu Selbstkritik führen könnte, der Nachweis dafür steht in der Realität noch aus!

Offensichtlich ist es doch nicht so unproblematisch wie Beck denkt, Dysfunktionalität und Selbstdestruktivität einfach mit Selbstkritik gleichzusetzen. Dies zeigt sich auch beim zweiten und übergreifenden Erscheinungsbild des neu erfundenen Politischen: der Subpolitik. Unbestritten gibt es diese Dimension des Politischen unterhalb und quer zu den institutionalisierten Politikformen in zunehmendem Maße. Doch noch schwerer als zu Zeiten seines ersten Buches läßt sich heute angeben, ob diese Subpolitiken wirklich die Problemlösung und nicht eher das Problem darstellen. Damals war der Begriff von Beck stark (aber nicht ausschließlich) anhand der Politikformen der neuen sozialen Bewegungen entwickelt worden. Doch was schon damals ein Problem war, nämlich der Definition verändernder Politik nur ihre Lokalisierung »unterhalb der institutionalisierten Politik«, nicht ihre beabsichtigte und/oder unbeabsichtigte tatsächliche Wirkung zu unterlegen, zeitig heute angesichts nachlassenden und die Richtung wechselnden Protestes fatale Folgen.

Dies gilt nicht nur für wirkungsmächtige Subpolitiken einflußreicher Interessengruppen, für kriminelle und mafiaähnliche Verquickungen von Politik und Nichtpolitik. Es gilt auch für die rechtsradikale Mobilisierung der Straße, die die „Chance der Subpolitik“ (S.159) nach Becks eigener Ansicht ebenso für ihre Ziele genutzt hat: Auch (und gerade, müßte man sagen) in der rechtsradikalen Mobilisierung der Gesellschaft wurde gezeigt, daß „diese subpolitisch gestaltbar ist und gestaltet wird.“ (S.165) Wie wahr! Aber ist die Abschaffung des Asylrechts, die Ausrichtung des Institutionen- und Rechtssystems auf Ausgrenzung von Fremden, die wahnhaften Phantasien von „Überfremdung“ und „Durchrassung“, die mehr und mehr in offizielle institutionalisierte Politik eingehen, von der Art, wie sich Beck eine »selbstkritische« Gestaltung der Gesellschaft vorstellt? Nur mit viel hier unangebrachter Ironie könnte Beck behaupten, daß sich auf dem Wege wirklich die „Selbstgestaltungsgesellschaft“ (S.162) entwickelt, die er schon in den Wehen glaubt.

»Selbstgestaltung« in dieser Form scheint sich kaum von der Gegenmoderne zu unterscheiden, die Beck zu den Konsequenzen des unhinterfragten Selbstlaufs der Modernisierung rechnet (vgl. dazu S.99ff). Denn die rechtsradikale Subpolitik zielt ja gerade auf eine »hergestellte Fraglosigkeit« (S.102), die nach seiner Ansicht das Kennzeichen der Gegenmoderne ist. Bewohner der BRD mit allen Rechten soll demgemäß nur ein kulturechter Nachfahre der Germanen sein, auch wenn das nichts mit der Realität des nationalstaatlichen Systems der Gegenwart zu tun hat. Beck blendet also nicht nur fahrlässigerweise aus, wie genau die fortbestehenden Strukturen des industriellen Kapitalismus, d.h. seine Machtverhältnisse, seine Interessenlagen und die darauf aufbauenden Strategien, in die »Erfindung des Politischen« eingehen, also wie die Gesellschaft unter der Prämisse konstanter Strukturelemente wirklich „gestaltet“ wird. Er vergibt damit auch die Möglichkeit, Gestaltung als einen Prozeß in den Blick zu nehmen, der sich wirklich auf die Ursachen des selbstdestruktiven Modernisierungsprozesses richtet. Gestaltung im zweiten, im emphatischen Sinn, läßt sich ernsthaft als solche nur benennen, wenn angegeben werden kann, was dem »verselbständigten, folgenblinden und gefahrentauben Selbstlauf« der Gesellschaft entgegengesetzt, was an ihm verändert werden könnte — und wie das geschehen könnte.

Auf den zweiten Blick ist es also mit der angekündigten »Erfindung des Politischen« nicht so weit her. Nun kann Beck allerdings einen guten Grund dafür angeben, den Gestaltungsbegriff seiner vermeintlichen Selbstverständlichkeiten zu berauben. Denn die eingeklagte Reflexion auf die Grundlagen verselbständigter gesellschaftlicher Entwicklung impliziert nach seiner Ansicht vor allem auch einen Bruch mit den Denkformen der klassischen Industriegesellschaft. Die »Erfindung des Politischen« meint bei Beck dementsprechend zweierlei: Die Formel steht nicht nur dafür, die aufbrechenden Gestaltungsspielräume zu nutzen, sondern auch inhaltlich zu einem neuen Verständnis des Politischen zu kommen. Im ersten Sinn wird das Politische in jeder sozialen Krisensituation neu erfunden (S.18), während es im zweiten Sinn quasi zu sich selbst kommt: Angesichts nicht aufzulösender Unsicherheiten und Ambivalenzen wird Politik als die »Kunst der Selbstgestaltung« (S.65) zu einer den neuen Verhältnissen angemessenen, ja zu einer notwendigen Forderung. Es fragt sich bloß, ob die »gesellschaftliche Selbstkritik« wirklich eine Steigerung dieser Fähigkeit freisetzt.

Das historisch Neue besteht nach Beck nicht allein im Ausmaß und dem bloßen Umfang der destruktiven Nebenfolgen des Fortschritts, sondern darin, daß „die gesellschaftlichen Normensysteme versprochener Sicherheit ... versagen“ (S.40). Eben darin besteht die Institutionenkrise im umfassenden Sinn. Die Gefahrenlagen sind weiterhin entscheidungsabhängig (und darin modern), überfordern aber die etablierten Sicherheitssysteme (bspw. den technischen Risikoschutz oder das Versicherungswesen), und sogar die prinzipielle Kontrollierbarkeit kann mit guten Gründen angezweifelt werden. Mit der Risikogesellschaft hat damit auch die kulturelle Leitvorstellung der zweckrationalen Beherrschbarkeit der Welt, die die Moderne nach der Zeitdiagnose von Max Weber kennzeichnet, ausgedient: Ein neuer Typus des Denkens und Handelns zeichnet sich ab, der nach Ansicht von Beck „postzweckrational“ (S.47) ist — oder jedenfalls sein müßte.

Nun steht Beck mit dieser Einsicht keineswegs allein. Vor allem in der neueren Organisations- und Risikosoziologie sind sich die Beobachter über alle Differenzen hinweg weitgehend einig, daß das überkommene Rationalitätsmodell ausgedient habe. Weder entspreche es den faktisch ablaufenden Prozessen noch tauge es gar als Problemlösungsmodell insbesondere für komplexe ökologische Gefahrenlagen. Die »Erfindung des Politischen« bei Beck meint dann, mit der »Entzauberung der Wertideen der Industriemoderne« ernst zu machen und „die Welt des entweder-oder“ (S.11) zu verlassen. Es beginnt das „Zeitalter des und“ (S.12) — oder sollte zumindest beginnen, denn genau darin besteht nach Beck die Aufgabe: sich von den überkommenen Vorstellungen der Herstellung von Sicherheit freizumachen und Ungewißheit und Unsicherheit ertragen zu lernen. Auch Gesellschaftsgestaltung kann heute also nicht fraglose Sicherheiten herstellen. Das in Rechnung gestellt, müßte Beck jedoch ein Kriterium angeben können, das die fakti-

die edition gesellschaftsphilosophie
veröffentlicht
kritische wissenschaftl. Arbeiten
zu geringen Druckkostenzuschüssen und Eigenabnahmen.
Anfragen bei:
Dr. W. Neumann, Raabestr. 18, 30177 Hannover

sche Reflexivität der Verhältnisse, in der Beckschen Terminologie die Selbstkonfrontation der Gesellschaft mit ihren selbstgeschaffenen Gefahrenlagen, von einer Reflexion auf diese Verhältnisse zu unterscheiden erlaubt. Das »und« darf mit anderen Worten nicht einfach ein Merkmal der Relexivität sein, es muß als Merkmal der Reflexion qualitativ bestimmt werden. Doch nach einer solchen Bestimmung, eigentlich das Anliegen des Buches (vgl. S.37), sucht man bei Beck letztlich vergebens.

Zunächst wundert man sich, wie viel Beck in dieser Richtung einem Denker zutraut, der noch der Zeitepoche der Herausbildung des modernen Denkens angehörte. Zum „Urvater einer kritischen Gesellschaftstheorie der reflexiven Moderne" (S.252) bestimmt er nämlich Michel de Montaigne. Doch schon Becks eigene Ausführungen lassen genug Zweifel aufkommen, ob der radikale Zweifel eines Montaigne so das richtige ist: „Montaigne polstert sein Leben mit Zweifeln, während um ihn herum die Welt in Trümmer zerfällt." (S.254) Oder: „Er erläßt seine Gesetze — wenn es auch die alten und geltenden sind." (S.255; Hervh. im Orig.) Damit paßt Montaigne in der Tat bestens zum Katastrophenszenarium der Risikogesellschaft! Der Zweifel bricht den Zweifel, lesen wir bei Beck (S.257) — und denken an die Vielzahl von Versuchen, unabweisbaren Handlungsbedarf bspw. hinsichtlich des CO^2 Ausstoßes durch ein Anzweifeln der kritischen Gutachten aus der Welt zu schaffen. Daß wir uns von überholten Sicherheitsversprechen frei machen müssen, ist eine Seite. Doch wohl kaum wäre der nötigen Reflexion und Gestaltung dadurch näher zu kommen, daß wir einfach »die alten und geltenden« Gesetze als »die unseren« anerkennen!

Gerade im Montaigne gewidmeten Schlußkapitel des Buches erfährt der Leser eine herbe Enttäuschung auf die Frage, von welcher Art dieses neu erfundene Politische denn nun sein soll. Immer stärker drängt sich der Verdacht auf, daß die Becksche Problemlösung von einer unscharfen Problembeschreibung verdeckt wird. Um ein Beispiel anzuführen: Daß die aus den Mitteln der pränatalen Diagnostik und den ihr entsprechenden »Gestaltungsmöglichkeiten« entstandene „private Eugenik" (S.239) anders als Beck es annimmt, geregelt und gesetzlich normiert, d.h. wenigstens teilweise verboten werden muß, das läßt sich auch dann begründen, wenn die Annahme von Beck richtig ist: Daß nämlich die Wissenschaft nicht die wirkliche Kontrolle über ihren Gegenstand hat und der Traum vom „humangenetischen Paradies" (S.240) sich gar nicht verwirklichen läßt. Was wäre hier der fatale Sicherheitsglaube: Die gesetzliche Regelung oder das weitere Durchwursteln der verwissenschaftlichten Medizin (mit der Hoffnung auf medizinische Perfektion)? Was ist die Verleugnung des »und«: Das Verbot von Forschungen in Richtung eugenischer Maßnahmen oder die angestrebte Alternative, ein Kind solle entweder gesund oder es solle nicht sein? Selbstkritik — die Blamage der Wissenschaft — reicht nicht: es bedarf der begründeten Kritik!

Die Forderung nach Gestaltung und die Akzeptanz von Unsicherheit stehen in jedem Fall in einem Spannungsverhältnis zueinander, das nicht zu verleugnen ist. Gerade deswegen ist Beck aber auch in einem entscheidenden Punkt recht zu geben; wenn er vor dem Glauben an eine durch Gestaltung zu gewinnende absolute Sicherheit warnt. Doch das zugestanden, gilt es auch zu verhindern, daß das eintritt, was er selbst als mit dem Verfall der Institutionen einhergehende Gefahr schildert: „die Refeudalisierung sozialer Beziehungen." (S.234) Unsicherheit zu akzeptieren, ist auch ein Prinzip von Gestaltung, das institutionell, das politisch und juristisch durchgesetzt werden muß. Ohne das „Aufbrechen von Monopolen" (S.191), d.h. von sozialen Machtverhältnissen, bringt Subpolitik aber genau diese Refeudalisierung mit sich. So geht es an den Realitäten vorbei, wenn nach Ansicht von Beck gerade das Verhalten der Verfassungsrichter „exemplarisch die Möglichkeiten einer regelverändernden Subpolitik" (S.166) erläutern soll. Die Institution des Verfassungsgerichts ist ein solches Machtmonopol, das zu allererst aufgebrochen werden muß, weil es einer demokratischen Gestaltung der Gesellschaft mit die schwersten Hürden entgegensetzt!

Ohne gesellschaftliche Normsetzung geht darüber hinaus gerade das verloren, was Beck selbst als bestimmendes Merkmal gestaltenden Handelns aufgezeigt hatte: die Regelveränderung im Gegensatz zur bloßen Regelbefolgung (vgl. S.209). Mehr noch: Gerade da, wo wir kein sicheres Wissen bspw. um gentechnische Risiken haben und vielleicht auch nicht a priori haben können, muß eine Gesellschaft normierende Regelungen festlegen, um den Machbarkeitswahn zu bremsen. Dies bleibt eine Option, auch wenn damit keine absolute Sicherheit garantiert wird. Hier allein auf eine Freisetzung der Technik zu hoffen, wie Beck dies tut (vgl. S.180ff), bedeutet in diesem Zusammenhang Verzicht auf politische Gestaltung! (Auch wenn die Forderung nach einer Autonomisierung der Technik gegenüber ökonomischen Verwertungsinteressen in anderer Hinsicht durchaus wichtig ist. Aber auch eine autonomisierte Technik löst nicht soziale Probleme!) Obwohl Beck aus der falschen Alternative von optimistischem und pessimistischem Fatalismus (hinsichtlich der Alternativlosigkeit gesellschaftlicher Modernisierung) ausbrechen will (S.173: „Tertium datur!"), scheint an solchen Stellen die alt vertraute Hoffnung auf den technischen Fortschritt wieder durch. Und ein weiterer Verdacht drängt sich auf, der sich schon aus Becks letztem Buch »Gegengifte« speist (und sich dort an den Gefahren als angeblichem »Subjekt-Objekt« der Veränderung« festmacht): Daß die »gesellschaftliche Selbstkritik« ein heimliches Vertrauen auf die »List der Vernunft« in der Geschichte geerbt hat.

Regelverändernde Politik findet heute praktisch an vielen Stellen statt. Doch gerade die Beckschen Beispiele, und die angeführte Liste ließe sich noch fortsetzen, geben dem Zweifel neue Nahrung, daß es sich dabei in der Regel kaum um einen Gewinn an sozialer Reflexion handeln dürfte. Vielleicht ist es doch wichtiger als Beck glauben will, diese Reflexion durch eine Kritik sozialer Verhältnisse vorzubereiten. Auch geänderte Regeln sind Regeln, die sich in ihrer Sinnhaftigkeit begründen lassen müssen. Das heißt aber auch: Wir brauchen nach wie vor und mehr denn je Kriterien der Unterscheidung, Maßstäbe der Kritik, anhand derer diese Begründungen diskutiert werden können. Hier fangen eigentlich die wichtigen Streitfragen erst an: Wieweit können oder müssen diese Kriterien moralischer Art sein? Welche demokratischen Zielvorstellungen müssen und/oder können sie angesichts einer komplexen Gesellschaft zur Geltung bringen? Auch wenn es sicherlich richtig (aber auch nicht gerade neu) ist, daß die Leitvorstellung der Zweckrationalität zunehmend ungeeignet wird, dürfte doch auch das »und« für sich allein genommen zur Beantwortung dieser Fragen nicht ausreichen. Die Becksche These dagegen, daß diese Maßstäbe gänzlich jenseits der Rechts-Links-Unterscheidung liegen, überzeugt ebenfalls nicht. Alle drei von ihm angeführten und schon angesprochenen »Gretchenfragen« (Ungewißheit, Fremde und Gestaltbarkeit, vgl. S.231) waren genuin linke Themen: Das Aufbrechen tradierter Gewißheiten, die Akzeptanz von und die Solidarität mit fremden Kulturen und Völkern und das Streben nach einer vernünftigeren Ordnung sozialer Verhältnisse. Vielleicht ist die »Erfindung des Politischen« doch weniger eine Suche nach dem »und« als die Aufgabe, diese Themen heute mit neuem Inhalt zu füllen! ●

STEFFEN BECKER / ULRICH BRAND

Kapital, Macht und Wissen

Ulrich Dolata:
„Weltmarktorientierte Modernisierung"
Frankfurt a.M./New York, 1992,
Campus Verlag, DM 78.—

Gehen Frau und Mann davon aus, daß ein neuer wissenschaftlich-technischer Umbruch im Zentrum der seit Anfang der 80er in Deutschland stattfindenden ökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungen steht und fragen sie sich noch dazu, was die dominanten Entwicklungsmuster und Akteure auf diesem Gebiet sind, so sollte ihnen das bereits 1992 erschienene Buch mit dem richtungsweisenden Titel: „Weltmarktorientierte Modernisierung", von Ulrich Dolata nicht entgehen. Schon jetzt zum Kauf Entschlossene seien jedoch gewarnt: Der Ladenpreis des Buches ist offensichtlich an kaufkräftigen Weltmarktgewinnlern orientiert.

Neben den Kosten stellt sich allerdings zurecht die Frage nach dem Nutzen des Werkes. Und da hat Dolata unseres Erachtens einiges zu bieten. In erster Linie einen kompri-mierten, informativen und — was es in dieser Kombination nicht allzu häufig gibt — streckenweise sehr spannend geschriebenen Überblick über den empirischen Stand und die Entwicklungstrends in ausgewählten bundesdeutschen Industriesektoren: der Automobilindustrie, der Telekommunikation sowie der Bio- und Gentechnik.

Im Zentrum seiner Arbeit unternimmt Dolata auf der Grundlage dieses empirischen Materials den Versuch, ein „Regulierungsmodell" auszumachen, mit dem sich seinem Anspruch nach eine branchenbezogene Gewichtung der Einflußfaktoren und Prozesse vornehmen läßt, die für die Entwicklung und den Einsatz neuer technischer Systeme maßgebend sind. Er identifiziert ein fallweise unterschiedliches Verflechtungsmuster von Wirtschaft, Staat und Wissenschaft, das unter dem einigenden Dach der „weltmarktorientierten Modernisierung" den wissenschaftlich-technischen Umbruch reguliert. Erkennbar wird, daß es sich hierbei nicht um abrupte Veränderungen handelt, sondern eher um langgestreckte, variantenreiche Suchprozesse, die er als „strukturkonservativen Modernisierungsschub" bezeichnet.

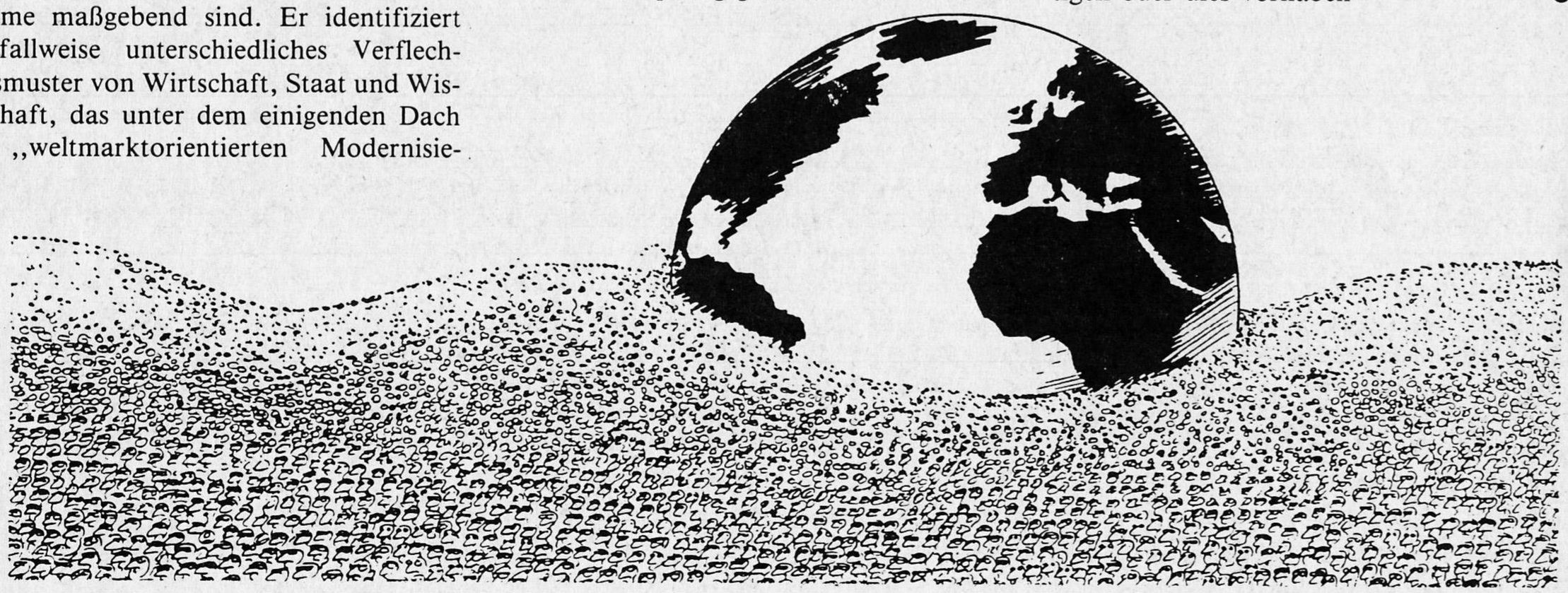
Spätestens an dieser Stelle mögen sich zahlreiche LeserInnen an die theoretisch-politische Herkunft des Autors erinnern, der schon seit längerer Zeit durchaus als einer der exponiertesten Vertreter der bundesdeutschen Variante(n) der „Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus" gelten darf.

Die Vorzüge und Nachteile dieses Ansatzes können und sollen hier nicht nochmals vorgebracht oder gar erörtert werden. Dolata bemüht sich offenbar zu zeigen, daß die von der strategischen Allianz der privaten Großunternehmen, Teilen des Staates und Teilen der Wissenschaft geprägte Modernisierung nicht als schematische, „homogen strukturierte und direktiv handhabbare" Regulierung verläuft. Ein Beispiel dafür ist auch seine kurze, aber positive Bezugnahme auf die französische Regulationstheorie und ihre bundesdeutsche Rezeption.

Doch der Sprung gerät zu kurz. In seiner ausgearbeiteten Analyse der wissenschaftlich-technischen Umbrüche werden die entscheidenden Triebkräfte, Akteure und Regulierungsmuster doch nur auf der Basis eines schematischen Ansatzes gefaßt: Es handelt sich um ein komplexes Netzwerk aus privaten transnationalen Konzernen, Teilen des Staates und der Wissenschaft. Damit ist Dolata immerhin in der Lage, zentrale Einflußfaktoren für die wissenschaftlich-technischen Veränderungen, vor allem in den von ihm empirisch untersuchten Wirtschaftssektoren, auszuweisen und zu gewichten.

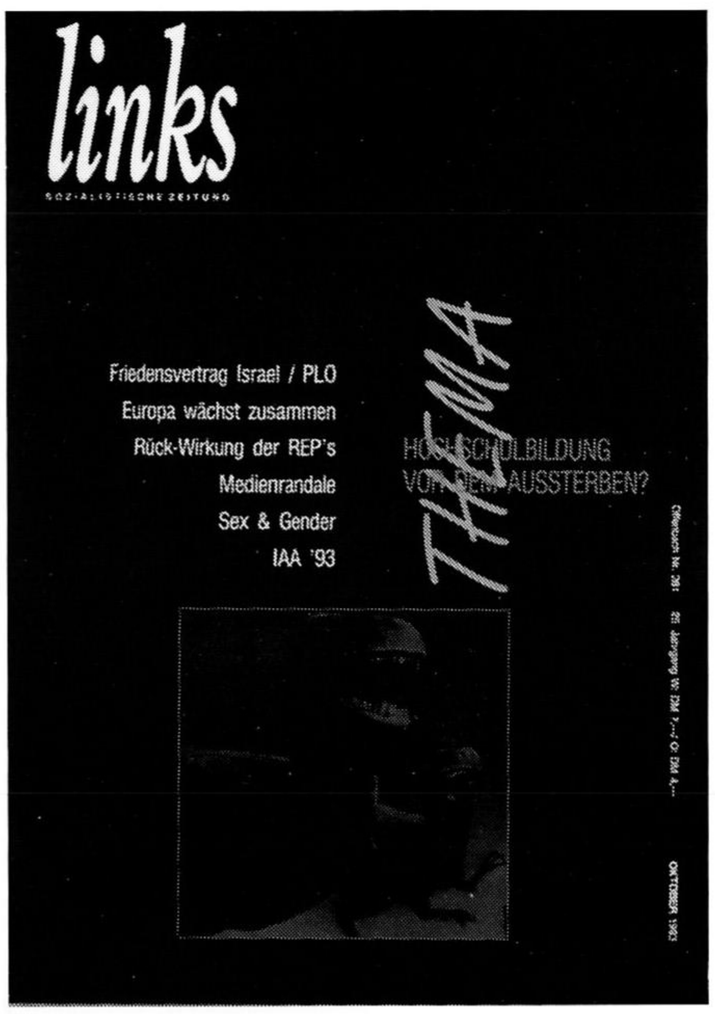
Dieses akteursorientierte Konzept ist trotz seiner Leistungsfähigkeit problematisch. Wenn nämlich die Modernisierung auf den oben genannten „Säulen" beruht, dann sind damit noch nicht die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen systematisch berücksichtigt, unter denen die „regulierenden" Akteure agieren. Das zugegebenermaßen komplexe Verhältnis von Struktur und Handeln wird in Dolatas Buch nicht angegangen. Damit verbunden scheint es beispielsweise fragwürdig, warum er die widersprüchliche Rolle der Gewerkschaften im Prozeß der weltmarktorientierten Modernisierung weder theoretisch noch empirisch hinreichend erfaßt.

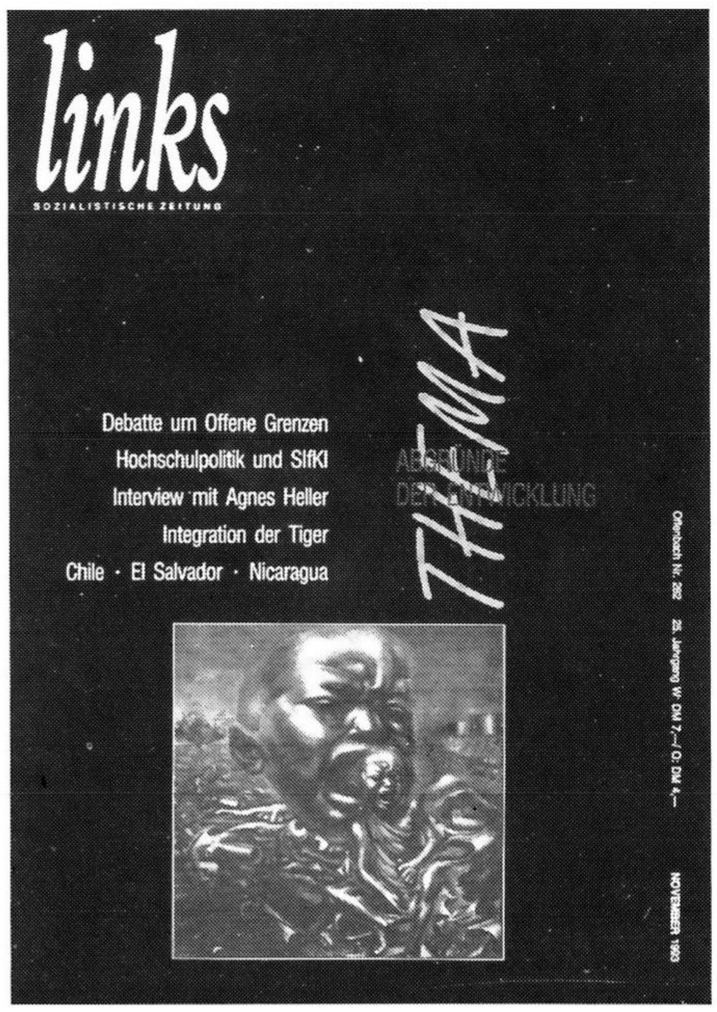
Dennoch: Es handelt sich um ein faktenreiches und theoretisch interessantes Buch, dessen Lektüre sich allemal für diejenigen lohnt, die sich mit dem Thema beschäftigen oder dies vorhaben ●



Politische Kritik mit theoretischem Anspruch

Die letzten drei *links*-Ausgaben mit den Schwerpunkten: Hochschule vor dem Aussterben ● Abgründe der Entwicklung ● Arbeit — wieviel und für wen? ● Weitere Themen: Europa wächst zusammen — Israel/PLO — Debatte um offene Grenzen — Chile — El Salvador — Nicaragua — Argentinien — GUS: Kampf um was? — Türkische Kurdenpolitik.
Kostenlose Probeexemplare älterer Ausgaben senden wir auf Anforderung InteressentInnen gerne zu.





Abo-Bestellscheine

Leser werben Leser

Wer eine/n neue/n *links*-AbonnentIn wirbt, erhält als Anerkennung das Buch:

Befreiung denken —
Ein politischer Imperativ
Ein Materialienband zu H. Marcuse
2. Auflage 1990

zugesandt.

Ich bin *links*-AbonnentIn

Name

und habe nebenstehende/n neue/n LeserIn geworben. Meine Anschrift:

Straße

Wohnort

Vertrauensgarantie: Sie garantieren mir, daß ich diese Vereinbarung schriftlich innerhalb von zehn Tagen durch Mitteilung an den Verlag 2000 (Anschrift wie oben) widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht bis zum 31.10. (frühestens 1995) vor Ablauf des bezahlten Bezugszeitraumes gekündigt wird.

Abonnement

Ich abonniere die *links* ab der nächsten erreichbaren Ausgabe.
Das *links*-Jahresabonnement kostet W: DM 75,—/ O: DM 50,—, incl. Porto, Versand und MWSt.

☐ Ich zahle diesen Betrag erst nach Erhalt der Rechnung (Luftpostpreise auf Anfrage)

☐ Der Rechnungsbetrag soll von diesem Konto abgebucht werden:

Bankleitzahl Konto-Nr.

Name der Bank

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Datum Unterschrift

Geschenk-Abonnement

Eigene Angaben wie oben. Die links soll

☐ 1/2 Jahr

☐ 1 Jahr an folgende Adresse geschickt werden

Ermäßigtes Abonnement

für: StudentInnen, Arbeitslosenhilfe- und SozialhilfeempfängerInnen

☐ Ich abonniere die *links* für 56,— DM gegen Vorlage der Studien-, Sozialhilfe- oder Arbeitslosenhilfebescheinigung.

Förder-Abonnement

☐ Ich fördere die *links* mit DM 100,— im Jahr.

☐ Ich fördere die *links* mit DM .....
(Betrag über DM 100,— im Jahr).

☐ Ich möchte eine Einzugsermächtigung.

Schnupper-Abonnement

☐ Ich möchte die nächsten 4 *links*-Ausgaben zum Preis von W: 20,— DM, O: 15,— DM bestellen.

(Bitte Zutreffendes ankreuzen)

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Datum Unterschrift

Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach 1
Postvertriebsstück D 1600 E Gebühr bezahlt

1

Poppinga, Onno

Hochzeitstr. 5
D 34376 Immenhausen

Zum Tode von Federica Montseny

(12.2.1905 - 14.1.1994)

Wer kennt eigentlich heute noch Federica? Ich fürchte, nur wenige hierzulande. Doch welche Gründe gibt es eigentlich, sie zu kennen? Nun, mindestens drei: sie war eine der interessantesten politischen Persönlichkeiten dieses Jahrhunderts; wem das nicht reicht: sie war die erste Frau, die einen Ministersessel in einer europäischen Demokratie einnahm; wem das zu wenig paradox ist: sie war anarchistische Revolutionärin!

Federica Montseny wuchs im libertären Milieu ihres katalanischen Elternhauses auf, besuchte nie eine Schule, sondern genoß die freie Erziehung ihrer Mutter, die es ihr ermöglichte, schon in jungen Jahren Zeitungsartikel und Romane zu schreiben. Kaum erwachsen, trat sie der anarchosyndikalistischen Gewerkschaft CNT (Confederación Nacional del Trabajo) bei, später zu Beginn der II. Spanischen Republik (1931-36) deren radikalem Untergrundflügel FAI (Federación Anarquista Ibérica). Die Wirren des Bürgerkrieges brachten diese entschiedene Gegnerin des Staates zusammen mit drei anarchistischen Compañeros 1937 als Gesundheitsministerin in die Regierung des radikalen Sozialisten Largo Caballero (des ,,spanischen Lenin"), der später in einem deutschen KZ ermordet wurde. Die republikanische Regierung war ohne die Massenbasis der CNT nicht überlebensfähig und ohne ausländische Militärhilfe nicht kriegsfähig. Unter diesem Druck ließen sich die Anarchisten zur Hierarchie des ,,erst den Krieg gewinnen, um dann die Revolution zu machen" überreden, laut Federica die einzige Entscheidung in ihrem Leben, die sie im Nachhinein bereute. Noch bevor die Franquisten ihr blutiges Werk verrichteten, wurde die Regierung Largo Caballero Opfer einer kommunistisch-rechtssozialistischen Intrige.

Ihrer Ministerrolle stand Federica stets mit großer Distanz gegenüber, verabscheute pompöse Empfänge, belustigte sich über die Frauengeschichten ihres CNT-Compañeros und Justizministers García Oliver ebenso wie über die des einflußreichen sowjetischen Botschafters Marcel Rosenberg, war mehr an der Madrider Front als im nach Valencia verlegten Ministerbüro zu finden und führte ihre Ministerbezüge gewissenhaft an das CNT-Zentralkomitee ab. Gleichwohl nutzte sie die wenigen Monate im Amt, um Prostituierten zu helfen, Kinder-, Alten- und Flüchtlingsunterkünfte einzurichten und einen, letztendlich gescheiterten, Gesetzesentwurf zur Legalisierung der Abtreibung einzubringen. Die jüngste Tochter Winston Churchills, Sara, die sich zum Schrecken ihres Vaters als freiwillige Krankenschwester in der bedrohten spanischen Republik nützlich machen wollte, damit jedoch als englische Nobel-Tochter sichtlich überfordert war, setzte sie kurzerhand wieder ins Flugzeug nach London.

Ihre härtesten Jahre verlebte Federica nach der Niederlage der Republik bis zur Befreiung Frankreichs in verschiedenen Verstecken mit ihren zwei kleinen Kindern und dem geistesschwach gewordenen Vater. Nur knapp entging sie den Nazis bzw. der Auslieferung an Franco. Von 1944 bis zu ihrem Tod lebte sie dann im Toulouser Exil, wo sie auch ihre jüngste Tochter und ihren Lebensgefährten Germinal Esgleas verlor. Mit letzterem hatte sie 1930 ohne Kirche und Staat eine eigenwillig-romantische Alternativhochzeit in einem katalanischen Wald ohne bürgerliche Konsequenzen gefeiert.

Wer sie bei ihren spärlich gewordenen Auftritten in den letzten Jahren erlebt hat, fast völlig erblindet und mit drei verbliebenen, von keinem künstlichen Gebiß umrahmten Zähnen, aber mit klarem Kopf, festen Gedanken und weit mehr sprachlicher Ausdruckskraft als die müde Rhetorik heutiger Politiker, der wird sie sehr vermissen.

HOLM-DETLEV KÖHLER